



Peter Helmes

Die Grünen

**Rote Wölfe
im grünen
Schafspelz**



Die Grünen

Rote Wölfe im grünen Schafspelz

von Peter Helmes

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

1. Auflage Mai 2011
2. Auflage 8. Juni 2011
3. Auflage 17. Juni 2011
4. Auflage, erweitert 29. Juni 2011
5. Auflage August 2011
6. Auflage September 2011

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
Postbank, BLZ 200 100 20, Konto 333 33 205

Druck:
SZ-Druck, St. Augustin

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

Seite

Der Autor	5
Vorwort: „...es war einmal...“	7
Die Zerstörung der alten Werte	10
– Ideologie-Gift und neue Weltordnung	11
– Grüne Moral	14
– Grünes Weltbild	15
– Sozialistische Umverteilung	16
Verharmloste Alt-Achtundsechziger	17
– Schlüsselfigur Fischer	17
– Die Mord-Pistole in Fischers Auto	18
– Fischer und der Mörder	19
– Die Fischer-Freunde – oder: Das rote Herz der Grünen	20
– Der rote Dany Cohn-Bendit	20
– Pädophile Abenteuer	21
– Joscha Schmierer	22
– Die K-Gruppen KB und KBW	24
– Psychische Verkrüppelung durch KBW	25
– Solidarität mit Massenmörder Pol Pot	25
Giftgrün: Das grün-rote Führungspersonal	27
– Hans-Christian Ströbele – der Terroristen-Anwalt	28
– Jürgen Trittin – der Öko-Stalinist	30
– „Deutschland rassistisch infiziert“	31
– Claudia Roth – der Betroffenenautomat	32
– Welch ein Lebenslauf!	33
– Und dann beschloß sie, Politikerin zu werden	34
– Nie wieder Deutschland!	38
– Renate Künast – die Antiklerikale	38
– Die „Humanistische Union“	41
– Cem Özdemir – der türkische Deutsche	42
– „Mittler zwischen Türkei und EU“	44
– „Es gibt keine christlich-abendländische Kultur“	45
– Vorsicht Leisetreter: Winfried Kretschmann	46
– Die Führung der Grünen in Kurzform	50

Die Machtstrategie der Grünen	51
– Die Entwertung der nationalen Regierungen	53
– Das System der Informationsfilterung	54
Glaubensverlust und neue Ethik	56
– Neue Begriffe – neues Weltbild	57
– Die neue Weltvision	58
– Christ versus „neuer Mensch“	59
– Öko-Religion statt Christentum: „Gott ist tot“	60
Gender Mainstream	61
Das Programm der Grünen: grünlackiertes Rot	64
– Die Dagegen-/Dafür-Partei	65
– Unverantwortlich hohe Kosten für grüne Pläne	67
Grüner Schwindel, grüne Märchen	68
– All bio is business	69
– Öko-Schwindel „Bio-Benzin“	70
– Öko-Schwindel Strom: die erneuerbaren Energien	71
– Öko-Schwindel Landschaftsschutz	74
– Grüner Atomwahlkampf – nein danke!	75
– Grüner Irrsinn: Energiesparlampen	77
– Grüne Täuschung: Stuttgart 21	78
Marsch in den grünen Kommunismus	79
Der „grüne“ Wahnsinn	81
– Auf dem Weg zum Öko-Faschismus	81
– Umwelt gegen Mensch	82
– tot – aber politisch korrekt gestorben	83
Zum Schluß	84
Dank des Autors	U 3



Der Autor

Peter Helmes

Geboren 1943 im Rheinland (Bad Hönningen). Abendstudium der Volks- und Betriebswirtschaft, Marketing, Organisation und Philosophie. 1959 Eintritt in Junge Union und CDU (zeitweise auch CSU). Zwischen 1969 und 1996 verschiedene leitende Stationen in der CDU/CSU, u. a. als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Generalsekretär der Internationalen Jungen Christdemokraten und Konservativen, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Mit-Organisator der jährlichen Stern-Fahrten nach Berlin und der Protestkundgebungen zum „17. Juni“ und „13. August“ (Mauerbau) mit bis zu 20.000 Teilnehmern. Bei der Bundestagswahl 1980 Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß als Bundesgeschäftsführer der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“, aus der die *Konservative Aktion* hervorging, die er gemeinsam mit Gerhard Löwenthal, Ludek Pachmann, Ludwig Eckes, RA Dr. Ossmann und Joachim Siegerist gründete und die die Vorläuferin der jetzigen „Deutschen Konservativen“ war.

Von Ende 1980 bis 1986 in der freien Wirtschaft tätig als Hauptgeschäftsführer eines Bauinvestors mit rd. 400 Mio. DM Umsatz. Seit 1996 ist Helmes selbständiger Consultant für Politik und Verbände. Er lehrt seit 1991 als freiberuflicher Dozent am Verbands-Management-Institut der Universität Freiburg (CH). 1979 verlieh ihm für seine „Verdienste um die europäische Integration“ Gaston Thorn (ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission) den „Pour le Mérite Européen“. 1983 erhielt er die „Lobkovicz-Medaille“ für Verdienste um den Mittelstand.

Helmes ist Verfasser vieler Broschüren und Bücher zu den Themen Europa, Gewerkschaften, Mittelstand und Medien sowie Mitglied der Redaktion des „Deutschland-Magazin/Deutsche Konservative Zeitung“ bei den Deutschen Konservativen e.V., Hamburg.

Publikationen von Peter Helmes

Bei den Deutschen Konservativen bzw. im WPR-Verlag, Hamburg, erschienen u. a.:

- *„So macht der DGB den Staat kaputt“* (über die sozialistische Programmatik des DGB)
- *„Macht Kasse Genossen!“* (über die finanziellen Verflechtungen von SPD, DGB und PDS)
- *„Die Abzocker“* (in Staat, Verbänden und Versicherungen)
- *„Fischer ohne Maske“* (eine Abrechnung mit den „68ern“ und mit Joseph Fischer, ehem. Steinewerfer und Außenminister)
- *„Gesine Schwan – im Netz der roten Spinne“* (über Schwan's Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten)
- *„Lafontaine – Rotlicht über Deutschland“*
- *„Steinmeier – kein Kandidat für Deutschland“*
- *„Die grüne Gefahr: Der Treibhausschwindel und andere Öko-Täuschungen“* (gemeinsam mit Dr. Wolfgang Thüne)
- *„Sarrazin ... und er hat doch recht!“*

e-mail: Peter.Helmes@t-online.de

E-Post: peter.helmes@epost.de

facebook: Peter Helmes

blog: conservo.wordpress.com

Vorwort

„...es war einmal...“

Es war einmal vor langer, langer Zeit. Da waren die Deutschen noch deutsch, Männer waren Männer, Frauen waren Frauen und die Ehe unter Mann und Frau noch normal, Eigentum war noch geachtet, Kruzifixe hingen noch in Schulen, Gerichtssälen und Ämtern, der islamische Halbmond war in Deutschland noch nicht verbreitet. Die Kirchen waren noch Gotteshäuser und nicht Herbergen für multikulturelle Wandervögel auf der Suche nach einem gefälligen Religions- und Körper-Mix. In der Schule gab es noch „Kopfnoten“, die besagten, ob der Schüler faul oder fleißig sei, und Lehrer waren noch Respektspersonen. Ausländer waren gern gesehene Gastarbeiter – und wenn sie hierblieben (wie z. B. viele Italiener, Griechen etc.), haben sie sich (und wurden sie) integriert. Doch all diese deutsche Gemütlichkeit ging ein paar zotteligen Studenten auf den Geist (so überhaupt vorhanden), und sie riefen die Revolution aus, stürmten zuerst die Universitäten, dann die Straßen, dann die Politik, warfen Steine und Molotow-Cocktails gegen Polizisten; und einige von ihnen ermordeten böse Buben des verhaßten „Bullen-Staates“.

Als sie merkten, daß all der Krawall nichts nützte und die „muffige Gesellschaft“ bestehen geblieben war, setzten sie sich zusammen und dachten nach, wie sie das verhaßte System letztlich doch aushebeln könnten. Ihnen war klargeworden, daß das mit Bomben nicht so richtig funktionierte. Man müsse also „das System“ von innen sprengen, meinten einige Wortführer, und sie ersannen „den Marsch durch die Institutionen“.

So schlau waren sie dann doch: Wer die Schulen, die Universitäten und die Gerichte „besetzt“, hat den Schlüssel zur Zukunft. Und so entstanden immer mehr Lehrer, die dummes Zeug lehrten, und Richter, die dumme Urteilsprüche absonderten, und noch viel mehr dumme Soziologen, die uns einredeten, wir lebten in der schlechtesten aller Welten. „Wissenschaftler“ lernten (bei Adorno, Horkheimer, Marcuse, Abendroth & Genossen) zuerst Marx, dann Murks und lehrten ihre Hörer, wie man die bürgerliche Gesellschaft am besten und am schnellsten verunsichert:

„Wissenschaftliche“ Weissagungen verkündeten das nahe Ende von nahezu allem, was uns lieb und heilig (!) war und ist: Der Wald stirbt, die Fische sterben, die Eisbären sterben aus, das Ozonloch erdrückt uns alle, die Gletscher schmelzen, DDT wird verboten, und die dadurch befreiten Anopheles-Mücken töten mehr als zwei Millionen Schwarzafrikaner durch Malaria (pro Jahr)...

Die grünen Männlein ficht das nicht an. Sie teilen die Welt ein in Gute und Böse: Hie die Gutmenschen, da die bösen „Rechten“. „Gut“ ist, wer den gan-

zen linken Quatsch glaubt und mitmacht. Böse sind alle die anderen. Und so verlieren wir (demnächst) auch noch unser Geschlecht. „Gender Mainstreaming“ lehren sie uns:

Der Mensch ist von Natur aus nur „Mensch“, geschlechtsneutral sozusagen, und wird erst durch Erziehung und (falsche) Gewohnheiten zu Mann oder Frau. Wir schaffen den „neuen“ Menschen! Familie wird zu einem Relikt der altväterlichen Zeit, Ehe zwischen Mann und Frau zu einem Institut von gestern, weil heute jede(r) mit jeder/m kann und darf. Mit Kindern? Kein Problem! Mit Tieren? Kriegen wir bald auch noch. Eigentum? Gehört allen, zumal sowieso die nächste Katastrophe ansteht. In dieser Gesellschaft der Gutmenschen scheint alles möglich und alles erlaubt.

Und wir? Sind wir nur ohnmächtig oder einfach zu bequem? Wir waren einmal eine Gesellschaft der von Vernunft begabten und werteorientierten Wesen. Wo sind sie geblieben? Haben sie sich ob des links-grünen Sturmes verkrochen? Kommt diese Gesellschaft bald zurück aus den Löchern, aus ihren Fluchtburgen, aus ihren hübschen Eigenheimen nebst gepflegten Vorgärten? Wann stehen wir auf, und wann erkennen wir endlich, was in unserem Staat passiert? Wann werden wir wach? Oder bleibt das alles auch nur das Märchen „...es war einmal?“

Und nun kein Märchen, sondern eine wahre Geschichte:

Ich traf im Frühjahr des Jahres 2003 mit Baldur Springmann zusammen, dem legendären Gründer der grünen Bewegung. Er war da schon neunzig Jahre alt. Wir kannten uns von früheren Anhörungen im Deutschen Bundestag und verstanden uns menschlich, obwohl unser beider politischer Standpunkt zuweilen nicht übereinstimmte. Springmann, trotz seines hohen Alters noch immer willensstark, klagte über den Zustand der „Grünen“, der Partei, die er 1980 mitgegründet hatte. Er hatte eine „grüne“, naturverbundene Bewegung im Sinn, war tief religiös und wollte mit seinem Engagement, wie er mir sagte, „Gottes Schöpfung retten“.

Aber schon bald trat er aus der Partei „Die Grünen“ aus. Noch immer verbittert berichtete er mir, wie ihn „die Kommunisten“ und die 68er gemobbt und in der Partei isoliert hatten. „Ich war nur noch gut als *grünes Vorzeige-Männlein*“, sagte Baldur Springmann. „*Ich wurde instrumentalisiert, hatte aber keinen Einfluß auf die politische Richtung. Die bestimmten bald die Radikalinskas, die sich brutal gegen jede andere Meinung durchgesetzt hatten. Das sind Stalinisten, und sie bleiben es!*“, schloß Springmann. Aber er gab nicht auf und versuchte immer wieder, mit neuen – zum Teil auch fragwürdigen – Gruppierungen politisch zu wirken.

Zum Abschluß unseres Gespräches fragte er mich, ob ich ihm helfen wolle, eine schlagkräftige, neue Bewegung aufzubauen. Ohne Zögern sagte ich „ja“ und schrieb ihm kurz darauf, welche Aufgaben wir zu bewältigen hätten, wenn wir seine Idee umsetzen wollten. Ich bot ihm nochmals meine Unterstützung an. Es kam leider nicht mehr dazu. Wenige Wochen nach unserem letzten Kontakt im August 2003 verstarb er mit 91 Jahren. Ich hatte ihm versprechen müssen, seine Enttäuschung über die Ideologie und die gesellschaftszerstorende Gedankenwelt der Grünen bekannt zu machen.

Diese Publikation soll ein wenig dazu beitragen, Baldur Springmann posthum die Ehre zu erweisen und über die grunlackierten Linken zu informieren.

Peter Helmes
(im Juni 2011)

Vorwort zur 5. Auflage

Die vorliegende Ausgabe wurde um ein Kapitel „Vorsicht Leisetreter: Winfried Kretschmann“ (S. 46) erweitert, und der übrige Text verbessert bzw. aktualisiert. An Kretschmann, der auf Samtpfoten daherkommt, zeigt sich die ganze Doppelzüngigkeit der Grünen. Es wird interessant sein zu verfolgen, wie die neuen grün-roten Landesregierungen in Baden-Würtemberg und Rheinland-Pfalz ihre Wahlversprechen umsetzen werden. Schon jetzt wird deutlich, daß die Wähler in vielen Punkten massiv getäuscht wurden.

Peter Helmes
(1. August 2011)

Die Zerstörung der alten Werte

Wer sich aufmacht, die Grünen und deren Personal zu analysieren, kommt an der Vorgeschichte nicht vorbei – der Zeit der Studentenunruhen, die in den 1960er Jahren begannen und die Deutschland weitgehend umgekrempelt haben. Etwa Mitte der 1960er Jahre begann die Zeit der „Außerparlamentarischen Opposition (APO)“¹⁾, die wenige Jahre später einerseits in Mord und Terror endete (RAF/Baader-Meinhof-Bande) und deren Vorreiter andererseits mit einem Gespür für ein zunehmendes Umweltbewußtsein auf den „grünen Wagen“ sprangen, der damals noch von echten Grünen wie Herbert Gruhl oder Baldur Springmann gezogen wurde – ehrbare, ja „brave“ Leute, die nichts Böses im Schilde führten, sondern nur Gottes Schöpfung bewahren wollten.

Zitat: „Ich dachte, das ist ja ein interessantes, offenes Feld – vom Bäuerchen aus Schleswig-Holstein über Reformhausdamen bis zu schwarzen, langhaarigen, jungen Anti-Atom-Aktivisten.“

(Renate Künast in FAZ v. 9.1.10)

Geschichte kann zynisch sein. Ausgerechnet die Ur-Grünen wurden von der späteren Riege der politisch-grünen Systemzerstörer zum Teil brutal wegge-mobbt, verspottet, ins Abseits geschoben (siehe Vorwort). Ein ähnliches Schicksal ereilte übrigens in den 1990er Jahren viele führende Leute der Bürgerrechtsbewegung der untergegangen „DDR“, die sich unter dem Namen „Bündnis ‘90“ mit den Grünen zusammengeschlossen hatten – ebenfalls ehrbare, tapfere Menschen, die einem vollständigen Bruch mit dem sozialistischen System das Wort redeten. Sie wurden bei den Grünen gerne aufgenommen – solange sie zahlenmäßig und politisch nützlich waren. Heute dürfen die wenigen noch verbliebenen Bündnis 90-Politiker nur noch Alibi-Rollen spielen. Politische Machtmenschen, die sich mit aller Gewalt gegen

¹⁾ Die „Außerparlamentarische Opposition (APO)“ entstand in der Mitte der sechziger Jahre, hervorgerufen durch studentische Forderungen nach einer Reform der Hochschulen. Diese Bewegung entwickelte sich nach und nach zu einer Studentenrevolte gegen die etablierte Wertewelt und gegen die etablierten Parteien, insbesondere der „Großen Koalition“ aus CDU/CSU und SPD (1966-69). Grundlage der studentischen Kritik war ein neu entdeckter Marxismus, der aber immer mehr in verschiedene Flügel – und damit verbundene Flügelkämpfe – zerfiel. Die Ideen der „68er“-Bewegung und vor allem der sie tragende SDS – siehe spätere Fußnote 4) – waren beeinflusst und besonders geprägt von der „kritischen Theorie“ der Herren Adorno, Horkheimer, Abendroth und Marcuse, die als geistige Ikonen der neuen Bewegung gefeiert wurden und die das Denken eines Joseph Fischer maßgeblich beeinflussten. Die Forderung nach einer „Umgestaltung der Gesellschaft“ wurde von zumeist gewalttätigen Demonstrationen („Demos“) und Blockaden begleitet, meist von sog. „Spontis“ initiiert. Aus dieser Szene kommen u. a. Fischer und Cohn-Bendit.

Auch und gerade in Frankreich rebellierten die Studenten. Ihre Proteste fanden einen Höhepunkt im Mai 1968 bei den sogenannten „blutigen Mai-Unruhen“ in Paris. Seitdem spricht man auch von der „Generation der 68er“.

eigene Partei“freunde“ durchsetzen könnten, waren sie allesamt nicht. Und damit war das „grüne Gewissen“ der Grünen erstickt, abgemeldet. Anarchisten, Maoisten, Kommunisten, Sozialisten etc. übernahmen die Bewegung, um Deutschland unter dem wohlfeilen Anspruch des „Naturschutzes“ zu verändern. Damit begann ihr langer „Marsch durch die Institutionen“. Eines hatten sie jedoch bei der APO kapiert: Man ändert dieses Land nicht brutal, nicht mit Gewalt (wie es die APO-Krieger versucht hatten), sondern sozusagen nur auf „leisen Pfoten“. Will heißen, man gab und gibt sich bürgerlich und täuscht damit die ganze Gesellschaft.

Schon jetzt sei festgestellt: Wer die Grünen nur an ihrer (vorgeblich) grünen Seele packt, greift zu kurz. Sie wollen ein anderes Land, eine andere Politik, eine andere Kultur und einen anderen Menschen. Mit dem Schlagwort „Multikulti“ beschwören sie nicht nur einen bunten Kulturmix, sondern letztlich verbirgt sich dahinter die Zerstörung nationaler sowie religiöser Werte und Bindungen.

Ideologie-Gift und neue Weltordnung

Schauen wir zurück auf die politischen Wurzeln der Grünen:

Die Grünen versuchen, uns umzuerziehen, das richtige „ökologische Bewußtsein“ anzunehmen. Wir sollten deshalb rechtzeitig gewarnt sein.

Die nostalgische Verklärung der APO-Zeit als eine Art „lustiger Abschnitt“ der noch kurzen Geschichte dieser Republik verkennt die verheerenden Auswirkungen der Ideen und des Wirkens der „Achtundsechziger“: Das Abwürgen unseres nationalen Selbstverständnisses und unserer überkommenen Werte, unserer Tradition; die Zerstörung der traditionellen Werte, die eine Gesellschaft zusammenhalten und unser Land stark gemacht haben. Logisch, daß ein Nationalgefühl bekämpft wird, mit dem Ziel der Abschaffung Deutschlands. „Nie wieder Deutschland“ ist der Grundkonsens (siehe Kapitel Trittin). Ein Volk, das den Faschismus und nach dessen Zusammenbruch den Sozialismus der DDR überdauert hat, steht heute vor einer neuen Herausforderung, nämlich einer Strategie, die zwar leise daherkommt, aber – wenn wir uns nicht wehren – unsere Gesellschaft radikal verändern wird.

Hinzu kommen der Traum von einer neuen Weltordnung (gemeint ist Welt-herrschaft) und die Auflösung der nationalen Identität durch Vermischung der Menschen und Kulturen – absichtlich lustig als „Multikulti“ bezeichnet. Man dreht an den wichtigsten „Stellschrauben“ unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, so daß das gesamte politische Koordinatensystem nach links verschoben wird. Und das alles in Einzelschritten, damit man die „Systemveränderung“ nicht gleich so deutlich sieht. Die Einschnitte erfolgen nicht offen, sondern mit zunächst nicht erkennbaren Wunden. Das Ideologie-

Gift wird quasi subcutan dem Staatswesen verabreicht. Wenn die Dosis zu wirken beginnt, ist es für den Bürger zu spät:

- Die Bildungspolitik wird grundlegend umgekrempelt, die Schulen als Familienersatz geplant. Jeder weiß, daß das schwächste Glied einer Kette deren Reißfestigkeit bestimmt. In der grünen Bildungspolitik soll es umgekehrt funktionieren: Alle Schüler (eines Jahrganges) kommen in eine Klasse einer „Gesamtschule“, weil, wie sie meinen, die besseren Schüler die schlechteren mitziehen würden. Die rauhe Wirklichkeit ist jedoch anders: Die schlechteren Schüler drücken das Niveau und ziehen die besseren nach unten. Adieu Elite! Richtig, die „Elite“ soll ja nach Willen dieser – im wahrsten Sinne des Wortes – Systemveränderer ausradiert werden.

Und dann wird die Sprache neu reguliert: Zuerst stirbt die deutsche Sprache – Stichworte: „denglisch“ und „Rechtschreibreform“. Und es werden neue, verwirrende oder verharmlosende Begriffe geprägt („Minus-Wachstum“, „Multikulti“, „Migranten“- etc.).

- Mathematik verkommt zu „Mengenlehre“; unsere Kinder verblöden. Das Ergebnis dieser „Bildung“ läßt sich an den „Pisa“-Tests messen – ein Zeugnis der Entwertung jedweder Bildung durch weitgehenden Verzicht auf Leistung und Schulnoten. (Der Hamburger Volksentscheid hat hingegen bewiesen, daß das Volk nicht verdummt werden will, und daß das Gymnasium lebt.)

- Den **natürlichen Autoritäten** – also z. B. Eltern, Familie, Lehrer, Kirchen – wird die Fähigkeit zur Erziehung abgesprochen; sie werden ersetzt durch „Sozialbetreuer“, „Streetworker“, „Kitas“ etc.

- **Dann stirbt die Kultur.** Öffentliche Bühnen werden zu Experimentierbrettern sexversessener Akteure, die in offener Kopulation oder Verrichtung der Notdurft auf der Bühne den Gipfel kultureller Freiheit sehen. Deutsche Klassiker – in Theater und Oper – werden bis zur Unkenntlichkeit verboten.

- Die **Forderung nach „Toleranz“** wird zum wohlfeilen Bekenntnis. Diese Toleranz hört aber offensichtlich da auf, wo sich jemand als Christ bekennt. Das gilt als reaktionär, nicht zeitgemäß und wird verächtlich gemacht (APO-Spruch: „Hätt' Maria abgetrieben, wär' Jesus uns erspart geblieben.“). In Konsequenz dieser zutiefst intoleranten und antichristlichen Grundhaltung werden hunderttausende Abtreibungen (jährlich) staatlich gefördert und die Kreuze aus Schulen und öffentlichen Gebäuden entfernt.

- In der **Justiz** werden Gerichtsentscheidungen nicht mehr nachvollziehbar und damit für weite Teile der Bevölkerung nicht mehr als „gerecht“ empfunden.

Man schaue sich bloß einmal die Besetzung des Bundesarbeitsgerichts und dessen Urteile an. Hier wird ein merkwürdiges Recht gesprochen; hier wird die sozialistische Demontage der Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung vorangetrieben.

- Die **Rechts- und Freiheitsordnung** wird – weit mehr, als von der EU gefordert – z. B. durch das Antidiskriminierungsgesetz auf der Folterbank gestreckt, usw.

Die **Ordnungskräfte des Staatswesens** werden verhöhnt und zur Jagdbeute der Systemzerstörer. Aus „Polizisten“ werden „Bullen“, aus unserer Gesellschaft also ein „scheiß Bullenstaat“. Randalierer werden geschützt, lauffengelassen. An „Sitzblockaden“ und ähnlich gesetzeswidrigen Aktionen teilnehmende links-grüne Politiker werden gefeiert. Und selbst wenn es staatsanwaltliche Ermittlungen gibt, werden diese in der Regel eingestellt. Polizisten hingegen, die sich wehren müssen gegen mörderische Angriffe des links-grünen Mobs, müssen mit einem Straf- bzw. Disziplinar-Verfahren rechnen. Unser Rechtsverständnis wird auf den Kopf gestellt.

Mit der Zerstörung der alten Werte einher geht ein **neues Menschenbild** (siehe Kapitel „Gender Mainstream“), das den Schöpfungswillen Gottes verhöhnt.

- **Unternehmer** werden angeprangert, der in einer marktwirtschaftlichen Ordnung unverzichtbare „Gewinn“ wird zum verteufelten „Profit“, der Arbeitnehmer per se zum sozial Schwachen, zum „Ausgebeuteten“. Unzufriedenheit und Haß auf das „System“ ist ein Ergebnis dieser Weichenstellungen.

Dementsprechend erfolgt eine Art „Umschichtung“ des Wohlstandes der Fleißigen und Leistungsträger hin zu den Ausnutzern des Systems, also den Ausbeutern des Sozialstaates zu Lasten der großen Mittelschicht (der Bürgerschaft). Es tut weh, mit anschauen zu müssen, wie weite Teile der Unionsparteien allen Warnungen zum Trotz hinter dem Zeitgeist-Trend hinterherhelfen, weil getarnte grün-rote Gutmenschen auch dort das Sagen haben.

Die 68er haben ganze Arbeit geleistet und sind von ihrem Ziel nicht mehr weit entfernt. Die Medien-, die Kultur- und die Kunstszene, die Pädagogik, das Bildungs- und das Rechtssystem und weite Teile der beiden christlichen Kirchen sind bereits in links-grüner Hand. Für die „Frommen“ bei den Grünen – die soll s ja geben, heißen aber politisch korrekt „Christinnen und Christen“ – gibt es die „Bibel in gerechter Sprache“, in der wahlweise von die Gott oder der Gott gesprochen wird und „Jesus“ geschlechtsneutral zu sein hat. „Man faßt sich an den Kopf und greift in Käs mann“. Wir werden das Thema Grüne und Kirche bzw. Christentum in einem späteren Kapitel ausführlicher besprechen.

Dies sind die Früchte, für die die APO einst das Saatgut gelegt hat – „mit marxistischen Grüßen“. *„Die selbsternannte moralische Instanz von Grünen und Grünern maß sich an, mit einer verquasteten Ideologie das Volk zu beglücken. Sie reklamieren Toleranz und Weltoffenheit als grüne Erfindung, die nun über die Welt gebracht werden müsse. Ihr verbissener Ehrgeiz, die bösen Deutschen vom verhängnisvollen Deutschsein zu befreien und zu einer guten Nation grüner Prägung zu machen, hat längst sektengleiche Züge. Multikulti soll uns Heil und Segen bringen. Am grünen Wesen soll die Welt genesen! Moral? Grüne sind die Moral!“* (Gabriele Hoell in FAZ 30.03.05)

Grüne Moral

Moral? Welche Moral haben die Grünen denn wirklich? „An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen!“ Ja, ja, sie ketten sich an Bahngleise, sie klettern auf Bäume, um Transparente aufzuhängen, sie blockieren Straßen, sie bilden Lichterketten usw. – sie protestieren gegen nahezu alles und jedes, was nicht „politisch korrekt“ ist. Was das ist, definieren natürlich nur sie. Aber wenn es um Taten geht, um konsequentes Handeln, wundert man sich, wie einseitig ihre Proteste ausfallen:

In China werden nach wie vor Dissidenten verfolgt und in Zwangslager gesteckt. Unter Mao Tse-Dong und seinen Glaubensbrüdern, die heute noch das „sozialistische System“ in China hochhalten, wurden – und werden – Tausende von demokratieverdächtigen Oppositionellen in Umerziehungslager gesteckt oder als „Volksfeinde“ hingerichtet. Wo sind die Proteste der linken Szene, die grundsätzlich gegen jede „Unterdrückung“ kämpft? Wo bleibt die Stimme der (unsäglichen) deutschen Heulsuse Claudia Roth? Wo bleibt die „Humanistin“ Künast?

In Fidel Castros Kuba werden nach wie vor Regime-Kritiker verfolgt und inhaftiert – auch unter dem angeblich „liberaleren“ Bruder Raúl Castro. Deutsche „Linke“ sympathisieren offen mit den Castros. Gegen das Regime tritt niemand aus dieser Szene auf. Wo ist der Protest der Linken, die Castro verherrlichen? Wo ist der Protest des Welt-Betroffenheits-Apostels Jürgen Trittin? Wo ist der Protest der unzähligen Linken, die gegen Chiles Pinochet protestierten, denen aber die Unterdrückten in Kuba offensichtlich völlig gleichgültig sind?

In Kambodscha verurteilt ein Volkstribunal unter Aufsicht der UNO den früheren Chef des berüchtigten Foltergefängnisses Tuol Sleng der Roten Khmer, Kaing Guek Eav – „Duch“ genannt – in einem fairen Prozeß zu 30 Jahren Haft. Unter „Duchs“ Leitung wurden mehr als 12.000 Kambodschaner hingerichtet. Schon zwischen 1975 und 1979 (Pol Pot-Ära) hätten unsere Berufsprotestler genügend Gelegenheit gehabt, gegen das mörderische und

menschenverachtende Regime der Roten Khmer zu protestieren. Aber Protest gegen ein „sozialistisches Brudervolk“? Nicht denkbar! Aber wo ist denn wenigstens heute – nach erwiesener Tat – der Protest der organisierten Betroffenenliga gegen das unwürdige System? Wo sind die Stimmen der Menschenrechts-Lordsiegelbewahrer Ströbele, Roth & Genossen? Wo vor allem ist der Protest des ehemaligen Außenministers Josef (Joschka) Fischer gegen das teuflische Khmer-Regime? Wo ist das Bekenntnis des wichtigsten Mitarbeiters Fischers, Joscha Schmierer, der nicht nur dem Planungsstab des Außenministers, sondern vorher auch dem KBW zehn Jahre lang als Generalsekretär diente (siehe Kapitel Fischer und Schmierer)? Wo ist seine Entschuldigung dafür, daß er dem „Volke von Kamputschea unsere feste Solidarität“ erklärte und dies damit begründete, sie „machten einen zivilisierten Eindruck“? Diese „Zivilisierten“ haben fast 2 Millionen Kambodschaner auf dem Gewissen! Aber unsere Gutmensch-Protestler haben damit nichts zu tun.

Öl-Katastrophe im Golf von Mexiko: Man stelle sich vor, in der Nordsee sei ein Faß Öl umgekippt. Sofort würden „Green Peace“ & Co. auf die Straße laufen und einen Stop der Ölbohrungen im Meer verlangen. Anders im Golf von Mexiko. Wohin man bei den Linken auch schaut: Schweigen! Millionen von Litern Öl verseuchen Fauna und Flora, nehmen den Fischern ihre Existenzgrundlage und gefährden die Strände. Doch wo ist die Stimme von Green Peace & der anderen „Umweltschützer“? Der Fachmann wundert sich, und der Laie ist entsetzt: Bisher hat man die stolze Summe von rund neun (!) Millionen US-Dollar „entdeckt“, die von BP an sogenannte Umweltschutz-Organisationen gezahlt wurde, dafür, daß sie.....Na, was wohl? Für politisch Korrekte heißt es von den „Umweltschützern“, das Geld wäre eine Art Beratungshonorar. Die Beratung solle der Firma BP helfen, grobe Fehler beim Umweltschutz zu vermeiden. 9 Millionen Dollar – wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges! Daß der Protest dieser Organisationen gegen BP – vorsichtig ausgedrückt – sehr verhalten ist, erscheint jetzt in einem anderen Licht. Aufgeklärte Bürger werden sich davon nicht täuschen lassen. Sie nennen solche Zahlungen anders, als sie die „Umweltschützer“ hinstellen.

Grünes Weltbild

Die „Armen“, die „Unterdrückten“, die „Ausgebeuteten“, die „Naturzerstörer“ etc. bestimmen ihr Weltbild. Hinzu kommt die „Pflege“ der historischen Verantwortung unseres Landes. Schon bei Joseph Fischer war erkennbar, daß unsere Nation, unsere großartige deutsche Geschichte, alleine auf „Auschwitz“ reduziert wurde. An dieser Schuld haben wir ein Leben lang zu tragen. Und eben deshalb müssen wir „offen“ sein für alle, die „mühselig und beladen“ sind. Wir sollen sie erquicken; denn das schulden wir unserer historischen Verantwortung. Dieses Auschwitz-Komplexes bedienen sich vor allem Joseph Fischer und – ganz besonders – Deutschlands Betroffenheitsautomat Claudia Roth.

Eben aus dieser Tunnelsicht haben uns die Grünen die massenhafte Einwanderung ungebildeter und rückständiger Völker als „kulturbereicherndes Multikulti“ verkauft und damit unsere Sozialsysteme geplündert, dem Rechtsfrieden geschadet – und (im sozialistischen Sinne) damit ein neues Proletariat geschaffen, vornehm „Prekariat“ genannt.

Was allen Bürgerlichen wehtut: Die CDU – dem Zeitgeist hinterher hechelnd – wollte (und will) nicht wahrnehmen, was da mit unserer Nation geschieht. Nach der (verdeckten) Devise „Tausche Parteibuch gegen Hirn“ haben heute in dieser einstmals „staatstragenden“ Partei Rote und Grüne das Sagen. Diese Partei, die angeblich die Interessen des deutschen Bürgertums vertritt, wird erst aufwachen, wenn die Muslime in Deutschland an die Regierung kommen. „Gottes Segen“ ist dann aber nicht mehr gefragt. Aber unsere Kinder und Kindeskiner werden einmal fragen: „Habt Ihr das denn nicht erkannt? Warum habt Ihr Euch nicht gewehrt?“

Sozialistische Umverteilung

Schließlich gehört bei den Grünen – wie bei den Linken – der Kampf gegen den Kapitalismus zur Tagesordnung. Sie, die Grünen, wollen den Menschen bevormunden. Dem Kapitalismus, jedenfalls in seiner Reinform, ist aber Bevormundung, Umerziehung, gar Vernichtung seiner Gegner fremd. Die Marktwirtschaft ist politisch neutral. Beim Kommunismus ist dies jedoch völlig anders. Und vergessen wir nicht, daß viele Probleme da ihre Wurzeln haben. Die Verquickung mit der Politik ist dem Denken der Kommunisten ebenso immanent wie die Schaffung eines neuen Menschen (sic!). Der Kommunismus kann nur totalitär funktionieren – oder gar nicht. Er ist eben keine „gute Idee“, die nur schlecht umgewandelt wurde. Er ist aus sich heraus schlecht und zynisch. Man nenne auch nur ein einziges Land, in dem ein „humaner Kommunismus“ Wirklichkeit geworden ist.

Das aber unterscheidet den Kommunismus von der Marktwirtschaft, die gerade bei uns Millionen – und weltweit Milliarden – Menschen „in Lohn und Brot“ gebracht hat. Der Kommunismus hatte aber nur viel Hunger und Unterdrückung im Angebot – außer für eine kleine Schicht der Nomenklatura. Welch ein Zynismus!

Von Kurt Schumacher, dem ersten Vorsitzenden der SPD nach dem II. Weltkrieg, stammt die Feststellung, die Kommunisten seien in Wirklichkeit „rotlackierte Nazis“, und Helmut Kohl bezeichnete sie als „rotlackierte Faschisten“. Die Grünen – um in der Sprache Kurt Schumachers zu bleiben – sind in Wirklichkeit grünlackierte Kommunisten. Es ist in Wahrheit eine sozialistische Umverteilungspartei – gerichtet gegen alle, deren Interesse sie zu vertreten vorgibt. Mittelstand und die klassische Ehe und Familie werden zunehmend be-

lastet z. B. durch Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, die Abschaffung des Ehegatten-Splittings, die Erweiterung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer und vor allem durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Letzterer betrifft aber nicht nur Reiche – wie vorgegaukelt wird –, sondern im Prinzip alle Steuerzahler ab einem Durchschnittsverdienst von etwa 43.000 Euro, wahrlich kein Spitzensatz. Also handelt es sich letztlich um eine sozialistische Umverteilung. (Siehe auch Kapitel „Das Programm der Grünen“.)

Fazit: Die Grünen, die sich so gerne bürgerlich-liberal geben, sind letztlich antiliberal und sozialistisch. Konservativ sind sie rein gar nicht. Sie wollen die Bürger gängeln, sie bevormunden und alle(s) an allen Ecken und Enden regulieren. Ein totalitäres Programm. Deutschland, Frankreich, Italien – Länder, in denen die APO ein besonders radikales Unwesen trieb (man denke an die RAF oder an die „Brigate Rosse“), diese Länder waren einstmals die Keimzelle des Abendlandes, die Wurzeln unserer Werteordnung. Aber ihre heutige Gesellschaft scheint nicht in der Lage zu sein, eine perfide Strategie zu erkennen, mit der eben diese Wurzeln „radikal“ (lat. radix = die Wurzel) ausgemerzt bzw. umgewandelt werden sollen.

Schlimmer noch: Unsere Nation, zu feige, sich zu wehren, und grünverblendet, stolpert blind ins Elend. Man beteiligt sich landauf, landab – von Grünen und PDS über DGB, SPD und CDU – wie Lemminge am „Marsch gegen rechts“, an deren Spitze die „Commandantes“ von einst – verharmlosend „Alt-Achtundsechziger“ genannt (siehe nächstes Kapitel) – die Richtung angeben.

Verharmloste „Alt-Achtundsechziger“

Die Geschichte der APO ist u. a. auch die Vorgeschichte der Grünen und eine Geschichte von Mördern, Steinewerfern, Polizistenschlägern und „Diplomaten“. Zugleich ist sie eine Geschichte vieler bunter und zuweilen makabrer Gestalten. Mit den Grünen verbinden sich ganz unterschiedliche Namen und Biographien: Der vorbestrafte Joseph („Joschka“) Fischer, Realo und Fundi zugleich, der die Grünen entscheidend geprägt hat (Grünen-Spott: „Gottvater“). Wie ein Chamäleon, von Turnschuhen zu Krawatten, von dick zu dünn. Alles nur Accessoires! Jedoch seinen „antiautoritären Wurzeln“ treu geblieben. Dann seine Freunde Joscha Schmierer – der Pol Pot-Bewunderer – und Georg Dick (Automechaniker, späterer Botschafter Deutschlands in Chile).

Schlüsselfigur Fischer

Hinzu kommen der „Kinderfreund“ Daniel Cohn-Bendit, der Alt-Kommunist und Häuserbesetzer Jürgen Trittin, der vorbestrafte Terroristenanwalt der

RAF²⁾, Christian Ströbele, die gescheiterte Musikband-Managerin Claudia Roth, der Vorzeige-Türke und CIA-Kenner Cem Özdemir und, und, und – links-grüne Aktivisten also, mit denen wir uns in späteren Kapiteln noch beschäftigen werden.

Fischer ist die Schlüsselfigur der gesamten links-grünen Szene, ihr Leitwolf. Wer versteht, welcher Mensch Fischer ist, versteht die Gefährlichkeit der Grünen, auch wenn er heute saturiert und wohlgenährt in Berlin großbürgerlich als Buchautor, Redner, internationaler Berater und Honorar-Professor lebt, scheinbar fern ab von allen grünen Idealen. Er wurde zum Honorar-Millionär in einer verblendeten Gesellschaft. (Mit seiner staatlichen Altersversorgung von monatlich rund 11.000 Euro konnte er offensichtlich keinen ausreichend schönen Lebensabend genießen.)

Allein schon nach diesen wenigen Passagen muß man fragen:

Wer, um Himmels willen, hat den Grünen bloß das Etikett „bürgerlich“ angeheftet? Angesichts des „grünen Personals“, also derjenigen, die die „grüne Politik“ in Deutschland und der Welt bestimmen, ist diese Etikettierung eine unglaubliche Irreführung der wahren Absichten dieser Systemzerstörer. Erinnern wir uns: Die Wegbereiter der Grünen aus der APO waren angetreten mit dem Motto „Macht kaputt, was Euch kaputt macht!“ Heute, so scheint es, sind sie auf dem „besten“ Wege, ihre Ziele zu erreichen. Die wahre Absicht: „Wir schaffen den neuen Menschen und eine neue Gesellschaft.“ Genauer: Von der neuen Weltordnung zur Weltherrschaft!

Doch ehe wir uns mit den Zielen der Grünen beschäftigen, benötigen wir zum genaueren Verständnis einen Rückblick:

Die Mord-Pistole in Joseph Fischers Auto

1973, grausamer Höhepunkt der Frankfurter Hausbesetzer-Szene: Die Studenten machten „Putz“, Knüppel und Steine flogen. In der „Schlacht am Kettenhofweg“ hatten Demonstranten ein altes Bürgerhaus besetzt. Auch diese Aktion endete, wie so viele zuvor, äußerst gewaltsam. Zwei Polizisten wurde die Dienstpistole entrissen. Ihr Verbleib ist bis heute ungeklärt. Ein Insider erklärte später zu den Vorgängen: „Ja, vorneweg war Joschkas Putztruppe. Das hatten die ja schließlich lange genug geübt.“

Mit Fischer dabei ein strammer Aktivist: Hans-Joachim Klein, der – anders als Fischer und Cohn-Bendit – nicht die Wende weg von der Gewalt geschafft

²⁾ Die Bezeichnung RAF steht für „Rote Armee Fraktion“, ein Name, den sich die „Baader-Meinhof-Bande“ selbst gegeben hatte. Die RAF ist aus dem revolutionären Gedankengut der 68er entstanden, aber sehr bald in die Kriminalität abgetaucht. Auf das Konto der RAF gehen viele Banküberfälle, blutige Attentate und Morde – was sie aber nicht hinderte, stets von „Umsetzung ihrer politischen Ziele“ zu sprechen.

hatte, in die gewalttätige RAF-Szene abtrifftete und 1974 dabei war, als ein palästinensisch-deutsches Kommando unter Führung des Top-Terroristen „Carlos“ die Wiener Zentrale der OPEC stürmte und mehrere OPEC-Minister als Geiseln nahm. Drei Teilnehmer der Konferenz wurden ermordet.

Hans-Joachim Klein wurde Anfang September 1998 im französischen Dorf Sainte-Honorine-La Guillaume verhaftet – wo er mit heimlicher Unterstützung Cohn-Bendits untergeschlüpft war – und dann rechtskräftig verurteilt. In dem Prozeß gegen Klein mußte Fischer als Zeuge aussagen. Die CDU/CSU-Op-
position hatte dabei die Chance vergeben, bereits zu diesem Zeitpunkt Fischer zu „stellen“.

Fischer und der Mörder

Joseph Fischer und Klein, beide in Frankfurt Mitglied der Gruppe „Revolutionärer Kampf“ (RK³⁾), lebten zeitweilig in einer Wohngemeinschaft zusammen. Nach einer Meldung der „Welt“ (18.02.01) hatte zudem die ehemalige RAF-Terroristin Margrit Schiller ausgesagt, auch sie habe mit Fischer in einer Wohngemeinschaft in Frankfurt gelebt, die eine Anlaufstelle der RAF gewesen sei. Nach Einschätzung des Datenschutzbeauftragten Hessens enthält die Akte des hessischen Verfassungsschutzes über die RK – also auch Fischers „Putztruppe“ – strafrechtlich erhebliche Verdachtsmomente.

Unbestritten ist, daß Klein eines Tages (des Jahres 1973) – angeblich sollte er einen neuen Motor in den Wagen Fischers einbauen – eben jenen VW-Variant Joseph Fischers fuhr. Im Kofferraum von Fischers Wagen fand man eine Pistole aus denselben Beständen wie die Pistole, mit der der frühere hessische Wirtschaftsminister und FDP-Bundesschatzmeister Hans-Herbert Karry 1981 erschossen wurde. Die Waffe stammte aus den Armeebeständen, die bei einem Einbruch in eine Kaserne entwendet worden waren. Das Photo, das Fischer am 7. April 1973 unter einem schwarzen Motorrad-Helm als knapp 25-jährigen Gewalttäter enttarnte, zeigt den späteren RAF-Terroristen Klein an Fischers Seite.

³⁾ Der „Revolutionäre Kampf (RK)“ entwickelte sich bald zu einer Sammlungsbewegung von Überbleibseln der antiautoritären Studenten- und Schülerbewegungen, aus alten SDS-Genossen, die sich keiner Partei angeschlossen hatten, der verschiedenen Stadtteilbasisgruppen, soweit sie nicht von der Marxismus-Leninismus-Bewegung (ML) aufgesogen worden waren, der Häuserbesetzer und der entstehenden alternativen Projekte. (Zitiert nach Horn, S.12, Bensheim 1982).

Die Politik des RK bestand aus sog. „interventionistischen Ansätzen“ (Häuserkampf, Betriebsarbeit, Chile- bzw. Spanien-Solidaritätskomitees etc.), hatte aber auf Dauer keinen Erfolg und wenig Resonanz in der Öffentlichkeit. Der studentische Widerstand brach schließlich ganz zusammen, als Anfang der siebziger Jahre die Frankfurter Polizei einen Großteil der besetzten Häuser räumen konnte und der von den Studenten erhoffte „breite Widerstand“ in der Öffentlichkeit ausblieb.

Fischer „...in enger Nähe zu den Tätern..“

Im Bericht der Bundesanwaltschaft vom 8. Februar 1983 heißt es zu den Ermittlungen im Mordfall Karry:

„Von Joseph Martin Fischer ist aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen, daß er für die des Mordes und der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung ‚Revolutionäre Zellen‘ beschuldigten, bisher unbekanntem Personen bestimmte oder von ihnen herrührende Mitteilungen entgegennimmt, weitergibt oder daß diese Beschuldigten seine Fernmeldeanschlüsse benutzten. Diese Annahme stützt sich auf Umstände, die Joseph Martin Fischer vor und nach der Tat in enge Nähe zu den Tätern bringen...“

Karry war am 11. Mai 1981 erschossen worden. Im März 1983 zog Fischer mit seinen „Grünen“ in den Bundestag ein. Dort genoß er die Abgeordneten-Immunität. Die Ermittlungen gegen ihn wurden eingestellt.

Die Fischer-Freunde, oder: Das rote Herz der Grünen

„Sag‘ mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist.“ Wie zutreffend dieses Sprichwort ist, kann man bei Joseph Fischer besonders leicht feststellen. Es sind viele „Väter“ und „Mütter“ der Grünen darunter. Zuweilen scheint sich Fischer seiner (alten) Freunde gar zu schämen. „In der Politik“, klagt Fischer, „können Freundschaften plötzlich zu einer unglaublichen Belastung werden.“ Wie recht er hat! Zwei alte Freunde Fischers sollten wir deshalb hervorheben:

Der rote Dany (Cohn-Bendit)

Daniel Cohn-Bendit ist nach wie vor Fischers bester Freund. „Dany, Dany ist ein echter Freund“, betont Fischer. Cohn-Bendit, Sohn aus Frankfurt nach Frankreich emigrierter jüdischer Eltern, war zu den „68er-Zeiten“ Anführer der Pariser Mai-Revolution („Dany le Rouge“), zugleich aber auch mit Fischer und anderen ein besonders Aktiver der Frankfurter „Sponti-Szene“ (APO) und ist heute der Tonangeber der „Grünen“ im Europa-Parlament. Er galt damals als einer der führenden intellektuellen Köpfe der APO. Wie gefährlich Cohn-Bendit auch heute noch ist, zeigt seine Einstellung zu unserem Vaterland:

„Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“ (Cohn-Bendit)

Das paßt natürlich zu seinem Leib- und Magenfreund J. Fischer, dessen Buch „Risiko Deutschland“ von Miriam Lau 1994 wie folgt rezensiert wurde:

„Deutschland muß von außen eingehegt und innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden“.

Und die grüne Bundestagsabgeordnete Sieglinde Frieß (ver.di-Fachbereichsleiterin) setzte noch eins drauf (FAZ 6.9.89):

„Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

Wer immer noch glaubt, die „Grünen“ seien (nur) grün, dem ist angesichts solcher Zitate nicht mehr zu helfen. Sie entlarven letztlich auch den strategischen Ansatz der Grünen: Die Internationalisierung der Welt unter grünem Diktat – unter Auflösung der Nation(en).

Zurück zu Cohn-Bendit:

Pädophile Abenteuer

Wenig bekannt ist, was sich in den von den 68ern betriebenen antiautoritären „Kinderläden“ (Kindergarten) abspielte. Die Unerbittlichkeit und gnadenlose Konsequenz, mit der ideologisch verblendete Anarchisten ihre Vorstellungen von „sexueller Revolution“ umsetzten, ist erschreckend.

Wie verfehlt das heutige, nostalgisch verklärte Bild der 68er ist, mit dem auch Joseph Fischer geradezu liebevoll kokettiert, zeigt ein Vorgang, den viele Medienmenschen – die älteren unter ihnen selbst frühere 68er – schamhaft (oder bewußt) verschweigen. Da bekennt Cohn-Bendit in seinem Buch „Der große Basar“ ohne jede Korrektur seine „Erlebnisse“ mit fünfjährigen Kindern. Nachdem sein Bericht über das, was er als Aushilfs-Kindergärtner erlebt hatte, in Frankreich bekannt geworden war, führte der Sturm der Entrüstung über sein Tun dazu, daß Cohn-Bendit flugs von der französischen in die deutsche Politik wechselte. „Dany“ war ganz plötzlich nicht mehr der Franzosen Lieblings-Revolutionär von einst.

Ein Mensch, der sich nicht scheut, dem katholischen Politiker Buttiglione (Italien) und der Kirche „Verlogenheit in sexuellen Dingen“ vorzuwerfen, beschreibt seine pädophilen Abenteuer, die er später zwar bereut, die aber deshalb nichts von ihrer Ungeheuerlichkeit verlieren, u. a. mit folgenden Worten:

„...Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen. Es ist kaum zu glauben. Meist war ich ziemlich entwaffnet.(...)“

Es ist mir mehrmals passiert, daß einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. Ich habe je nach den Umständen

unterschiedlich reagiert, aber ihr Wunsch stellte mich vor Probleme. Ich habe sie gefragt: ‚Warum spielt Ihr nicht untereinander; warum habt Ihr mich ausgewählt und nicht andere Kinder?‘ Aber wenn sie darauf bestanden, habe ich sie dennoch gestreichelt...“

Man erinnere sich: Auf der Gründungsversammlung der Grünen im Dezember 1979 wälzten sich pädophile „Reformpädagogen“ mit zwölfjährigen Mädchen auf dem Boden der Kongreßhalle und forderten im Blitzlichtgewitter der Kameras straffreien Sex mit Kindern. Die Bilder konnte man in nahezu jeder Zeitung sehen. Die Anträge dieser Kinderfummler landeten sogar auf den Tischen der grünen Delegierten. Einige „konservative“ Grüne haben sich zwar darüber aufgeregt, und die meisten Delegierten waren wohl eher genervt. Sie haben aber nicht verhindert, daß diese Ideologisierung der Pädagogik und der fatale Machtanspruch, „neue Wertmaßstäbe“ zu setzen, tatsächlich das Klima für sexuellen Mißbrauch begünstigten. Wenn man ein Kind nicht als zu erziehenden Menschen, als Schutzbefohlenen (!), sondern als gleichgestellten Freund bzw. Freundin behandelt, kann man auch Sex mit ihm (ihr) haben – so lautet die Konsequenz aus dem verirrten Verhalten dieser Rot-Grünen.

Man stelle sich vor, einem Stefan Mappus oder einem Volker Bouffier sei ähnliches vorzuwerfen. Ein Aufschrei aller Medien und Gutmenschen ginge durchs Land, und eine Rücktrittsforderung würde die nächste jagen, bis der Delinquent am Boden läge. Nichts dergleichen in diesem unserem Lande. Offenbar darf man nicht „zu katholisch“ sein (wie Buttiglione oder Martin Hohmann) – dann wird man öffentlich gejagt. Ist man aber „Gutmensch“ und pädophil, stört das nicht.

Und Fischer? Kein Wort gegen seinen „echten Freund“ und dessen „Bekanntnisse“. Das sei Cohn-Bendits „Privatsache“, zu der er sich nicht äußern wolle, läßt Fischer erklären. Privatsache? Nein, das ist schlicht feige – und unmoralisch. Nicht zu vergessen – wir reden hier von den Wurzeln der Grünen, von denen, die die Moral der Nation neu definieren wollten.

Aber zunächst noch zu einer weiteren Personalie:

Joschka“ und Joscha – ein „Schmierer“ schreibt Außenpolitik

Joscha Schmierer – so heißt er wirklich – war ehemals Bundesvorstand des SDS⁴⁾, dann Sekretär des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Anmerkungen zu einigen Wurzeln der Grünen:

) SDS

Der „Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)“ gehörte zu den Kerntruppen der APO. Im Mittelpunkt seiner Aktivitäten standen Proteste gegen die „undemokratische Gesellschaft“, gegen die Elterngeneration – der man pauschal Nazi-Mittäterschaft vorwarf –, gegen die USA und den Vietnamkrieg, gegen die atomare Rüstung, gegen den „Konsumkapitalismus“ und gegen die geplanten Notstandsgesetze. Viele Angriffe des SDS richteten sich besonders gegen die Springer-Presse.

(KBW)⁴⁵⁾, in dem auch der heutige DGB-Vorsitzende Sommer eine Heimat gefunden hatte. Später wurde Hans-Gerhart „Joscha“ Schmierer (1942 in Stuttgart geboren) vom frischgebackenen Außenminister Fischer 1998 in den Planungsstab des Auswärtigen Amtes (AA) berufen. Darüber empörte sich u. a. der renommierte Buchautor und Botschafter a. D. Erwin Wickert: „...*Mir ist der Gedanke unerträglich, daß unsere Außenpolitik heute u. a. von einem Mann entworfen wird, der sich zu einem Massenmörder wie Pol Pot bekannt hat...*“

5) Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Es ist nicht übertrieben, den KBW als das Herzstück der APO zu bezeichnen. Er war zuallererst eine Studentenbewegung, aus dem SDS (Sozialist. Deutscher Studentenbund) und einigen K-Gruppen hervorgegangen, und betrachtete sich (nach Gründung 1973) als Partei mit einem ausführlichen Parteiprogramm. Programmmatische Ziele waren u. a.: Widerstand gegen das Hochschulrahmengesetz, „Schwächung des Staatsapparates“, „Stärkung des Bewußtseins und der Fähigkeiten der Volksmassen“, Widerstand gegen Ausländergesetze etc. Hinzu kamen die Ablehnung der Sowjetunion als „realem Sozialismus“ und die Hinwendung zur maoistischen Kulturrevolution. Die (mao-chinesische) „Vereinigung der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen unter Führung des Proletariats“ diente dem KBW als verklärtes Vorbild. Im „Programm und Statut des KBW“ (1975) erschien u. a. die Forderung:

„...Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen...“

Innerparteilich war der KBW eine „revolutionäre Kaderorganisation“ mit sektenähnlichem Charakter, die z. T. psychischen und physischen Druck auf ihre Mitglieder ausübte. Z.B. waren diese gezwungen, 10 Prozent ihres Bruttoeinkommens als Mitgliedsbeitrag an den KBW zu zahlen und Erbschaften bzw. Schenkungen an „die Partei“ abzutreten, was dem KBW ein enormes Vermögen einbrachte. Zu ihrer Höchstzeit, in den 1970er Jahren, hatte der KBW etwa 5.000 Mitglieder, die aber am wenigsten aus der „Arbeiterklasse“ kamen, sondern (außer Studenten) vor allem Akademiker – evang. Pastoren, Lehrer, Rechtsanwälte etc. waren.

Die Leitung des KBW lag in den Händen eines „Zentralkomitees“ (ZK). Joscha Schmierer war von Anfang bis Ende des KBW dessen ZK-Sekretär. (Zu Joscha Schmierer siehe auch das Buch v. Peter Helmes: „Fischer ohne Maske“, erschienen im WPR-Verlag, Hamburg.

Er verfügte neben einer Reihe hauptberuflicher Funktionäre auch über eine außergewöhnlich gut ausgebaute technische Infrastruktur (modernes DFÜ-System, eine elegante Saab-Dienstwagenflotte, Parteigebäude in Frankfurt, Berlin, Bremen und Hamburg, eine eigene Druckerei, einen Buchvertrieb und über Verlage). Ideologisch stand er dem Maoismus nahe und sympathisierte mit Regimen wie Albanien, Rot-China oder Kambodscha unter Pol Pot. Der Hauptgegner war der „bürgerliche Staat“.

Mit dem Aufkommen der „Grünen“ einher ging das langsame Sterben des KBW, da viele KBW-Funktionäre zu den Grünen wechselten. Als 1985 der KBW offiziell aufgelöst wurde, ging das (erhebliche) Vermögen des KBW an den Verein „Assoziation“, **der die grün-alternative Bewegung unterstützen sollte**. So ging das Hauptquartier des KBW in Frankfurt, das ursprünglich für 3 Millionen DM erworben worden war, für (angebliche) 30 Millionen DM an die Commerzbank. Wie auch immer, unter dem Ruf „Wir waren die Jeunesse dorée“ feierte der Edelextremist Joscha Schmierer mit seinem Führungskader den Abschied vom KBW und damit von der „Revolution“ auf eine Weise, die Linken aller Art (siehe Wagenknecht, Klaus Ernst etc.) nicht fremd ist: mit Champagner und Kaviar.

Zahlreiche ehemalige Mitglieder, z.B. Joscha Schmierer, fanden später ihre politische Heimat im Realo-Flügel der „Grünen“, wie auch ihre ehemaligen Sponti-Widersacher Joseph Fischer und Daniel Cohn-Bendit. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannte ehemalige Mitglieder des KBW waren u. a. auch: Michael **Sommer** (DGB-Bundesvorsitzender), Reinhard **Bütikofer** (ehem. Bundesvorsitzender der Grünen und MdEP), Ralf **Fücks** (früherer Bremer Umweltsenator und derzeit Vorstandsvorsitzender der Heinrich Böll-Stiftung der Grünen), Winfried **Kretschmann** (Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag Baden-Württemberg), Ursula **Lötzer** MdB/Linke, Winfried **Nachtwei** (1994 – 2009 Grünen-MdB), Krista **Sager** (ehem. Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen), **Ulla Schmidt** (jetzt SPD und ehem. Bundesgesundheitsministerin; sie kandidierte bei der Bundestagswahl 1976 auf Platz 2 der NRW-Landesliste für den KBW).

6) **K-Gruppen**

Die kommunistischen – meist maoistischen – Splitterparteien und -Gruppen, die Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre vorwiegend aus dem SDS hervorgegangen sind, werden insgesamt meist als „K-Gruppen“ (siehe auch Fußnote 7) bezeichnet. Die programmatischen Unterschiede darzustellen, fällt selbst Eingeweihten schwer. Alle einte jedenfalls der Kampf gegen „das System“ – gemeint ist die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Zu den wichtigsten K-Gruppen zählten die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)“, die „Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO)“, der „Kommunistische Bund (KB)“ mit Schwerpunkten in Norddeutschland (Ulla Jelpke u.a.), der „Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW)“ und der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD)“, **allesamt Wurzeln der von links kommenden Grünen**.

Als um das Jahr 1980 herum die Parteibewegung der Grünen entstand, erhielt sie insbesondere Zulauf einerseits der „Grün-Bewegten“ (siehe Vorwort), andererseits und besonders von Aktivisten der sich auflösenden K-Gruppen. Dies führte bei den Grünen zu zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen zwischen „Fundis“ und „Realos“. Nichtsdestotrotz gelang vielen ehemaligen K-Gruppen-Kadern ein zum Teil sensationell steiler Aufstieg in politische und gesellschaftliche Positionen unseres Staates, wie beispielhaft die „beeindruckende“ Namensliste im Kapitel „Giftgrünes Führungspersonal“ zeigt.

Angesichts dieser Vorgeschichte sollte sich die CDU-Führung unter Merkel sehr genau überlegen, ob ein wie auch immer geartetes Bündnis von CDU und Grünen („schwarz/grün“) wirklich für die Union verkräftbar ist. Diese Radikalinskis haben ihre ideologische Vergangenheit gewiß nicht „an der Garderobe abgegeben“. Deren „Geist steht links“ und bleibt es wohl auch. Es ist höchste Zeit, die Union aus ihren schwarz-grünen Träumen zu wecken.

7) **Kommunistischer Bund (KB)**

Der KB wird zu den sogenannten „K-Gruppen“⁶⁾ gezählt, war zunächst maoistisch orientiert und zählte in den APO-Jahren zu den stärksten linksradikalen Gruppen. 1991 löste sich der KB auf. Der KB ist nicht identisch mit dem KBW (Kommunistischen Bund Westdeutschland), von dem er sich äußerst scharf abgrenzt.

Der KB kämpfte z. B. gegen „die fortschreitende Faschisierung von Staat und Gesellschaft in der BRD“. Eine Verherrlichung der Sowjetunion und die Verteidigung der DDR grenzte den KB von vielen anderen Links-Gruppen ab, von denen viele (vor allem die Maoisten) für die deutsche Einheit einstanden. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der DDR war dem KB sozusagen der ideologische Boden entzogen. Der KB löste sich 1991 auf.

Interessant ist, wer Mitglied im KB war, z. B. Angelika **Beer** (2002-2014 Vorsitzende der Grünen), Thomas **Ebermann** (einst) führender Repräsentant des „ökosozialistischen Flügels“ der Grünen, Ulla **Jelpke** (jetzt MdB bei den Grünen und mit Sarah Wagenknecht führendes Mitglied in der „Kommunistischen Plattform“), Andrea Lederer/jetzt A. Gysi (seit 1996 mit Gregor Gysi verh.), 1990-98 MdB der PDS, Rainer **Trampert**, ehem. führender Repräsentant des „ökosozialistischen Flügels“ der Grünen, Jürgen **Trittin**, seit 1980 Mitglied der Grünen, Antje Vollmer (Grüne, ehem. Bundestagsvizepräsidentin, kam aus der KPD/AO-Massenorganisation „Liga gegen den Imperialismus“).

Psychische Verkrüppelung durch den KBW

Wie undemokratisch, ja diktatorisch der KBW war, erläutert Ton Veerkamp, Studentenpfarrer in den „heißen“ Berliner Zeiten der Straßenkämpfer-Ära:

„Ich war von 1970 bis 1998 Studentenpfarrer in Berlin und in den siebziger und achtziger Jahren an fast allen größeren Aktionen der Linken beteiligt. In diesem Zusammenhang hatte ich mit dem KBW und Schmierers Statthaltern in Berlin sehr oft zu tun. In Schmierers Postillen, anfangs „Neues Rotes Forum“, später „Kommunistische Zeitung“, hatten Schmierers Stalin- und Mao Tse-tung-verherrlichende Beiträge den Rang päpstlicher Enzykliken. Kritik war Sakrileg. Überall, wo der KBW ein Zipfelchen Macht hatte, wurden Gegner – linke und nicht ganz linke – wie Schädlinge behandelt, so in einigen Studentenwohnheimen und Fachbereichsräten. Die von Schmierer angeheizte Gewalttätigkeit richtete sich auch gegen andere linke Gruppierungen. So ging der KBW gegen trotzkistische Studierende mit Eisenstangen vor, als diese es im Sommer 1976 wagten, eine China-kritische Veranstaltung durchzuführen.(...) Erst recht hatte er (Schmierer) nie die Verantwortung dafür übernommen, daß der jahrelange Verbleib Studierender in seiner Sekte (die nicht viel anders als etwa die Scientology-Kirche funktionierte) zu psychischer Verkrüppelung führte, unter der diese jungen Leute jahrelang zu leiden hatten...“

Der „Tagesspiegel“ berichtet u. a.:

„...Sie verstießen Genossen, setzten ab, zwangen zu Selbstkritik und Unterwerfung, verlangten Gehorsam. (...) Keinem rationalen Argument zugänglich, hatten Joscha & Co nur Mao im Heiligenkalender, beteten ihn nach, nervten. Die Missionare ließen an den Unis keinen ausreden, gehörten zu den Haßfiguren...“

„Solidarität“ mit dem Massenmörder Pol Pot

Schmierer hatte am 15. April 1980 als KBW-Führer den damaligen KP-Chef Kambodschas, Pol Pot, in einem Gruß-Telegramm *„unsere feste Solidarität“* bestätigt. Und dies, obwohl die ganze Welt damals schon wußte, daß Pol Pot rund zwei Millionen Kambodschaner hatte ermorden lassen. Aus dem Text des Telegramms:

„...anlässlich des 5. Jahrestages des Sieges des kampucheanischen Volkes in seinem Kampf gegen den US-Imperialismus unsere feste Solidarität mit dem Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression.(...) Der Kampf des kampucheanischen Volkes ist ein wichtiger Beitrag zum Weltfrieden. Seine Siege im Kampf gegen den US-Imperialismus und beim Aufbau des Landes hat das kampucheanische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampuchees errungen. Sie sind das Ergebnis der korrekten Linie der KPK und der korrekten Politik der Einheitsfront im Inneren wie in den internationalen Beziehungen..“

Im KBW-Blatt stand zuvor: *„Das Volk von Kampuchea verwandelt sein Land in einen blühenden Garten.“* Die zwei Millionen in diesen „blühenden Gärten“ von Pol Pot ermordeten Menschen erwähnte das KBW-Blatt nicht. Schmierer antwortete später (1997 in „jungle world“) auf die Frage, warum er damals den Terror Pol Pots ignoriert habe: *„Weil man s nicht sehen konnte. Das Land machte keinen militariserten Eindruck, man sah wenig Soldaten, und die wenigen machten einen zivilisierten Eindruck.“*

Für Robert Mugabe, seit 1980 grausam wütender Tyrann in Zimbabwe (Rhodesien), war Schmierer 1976 der „große kommunistische Führer der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes“. Kein Wunder, soll doch der KBW dem rassistischen Despoten Mugabe „mit 100.000 Pfund Sterling und ein paar Kettenfahrzeugen“ unter die Arme gegriffen haben.

Einige seiner damaligen politischen Weggefährten finden sich heute bei der NPD oder in deren Nähe (z. B. Horst Mahler, Bernd Rabehl). Schmierer ist vorbestraft wegen „schweren Landfriedensbruchs“ anlässlich von Protesten gegen das Weltbanktreffen 1971 in Heidelberg. Ex-Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) über Schmierer zu dessen Einstellung in den Auswärtigen Dienst: *„Jeder Lehrer oder sogar Lokomotivführer mit einer solchen Vergangenheit wäre niemals in den öffentlichen Dienst eingestellt worden.“*

Die rot/grüne Bundesregierung beantwortete eine „Kleine Anfrage“ der FDP zu Schmierers Einstellung in das AA u. a. wie folgt:

„...Bei der Einstellung von Herrn Schmierer in das Auswärtige Amt ist eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt worden. Dabei wurden die für eine Sicherheitsprüfung relevanten Informationen einbezogen. Darüber hinaus ist es nicht Sache der Bundesregierung, Äußerungen oder Meinungen von Bediensteten, die vor der Einstellung in den Bundesdienst liegen, zu recherchieren oder zu kommentieren...“

Wer war zur Zeit dieser Antwort Chef des AA? Joseph Fischer! Ob eine solche Antwort auch erfolgt wäre, hätte Schmierer „vor der Einstellung in den Bundesdienst“ für die NPD gearbeitet? Und wie paßt das zur Nachruf-Verweigerung der Diplomaten des AA, die vor sechzig Jahren Mitglied der NSDAP waren? Da gelten plötzlich andere Maßstäbe. Und dieser ehemalige KBW-Oberaktivist Schmierer beriet dann den deutschen Außenminister und formulierte dessen Außenpolitik.

Was hatte Joseph Fischer als Außenminister noch ganz richtig gesagt? „In der Politik können Freundschaften plötzlich zu einer unglaublichen Belastung werden.“ Man glaubt es ihm spontan, wenn man sich Fischers Freunde aus der APO-Zeit genauer anschaut. Viele „Alt-Achtundsechziger“ sitzen heute

auf fetten Posten; sie sind „in der Gesellschaft angekommen“. Oder getreu ihrer alten Ideen noch „auf dem Marsch durch die Institutionen“ – ihre ideologischen Grundüberzeugungen fein kaschiert im Handgepäck und verborgen unter Designer-Klamotten. Die Erfahrung lehrt: Der Mensch kann sich verstellen, sich anders – „geläutert“ – darstellen. Ein in frühen, aber langen Jahren „eingehämmertes“ radikales oder extremistisches Gedankengut, das zur Denkstruktur geworden ist – siehe KBW – legt man so schnell nicht ab. Und falls der eine oder andere geneigte Leser es vergessen haben sollte: Wir reden hier von den Wurzeln der Grünen.

Giftgrün: das grün-rote Führungspersonal

Seit alte Photos aus der heißen Zeit der APO den grünen Fischer als Polizisten-Prügler entlarvten – was dieser erst nach langem Leugnen zuzugeben bereit war –, ist klar, daß hier nicht die „Verteidiger des Vaterlandes“ am Werk sind. Schauen wir uns also, nachdem wir der Person J. Fischers breitere Aufmerksamkeit gezollt haben, an, wer zu den ideologischen Wurzeln im Umfeld der Grünen gehört(e) und wer heute zum Kreis der führenden grün-roten Genossen gehört:

Zu den ehemaligen APO-Kämpfern gehörten z. B. **Reinhard Bütikofer**, ehemals „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KBW), heute Europa-Parlamentarier, vorher Bundesvorsitzender der Grünen; **Senta Berger**, Berliner APO, heute Schauspielerin; **Daniel Cohn-Bendit**, siehe oben; **Herta Däubler-Gmelin**, Berliner APO, zuletzt SPD-Bundesjustizministerin. Zitat: „...*Die 68er brachten einen Aufbruch der Demokratie, Zivilcourage und die Verantwortung des Einzelnen...*“; **Georg Dick**, besonders aktiv in Fischers Putz-Truppe „Revolutionärer Kampf“, damals Automechaniker. Von Fischer – trotz Protesten aus dem AA, Dick erfülle keinerlei Voraussetzungen – zum deutschen Botschafter in Chile ernannt. Dann auch – man glaubt es kaum, wenn man diesen Langweiler durch die Flure des Bundestages schlurfen sieht – **Hans Eichel**, von 1969-72 Juso-Vize und später Bundesfinanzminister ohne Fortune, wollte „marxistische Zirkel“ gründen; wurde damals als „äußerst links“ eingeschätzt; **Frank Herterich**, KPD/AO, enger Fischer-Freund und von ihm in den Planungsstab des AA geholt; **Tom Koenigs**, KSV, dann PLPI, enger Fischer-Freund, zunächst grüner Stadtrat in Frankfurt (1993-1997), dann Leiter der zivilen UN-Kosovo-Verwaltung (1999-2002), von 2002 bis 2005 Leiter der UN-Friedenskommission für Guatemala und nun (ausgerechnet) „Menschenrechtsbeauftragter“ der Bundesregierung. Für Aufsehen hatte der Bankierssohn in der APO gesorgt, als er sein Millionenerbe dem Vietkong und dem chilenischen Widerstand spendete.

Dann haben wir da noch **Michael Naumann**, SDS, „Salon-68er“, Ex-Kulturstaatsminister bei Schröder, heute Herausgeber der „Zeit“, **Michael Müller**,

APO, lange stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Zitat: „...68 war leider eine viel zu kurze Phase der Aufklärung und Vernunft..“, und **Krista Sager**, „Sozialistische Studentengruppe“ (KBW-nahe), lange Fraktions-sprecherin der „Grünen“ im Bundestag. Und – wen wundert es? – **Otto Schily**, SDS, Freund Rudi Dutschkes, später Strafverteidiger in RAF-Prozessen, beschrieb sich als „liberaler Kommunist“, wechselte von den Grünen zur SPD und wurde dann SPD-Bundesinnenminister und oberster Verfassungsschützer unseres Landes; **Rezzo Schlauch**, Heidelberger Studentenbewegung, als Anwalt für Hausbesetzer hervorgetreten, langjähriges „Grünen-MdB“ und zuletzt Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

Ulla Schmidt, kandidierte 1976 auf der Bundestagsliste des KBW, später Bundesgesundheitsministerin (SPD), die die deutsche Gesundheitspolitik auf den Marsch in den Sozialismus schickte. Dazu zählen darf man auch **Gerhard Schröder** (ehem. Bundeskanzler), Studium in Göttingen, APO-Aktivist, Juso-Bundesvorsitzender („verspäteter 68er“). Zitat: „...Ja, ich bin Marxist.“

Da „verdienen“ zwei Figuren der links-grünen Szene besondere Aufmerksamkeit:

Hans-Christian Ströbele – der Terroristenanwalt

Gründer (mit Horst Mahler) des „Sozialistischen Anwaltskollektivs“, Wahlverteidiger von Andreas Baader (RAF), kurzzeitig als „Terroristenfreund“ verhaftet und wegen Kollaboration rechtskräftig verurteilt, also vorbestraft. Er ist Mitbegründer der sehr linkslastigen Postille „TAZ“ und sitzt heute für die Grünen im Deutschen Bundestag.

Soweit die Kurzbeschreibung quasi im Stakkato. Aber man muß bei Ströbele schon etwas genauer hinschauen. Hier haben wir einen „Rechts“anwalt, der unsere Rechtsordnung nicht beachtete, gegen sie kämpfte und „tief im RAF-Sumpf“ steckt, wie die BZ schreibt (18.7.09). „Wieviel Blut klebt am grünen Greis?“ titelt gar der Internet-blog „pi-news“.

Rechtsanwalt Christian Ströbele hatte stets seine Beteiligung am Terror gegen Deutschland bestritten. Doch in Wirklichkeit arbeitete er über die finsternen Jahre des RAF-Terrors hinweg am Wiederaufbau der „Roten Armee Fraktion (RAF)“. Als Jurist mußte ihm eigentlich die Strafbarkeit seines Handelns bewußt gewesen sein, als er zwischen 1973 und 1975 mithalf, die Gefangenen der RAF so zu organisieren, daß der von ihnen propagierte „bewaffnete Kampf“ gegen unser Staatswesen organisiert werden sollte. **Ströbele unterstützte damit direkt die Handlungen gegen unser Land.**

Im Januar 1981 verurteilte deshalb das Berliner Landgericht den Rechtsanwalt und „Manager des RAF-Infosystems“ Ströbele zu einem Jahr und sechs

Monaten Freiheitsstrafe (auf Bewährung), eine Strafe, die in der 2. Instanz auf zehn Monate zurückgeführt wurde. In der Begründung des Urteils heißt es unmißverständlich:

„... Ohne die Hilfe einiger weniger Rechtsanwälte, darunter des Angeklagten, wäre die Konsolidierung und das Fortbestehen der RAF in der Haft nicht möglich gewesen...“.

Aufgefordert, sich – der heute im Bundestag sitzt – eindeutig von der RAF zu distanzieren, wird Ströbele sehr einsilbig und schmallippig. „Als Verteidiger bin ich daran gehindert, mich über Mandanten und ihr Tun so zu äußern, wie es andere tun können...“ (BZ 18.7.09). Warum so feige, Herr Ströbele?

Zu den von der BZ genannten Autoren gehört auch Reinhard Mohr („Der diskrete Charme der Rebellion“). Sein Fazit: „Ströbele gehört zu jenen altlinken 68ern, die zu keinem Zeitpunkt ehrliche Selbstkritik geübt haben und bis heute dazu tendieren, die RAF zu verharmlosen“ (BZ 18.7.09).

Aber das ist noch nicht der ganze Ströbele. Dieses grüne Schreckgespenst verschreckt uns weiter: Er quält uns, aber auch etliche seiner Parteifreunde, die darüber durchaus nicht amüsiert sind, mit kuriosen Vorschlägen. Dazu gehören die Einführung eines „muslimischen Feiertages in Deutschland“ oder die Übersetzung der deutschen Nationalhymne ins Türkische – was ja nun das Gegenteil von Integration wäre. Na ja, schrullig ist der Kerl auch noch: Seine Wahlplakate mit seinem Konterfei erstellt der Künstler Gerhard Seyfried. Dazu bemerkt Ströbele (nach „focus online 25.9.08): „Die Plakate sind richtig kultig geworden und hängen über vielen Klos in Kreuzberger Wohngemeinschaften“. Da gehören sie denn auch hin!

Schrullig ist es aber nicht mehr, eher plump dreist, wenn Ströbele sich fotografieren auf seinem Fahrrad photographieren läßt, auf dem Weg zum Bundestag oder zu politischen Veranstaltungen. Wenn die Photographen weg sind, steigt er vom Rad. Pech nur, wenn er dabei ausgerechnet von seiner Wahlkreis-konkurrentin Vera Lengsfeld erwischt wird. Nach einer Podiumsdiskussion, zu der er öffentlichkeitswirksam mit dem Radl kam, fuhr er mit eben diesem Radl um ein paar Hausecken und verstaute sein Vehikel in seinem dort bereitstehenden Pkw. Ströbeles Ausrede, er wäre dort mit seiner Frau verabredet gewesen, die er ja dann wohl nicht auf dem Rad hätte mitnehmen können, ist so verklemmt wie der ganze Kerl.

Daß er, wie so viele in seiner Fraktion, mit Deutschland nichts anfangen kann, bewies er anlässlich der Fußballweltmeisterschaft in unserem Land. Zitat: „Fußball-Weltmeisterschaft überall, an Autos, aus Wohnungsfenstern, in den Hän-

den und an den Köpfen jubelnder Menschen. Ein Kult breitet sich aus, der bei mir unguete Gefühle auslöste. Natürlich habe ich befürchtet, daß die Stimmung auch umkippen könnte – in einen unkontrollierten nationalen Taumel (...) Bei der Parole stolz auf Deutschland und deutschen Fahnen in den Händen von Millionen schwingen bei mir unguete Gefühle mit. Ein Schlachtruf Deutschland, Deutschland! kommt mir nicht über die Lippen.“ (aufgezeichnet von Lars Spannagel, 8.6.08, Tagesspiegel). Läßt er so seinen Frust über den vergeblichen Kampf gegen das „Schweinesystem Deutschland“ raus? Ein solcher Mann vertritt das deutsche Volk im Deutschen Bundestag!?!

Es sei erinnert: Die RAF wollte mit ihrem Terror den Staat und die deutsche Nation treffen und zerstören. Ein nicht unerheblicher Teil der Grünen hat (zumindest insgeheim) mit der RAF sympathisiert. Fazit: Die Grünen – rote Wölfe im grünen Schafspelz!

Jürgen Trittin – der „Öko-Stalinist“

Besondere Aufmerksamkeit verdient vor allem der damalige Umweltminister der rot-grünen Koalition und heutige Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag, **Jürgen Trittin**, ehemals KB (Kommunistischer Bund), Hausbesetzer. Er hat alles, was einem Bürgerlichen die Haare zu Berge stehen läßt: Eine Vergangenheit mit dunklen Flecken, eine radikale Ideologie, brachiales Durchsetzungsvermögen. Mit dem Namen und dem Wirken Trittins verbinden sich Begriffe wie „Kommunistischer Bund“, Atomausstieg, Dosenpfand, Elektroschrottverordnung, Emissionshandel, Erneuerbare-Energie-Gesetz, Solar- und Windkraftenergie-Förderung, steigende Preise. Summa summarum Begriffe, die Trittin nicht gerade zu einem Sympathieträger machen.

Im Gegenteil: Der Mann ist nicht ungefährlich. Wer so tief in einer linksextremistischen Gruppe und Ideologie befangen war und die harten Gehirntrainings der Systemzerstörer von einst im „Kommunistischen Bund“ durchlaufen hat, bekommt „nicht ‘mal eben so“ eine neue Identität, ein neues Wertegerüst. Der ehemalige Wirtschaftsminister Michael Glos hat ihn deshalb als „Öko-stalinist“ bezeichnet. Betrachtet man seine Vergangenheit und seine politischen Ziele, kommt man zu dem Ergebnis, Trittin gehe es vor allem darum, radikale Minderheiten und die Meinungshoheit in unserem Land für sich zu gewinnen.

Trittin tut wenig, sich sympathischer erscheinen zu lassen. Noch immer weicht er gerne Fragen nach seiner politischen Vergangenheit aus. Was hat er anfangs der siebziger Jahre beim und mit dem Kommunistischen Bund (siehe Seite 24) getrieben? Auch was er zwischen 1973 und 1980 gemacht hat, liegt weitgehend im Dunkeln. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Nieder-

sachsen wurde der „Kommunistische Bund“ als „Untergrundorganisation“ bezeichnet, deren Anhänger „die Zerschlagung des Staates“ betrieben und mit militanten Gruppierungen zusammenarbeiteten. Nach Zerfall der RAF tauchten viele Aktive und Sympathisanten in der DDR unter oder zogen in die diversen Terrorismuscamps bestimmter arabischer Staaten. Die Archive schweigen dazu – und er selbst auch. Wann eigentlich hat Trittin seine „revolutionäre Gesinnung“ abgelegt?

Trittin nahm immerhin die besonders gewalttätigen Göttinger „Autonomen“ noch in Schutz gegen einen „unverhältnismäßigen Einsatz der Polizei“, als er bereits Minister war. 1996 referierte er als Landesminister (unter „Begleitung“ des Verfassungsschutzes) bei den gewalttätigen Göttinger Autonomen „Antifa-M“ über „Deutsche Innenpolitik“. Nach einer Meldung der FAZ v. 22.01.2001 sollen Fotos existieren, die Trittin bei dem vom Verfassungsschutz beobachteten Treffen mit Autonomen zeigen. Diese Bilder wurden jedoch nie veröffentlicht.

Deutschland: „Rassistisch infiziert“

Empörung erregte Trittins „Londoner Rede“, in der er seinen ganzen Abscheu über unser Vaterland ausschüttete. So sprach er z. B. davon, Deutschland sei ein in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land. Diese „rassistische Infektion“ sei das Produkt von politischen Kampagnen der CDU/CSU und Teilen der SPD. Die Aushandlung des seinerzeitigen „Asylkompromisses“ (zw. SPD, CDU, CSU und FDP) geißelte er mit den Worten: *„Ein Grundrecht wird kurzerhand weggeputscht. Die in Bonn regierende CDU/CSU hat durch eine generalstabsmäßig organisierte Kampagne im Jahr 1991 latent vorhandenen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft hoffähig gemacht.“*

Die Abscheu gegen unseren Rechtsstaat zeigte Trittin schon in jungen Jahren. Trittin, 1954 in Bremen geboren, war gerade 14 Jahre alt, als er sich als Schüler an einer Demonstration gegen das Grundgesetz beteiligte und symbolisch das Grundgesetz in einem Sarg in der Weser versenkte. Als Präsident des Göttinger ASTA organisierte er vor allem Demonstrationen und Hausbesetzungen. Darauf scheint er noch heute stolz zu sein. Zitat: „...Ich habe auch Häuser besetzt (...) Ich habe sogar in solch einem Haus gewohnt“. Nach Veröffentlichung des üblen Buback-Nachrufs (unter dem Pseudonym „Mescalero“) Trittin-Zitat: *„Nein, wir distanzieren uns davon nicht. Zu denen habe ich gehört, und das halte ich nach wie vor für richtig.“* Wir glauben es ihm sofort. 1980 trat Trittin wegen innerverbandlicher Streitigkeiten aus dem KB aus und schloß sich – ohne Einhaltung einer Schamfrist – den Grünen an.

Als Trittin in den Deutschen Bundestag einzog, erhielt er – wie jeder Abgeordnete – Visitenkarten mit seinem Namen und dem Zusatz: „Mitglied des

Deutschen Bundestages“. Das paßte dem Deutschland-Verächter Trittin offenbar gar nicht. Er ließ sich eigene Visitenkarten drucken, Aufschrift: „Jürgen Trittin, Mitglied des Bundestages“ – ohne den Zusatz „Deutschen“. Und Trittin bleibt auch konsequent, wenn es um das Lied aller Deutschen geht: In der FAS v. 2.1.05 erklärte er:

„Noch nie habe ich die deutsche Nationalhymne gesungen und werde es auch als Minister nicht tun.“ (Jürgen Trittin)

Angesichts solchen Geistes des führenden Kopfes der Grünen verwundert es schon gar nicht, daß eine Gruppe von „Jungen Grünen“ auf die deutsche Nationalflagge uriniert, und daß beim Bundeskongreß der „Grünen Jugend“ im Mai 2008 der Satz umliet: „Wem gehört die Welt?“ – Deutschland sicherlich nicht!

Um es klar zu sagen: Dieser Jürgen Trittin also, der aus der linksextremistischen Szene kommt und Deutschland mit radikaler Wut bekämpft (hat), der heute die Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag führt und damit kokettiert, Kanzlerkandidat der Grünen bei der nächsten Bundestagswahl zu werden, soll also nach zehn Jahren militanter Subversion und „Krieg“ gegen Deutschland 1980 nach nur wenigen Tagen zur Friedenstaube geworden sein und nun den Anführer der grünen Friedensfraktion geben können? Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr! ... Armes Deutschland! Und in Zukunft bitte immer nur Photos von Trittin mit einem Ölweig im Mund!

Die Präsentation des Figurenkabinetts der führenden Grünen wäre aber ohne die Namen **Claudia Roth**, **Renate Künast**, **Cem Özdemir** und **Winfried Kretschmann** nicht vollständig.

Claudia Roth – der Betroffenenautomat

Kommen wir zu einer der schillerndsten Figuren der Grünen, Claudia Roth. Sie ist, ohne daß man wegen Beleidigung verklagt werden kann, eine ganz und gar „schräge Tante“. Die Titel bzw. Attribute, die ihr in der Öffentlichkeit – von Medien und Bevölkerung – zugebracht werden, sprechen eine eindeutige Sprache: „Heulsuse der Nation“, „linksgrüne Nervensäge“, „Betroffenheits-Automat“, „Bundesbeauftragte für Betroffenheit und Empörung“, „grüne Betriebsnudel“, „Altkleidersack der Grünen“ oder „Schminkkoffer der Nation“ sind noch die Harmlosesten. Sie mögen Äußerlichkeiten bezeichnen. Sie zeigen aber, um was es hier geht: Eine Frau, die mangels eigener politischer Substanz zu eben diesen bunten Attitüden greift, um sich ins Rampenlicht zu rücken. Aber unterschätzen wir diese „Dame“ nicht. Sie gehört zweifelsohne zu den führenden Köpfen der links-grünen Systemzerstörer und meldet sich zu jedem Thema, das linke Entrüstung und Klage gegen das

„Rechts-System“ ermöglicht. „Gibt s was zu entrüsten? – Ich bin dabei!“ – lautet ihr Aktionsmotto. Zu ihren Standardsätzen gehören dementsprechend:

„Ich bin betroffen.“

„Ich bin tief betroffen. Sehr tief sogar.“

„Ich bin zutiefst betroffen.“

Da möchte man anfügen: *„Auch wir sind zutiefst betroffen – wenn wir sie sehen und hören.“*

Welch ein Lebenslauf!

Auch ihr Lebenslauf beweist in besonderer Form ihre Gabe zur Inszenierung. Ihre Homepage (www.claudia-roth.de) ist ein Meisterstück der Camouflage und der Verdrängung. Zitat:

„...Aus dem schwarzen Bayern führte sie ihr Weg von der Dramaturgin am Theater, über das Management der Kultband TON STEINE SCHERBEN schließlich in die Politik – als Abgeordnete im Bundestag und Europaparlament, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, sowie Bundes-Vorsitzende der Bündnis 90/DIE GRÜNEN...“.

An anderer Stelle ihrer Internetseite zu ihrer „vita“ heißt es dann:

„...Sie begann in München Theaterwissenschaften zu studieren und ging später nach Dortmund. Dort arbeitete sie als Dramaturgin an den Städtischen Bühnen, beim Kinder- und Jugendtheater und gründete schließlich gemeinsam mit Freunden ein Freies Theater. In Dortmund traf Claudia Roth auch auf die Band TON STEINE SCHERBEN. 1982 wurde sie die Managerin der Band. Sie organisierte nicht nur Auftritte, sondern lebte auch in der „Scherben“-Kommune im schleswig-holsteinischen Fresenhagen.“

„Dramaturgin“ – das klingt nach fundierter Berufsausbildung, professioneller Arbeit und irgendwie auch nach Studium. Alles das hat die Dame nicht. Aber „Dramaturgin“? Das ist sie allenfalls in ihrem Lieblingsfach – als Meisterin der Selbstinszenierung.

Zurück zur prosaischen „Vita“ (warum nicht einfach „Lebenslauf?“) des Fräulein Roth. Man könnte diesen Lebenslauf nämlich auch anders darstellen:

„Nach Abitur (1974) begann sie ein Studium der Theaterwissenschaften, das sie nach zwei (!) Semestern abbrach. Nach diversen Haupt- oder Nebenjobs, zu denen sie ihre Tätigkeit etwas gedreht als „Dramaturgin“ bezeichnet, wurde sie 1982 Managerin der (links-alternativen) Musikband *Ton, Steine, Scherben* – einer „Kultband“ der Hausbesetzerszene –, deren erster Song, der APO entlehnt, lautete: „Macht kaputt, was Euch kaputtmacht!“ 1985 war

Schluß mit lustig; die Band löste sich auf, pleite. Die „Managerin“ Roth mußte einen riesigen Schuldenberg hinterlassen...“. Soweit der hier etwas zurechtgerückte Lebenslauf, der aber immer noch nicht ganz geschlossen erscheint.

Man hätte es eigentlich gerne etwas genauer gewußt. Wann ist sie zwischen 1974 und 1982 welcher Tätigkeit nachgegangen, und trat sie vielleicht auch beim Arbeitsamt als „Dramaturgin“ auf? Was ist aus ihrem „Freien Theater“ geworden? Alles nur Theater? In jedem Lebenslauf stehen zumindest Jahreszahlen der einzelnen Berufsstationen, bei FrI. Roth bleibt alles im Ungefähren – wohlgermerkt, in ihrer eigenen Selbstdarstellung im Internet. Gerade so, als ob „Löcher“ übersprungen werden müßten.

Und dann beschloß sie, Politikerin zu werden.

Nach dem Debakel mit der Band trat sie den Grünen bei, wurde zunächst deren Pressesprecherin und 1989 ins Europaparlament gewählt. In Straßburg machte sie sich einen Namen mit dem sogenannten „Rapport Roth“ zur Gleichberechtigung der Homos und Lesben. Diese Frau muß man einfach lieben!

Bei den Grünen lag das ungelernete Fräulein offensichtlich richtig. Denn das Sammelsurium aus Kryptokommunisten, zu kurz Gekommenen, „GOAS“ (Geisteswissenschaftlern ohne Abschluß), Spinnern, Polizistenschlägern, Terroristensympathisanten und Berufsversagern bildete den idealen Nährboden für Roth, um ohne „richtige“ Arbeit zu einem „richtigen“ Einkommen zu finden.

Im „Kürschner“-Bundestagshandbuch gibt sie zudem noch an, sie sei Mitglied der „Humanistischen Union“ (auf die wir nach dem Kapitel „Künast“ noch zurückkommen), Mitglied von „Pro Asyl“ und Mitglied des „Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland“.

Eine kleine Episode mag die tiefe politische Substanz der Claudia Roth aufzeigen: In einer Sendung der Talkshow „hart, aber fair“ erging sich unsere Claudia wieder einmal in den üblichen Angriffen gegen die verkorkste Bildungspolitik der bürgerlichen Koalition, schimpfte, was das Zeug hielt, und fuhrwerkte mit Fachbegriffen aus der Bildung, die aber alle etwas „verklemt“ daher kamen. Kurz, sie schwafelte mal wieder. Frank Plasberg, der Moderator der Sendung, unterbrach ihren Redeschwall mit der einfachen Bildungsfrage: „Frau Roth, Sie sprechen hier dauernd vom B 1-Level (den man braucht, um den deutschen Paß zu erhalten. d. Verf.). Was heißt denn ‚B 1-Level‘?“ (Ein Grad des Bildungsniveaus, d. Verf.). Die *sachverständige* Frau Roth stutzte, kratzte sich am Kopf und krächte nur noch: „B1 äh..? B1 äh..? ...oh Scheiß“ ins Mikrofon.

Sie wußte es nicht. Damit war sie blamiert und die Sendung für sie gelaufen. Ein gelungener Beweis für die Behauptung vom „Bildungsnotstand Deutschland“.

Den offensichtlichen Mangel an Bildung und an Erfahrung im Arbeitsleben versucht Roth hinfort offensichtlich dadurch zu kompensieren, daß sie lautstark und schrill Positionen vertritt, die ideologisch unreal sind oder völlig neben der Sache liegen. Sie setzt ganz offensichtlich auf „Tabubrüche“ – die Duftmarke einer „fortschrittlichen Partei“. Die sind hochwillkommen in einer Partei, die wenig seriöse Substanz aufzuweisen hat und vom Klamauk lebt. Ergo: Das Fräulein Roth machte Karriere – als Dramaturgin im Polit-Theater.

Man wird fragen dürfen: Was rechtfertigt eigentlich bei der Dame Roth die üppigen Staats-Gelder, die sie in Form von Diäten und Sitzungsgeldern vom deutschen Steuerzahler, also von uns, kassiert? Gelder eines Staates, mit dem sie offensichtlich nichts zu tun haben will.

Angesichts ihres Lebenslaufes würden rechtschaffene Bürger eher von einer „verkrachten Existenz“ sprechen. Heute hat sie Einnahmen, die eher über 10.000 Euro im Monat denn darunter liegen dürften – die zu erwartende üppige Altersversorgung von mindestens 7.000 Euro im Monat nicht zu vergessen. Mit ihrem Lebenslauf und ihrer Lebensleistung würde sie „auf dem freien Markt“ vielleicht 2.000 Euro monatlich verdienen können, wenn sie nicht sogar in Hartz-IV landen würde. Sie hätte mit einer solchen „vita“ vermutlich wenig Chance auf einen Job in einem ordentlichen Betrieb, schon gar nicht im öffentlichen Dienst, nicht ‘mal als Pförtnerin im Deutschen Bundestag. So aber sitzt sie als gewählte Abgeordnete – rundgefressen an den Buffets der kapitalistischen Ausbeuter – breit im Deutschen Bundestag und führt die Partei der „Nadel-im-Heuhaufen-Sucher“. Sie braucht also den politischen Job, schon um ihr stattliches Einkommen zu sichern. Und solche Leute sind bereit, alles dafür zu tun. Was eben auch durch ihre schrille Art und ihr provokantes Auftreten bewiesen wäre.

Bei jeder Demo dabei

Schrille Art und provokantes Auftreten beweist sie nahezu bei allem, wo es etwas zu demonstrieren gibt. „Wo ist ‘ne Demo? Ich bin dabei!“ Vielen dieser Gutmenschen – wozu auch Bundestagsvizepräsident (!) Thierse und Grünen-Fraktionschef Trittin gehören – scheint dabei der Sinn für Recht und Ordnung abhanden gekommen zu sein. Völlig ungeniert beteiligen sie sich an „Sitzblockaden“ und (ungenehmigten) Gegendemonstrationen. Es geht ja immer um die „gute Sache“. Und da müssen Gutmenschen mitmachen – auch wenn sie wegen Rechtsbruchs von der Polizei weggetragen (!) werden müssen. Für solche Volksvertreter kann man sich nur schämen. Und es ist höchst be-

denklich, daß die Strafanzeigen gegen sie in aller Regel im Sande verlaufen. Die Bürger haben aber das Recht, von ihren Parlamentariern eine Vorbildfunktion, insbesondere bei der Achtung des Gesetzes, zu verlangen.

„Endlager Gorleben“, dem kürzlich eine Demo der Atomkraftgegner galt, zeigte auch die Erkenntnis, daß „man täglich klüger werden“ könne, wie Konrad Adenauer feststellte. Bei dem Demonstranten Trittin tut diese Erkenntnis aber weh: Er nahm an diesem Protest selbstredend teil, obwohl er, früher ‘mal verantwortlicher Bundesumweltminister, ausdrücklich vor einer Demonstration gegen Gorleben gewarnt hatte: Die Grünen sollten gegen die Transporte „*in keiner Form – sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren...*“; denn schließlich seien alle gesetzlichen Voraussetzungen für den Transport gegeben. Heute will sich bei den Grünen, Trittin eingeschlossen, niemand mehr an die Worte von damals erinnern. Genau wiederum wie bei Claudia Roth, die nach dem rot-grünen Beschluß zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verzweifelt zu erklären versuchte, daß sie für den Kriegeinsatz ist, weil sie gegen den Krieg sei.

Alles, wirklich alles, was sie politisch zu vertreten vorgibt, macht sie zu einer persönlichen Angelegenheit, ständig begleitet von „persönlicher Betroffenheit“. Sie äußert sich zu irgendeinem Thema und setzt dann die ganze Klaviatur ein, derer sie als ungelernete „Dramaturgin“ fähig ist: Heulen, Augen rollen, Grimassieren, gequetschte Stimme usw. und läßt sogar durchblicken, daß ihr die Knie zittern. Welch eine billige Nummer jedesmal! Doch Vorsicht: Äußert man Kritik an ihren dramaturgisch durchgestylten Auftritten, kriegt man von ihr eins übergebraten: Das sei „alles unsachlich“ und „ein Angriff auf sie als Frau“. Um es frei heraus zu sagen: An dieser Frau stimmt nichts, nicht einmal ihr Beruf.

„Schrille Art“? Ja, Frau Roth pflegt regelrecht ihr Image als grüne Betriebsnudel. Ihre „Kostümierung“ und Farbbemalung (auch der Haare) macht jeder Karnevalsveranstaltung Ehre. (Auf der diesjährigen Mainzer Faschingssitzung zog sie Jürgen Dietz durch den Kakao: „Sie trägt heute wieder sehr viel bunt – obwohl sie eigentlich untragbar ist“.) Egal, sie produziert sich unverdrossen gerne auf Volksfesten wie Oktoberfest oder auf Faschingssitzungen, bei denen reichlich Alkohol fließt. Claudia Roth ist gerne voll ..dabei, wenn’s um ihre Leidenschaften geht, wie ein Video zeigt, in dem sie ihre geradezu sinnliche Liebe zu den Türken bekundet:

(<http://www.youtube.com/watch?v=dFhhOPA0qHY&playnext=1&list=PLAAC5AB6CE3591EBB>)

(Textauszug: „*Türkei ist für mich zweite Heimat. Ich mache seit 20 Jahren Türkeipolitik. Das ist viele Jahre! Und ich liebe die Menschen in der Türkei, und*

ich liebe die Konflikte in der Türkei... Mir gefällt in der Türkei Sonne, Mond und Sterne, mir gefällt Wasser, Wind...“)

Klar, daß sich C. Roth – bekanntester Spitzname: „Fatima“ – nachdrücklich dafür einsetzt, die Türkei in die EU aufzunehmen und für die Türkei zu werben.

*„Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut.“
(„Münchner Runde“ 5.10.2004)*

Befragt nach ihrer Wunschvision zum Tag der Deutschen Einheit, schrieb Claudia Roth in einem Artikel der WamS v. 6.2.05:

Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarz-rot-goldenen Fahnen...“

„Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!“ – auch so ein Roth-Spruch, aber beileibe keine Einzeläußerung.

Flankiert wird Roth von ihrer Parteifreundin Nargess Eskandari-Grünberg, Frankfurt: *„Migration ist in Frankfurt eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht paßt, müssen Sie woanders hinziehen!“* (FR 13.11.07), was wiederum ganz im Sinne des Grünen-Vorstandes von München (Landesverband Bayern, aus dem C. Roth kommt) sein dürfte:

„Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“

„Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Lande“? Ja, wo leben wir denn? Sind wir noch in Deutschland? Oder in „Türkallemania“? Politiker wie Frau Roth tun alles, die deutsche Identität zu schädigen und uns für alles Fremde so zu öffnen, daß von „Deutschland“ nichts mehr übrigbleibt und die abendländische Kultur in die Geschichtsbücher vertrieben wird. Und diese Bemühungen werden mit deutschen Steuergeldern unterstützt. Welch ein Zynismus!

Die Personalie Claudia Roth macht im Übrigen ein besonderes Problem der Grünen sichtbar:

- Man kann nicht einerseits verbissen um die Rechte der Frauen kämpfen (siehe der selbstgewählte Slogan: „Die Grünen – die Frauenpartei“), andererseits aber dem Islam huldigen, der eben die elementarsten Rechte der Frauen unterdrückt (Zwangsehe, Frauenbeschneidung u. a.).

- Man kann auch nicht einerseits für eine „humane Gesellschaft“ kämpfen, andererseits aber die Gesetze der Scharia akzeptieren und damit z. B. Steinigung oder Hand- bzw. Fußabhacken akzeptieren.
- Man kann auch nicht einerseits – mit der Begründung „Religionsfreiheit“ – für den weiteren Bau von Moscheen in Deutschland eintreten, andererseits aber das Verbot des Baues von Kirchen in islamischen Staaten übergehen und grausamste Christenverfolgung stillschweigend dulden
- und letztlich: Man kann nicht „Nie wieder Deutschland“ rufen, aber alle Segnungen dieses Staates kassieren und – ohne jede Scham – dieses Deutschland als „Volksvertreter“ repräsentieren.

„Nie wieder Deutschland!“

Es ist unglaublich. Führende Mitglieder einer im Deutschen (!) Bundestag vertretenen Partei wollen eben dieses Deutschland nicht, das sie vertreten. Hier zeigt sich am ehesten der Einfluß, den der – heute gefeierte – frühere Außenminister Fischer bei den Grünen hat. Ihr Kampf gilt diesem deutschen Staat. Schauen Sie sich das folgende Photo an. (Anmerkung d. Verf.: Leider liegt das Photo nur im Querformat vor, so daß es hier nur hochgestellt wiedergegeben werden kann.) Es zeigt viele führende Grüne, die gegen unser Vaterland demonstrieren. In der vordersten Reihe erkennt man u. a. Claudia Roth, Jutta Ditfurth und Angelika Beer, damals allesamt führende Grüne. „Nie wieder Deutschland!“ – eine ungeheure Provokation! Doch noch immer werden die Grünen verharmlost.

Wir lernen bei den Grünen außerdem: „Wer gegen Deutschland ist, ist ein Gutmensch. Wer wie, wo und gegen wen auch immer für sein Vaterland eintritt, ist ein Schurke – jedenfalls, wenn das Vaterland Deutschland heißt.“

Die allgemeine Technik-Feindlichkeit der Grünen wird offensichtlich nur noch von ihrer Deutsch-Feindlichkeit übertroffen.

Die Führungsschicht der Grünen, die sich, wie dargestellt, schnell von ihren wirklich grünen Vätern verabschiedet hatte, besteht zu einem bedeutenden Teil aus ehemaligen (?) Kommunisten, Maoisten, Anarchisten und sonstigen „Sozialisten“. Daß in den Anfangsjahren der Polit-Grünen die Genossen in Pankow und Moskau mehr als nur freundliche Sympathie für die neue Bewegung empfanden, darf man heute ungestraft feststellen.

Renate Künast – die Antiklerikale

An dieser Personalie scheiden sich die Geister, auch bei den Grünen. Sie kam aus der ganz links bewegten Ecke der „Alternativen“, wechselte dann aber die Position und zählt heute zu den „Realos“. Sie zu unterschätzen, wäre sträflich, zumal sie einen vorzeigbaren Lebenslauf hat: Studierte Sozialarbeiterin (mit Praxis in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel) und nach einem späteren



Studium Volljuristin (mit dem zweiten juristischen Staatsexamen) und als Rechtsanwältin zugelassen. Daß sie Humor versteht, zeigt sie gerne mit ihrem Blödspruch, den sie sich in der JVA zulegte: „Mein Name ist wie Knast, aber mit „ü“.“

Man mag politisch zu ihrer Arbeit als Bundeslandwirtschafts- und Verbraucher-Ministerin stehen, wie man will. Sie hat in dieser Zeit aber bewiesen, daß sie eine so schwierige und von Lobbyisten belagerte große Behörde geschmeidig, aber hart führen konnte. Daß sie mit ihren politischen Vorstellungen, die sie brachial umsetzte, einen großen Teil der Bauern verprellte, sei jedoch ausdrücklich erwähnt.

Seit der Bundestagswahl 2002 ist sie Mitglied des Bundestages und seit 2005 – zuerst mit Fritz Kuhn (bis 2009), dann zusammen mit Trittin – Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen. Bemerkenswert ist, daß sie im Gegensatz zur früheren Übung nicht auf einen Teil ihrer Diäten verzichtet, sondern neben ihrer MdB-Diät von rd. 7.000 Euro monatlich noch den Fraktionsvorsitz-Zuschlag von monatlich 3.500 Euro aus der Fraktionskasse einstreicht.

„Sie ist die einzige Grüne unter den zehn wichtigsten Politikern“, stellte der Geschäftsführer der

„Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen“ im letzten Jahr fest. Sie hält danach Platz sieben, noch vor Seehofer und Gysi. Trittin belegt Platz 12. Die Dame hat also ein gehöriges Durchsetzungsvermögen. Und wenn man weiß, daß sie zum politischen Beirat der „Humanistischen Union“ (siehe folgendes Kapitel) gehört, wird es höchste Zeit, sie wirklich ernstzunehmen. Oswald Metzger, ein anderer, aber inzwischen ausgeschiedener „Star“ der Grünen, äußerte am 10.1.11 im „Focus“ über Künast:

„Die Fraktionsvorsitzende der Grünen ist schwer zu fassen. Seit mehr als 30 Jahren parteipolitisch sozialisiert, hat Renate Künast sich perfekt zu inszenieren gelernt. Daneben hat sie aber auch Eigenschaften, die mit ihrer Ruhrpott-Herkunft und mit ihrer Arbeit mit Junkies in einem Berliner Knast zu tun haben. Man spürt bei ihr durchaus immer noch gelegentlich die Leidenschaft zur Sache‘, die sich der Soziologe Max Weber vom guten Politiker wünschte...“ Zu ihrer Kandidatur zur Regierenden Bürgermeisterin in Berlin meinte Metzger:“...Möglicherweise hat ihr demoskopischer Abstieg aber bereits mit dem der Grünen in den letzten Wochen begonnen. Je stärker sich die Grünen wieder im linken Lager verorten lassen, je lauter schwarz-grüne Türen zugeschlagen werden, desto weniger ist sie für bürgerliche Wähler die erste Wahl.“

Die sonst so clever erscheinende Grünen-Vorsitzende stolperte aber im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus von einem Fettnäpfchen ins andere. Mal forderte sie „Tempo 30“ für alle Berliner Straßen – und löste damit helles Entsetzen bei den Bürgern aus. Mal erklärte sie, der im Bau befindliche neue Großflughafen Berlin-Brandenburg sollte eine Nummer kleiner, also nur europäisch dimensioniert sein, wobei selbst ihre eigenen Parteikollegen in der Hauptstadt forderten, Berlin brauche ein internationales Drehkreuz mit direkten internationalen Verbindungen. Dann übte sie öffentlich Gedankenspiele zur Zukunft der Schulen. Nach der nächsten Wahlperiode müßte man weitersehen, ob das Gymnasium als Bildungsinstitution abgeschafft werden solle. Nur einen Tag danach ruderte sie zurück und erklärte, die Abschaffung des Gymnasiums stehe nicht auf ihrem Arbeitsplan. Viele bemängeln an Künast, daß „ihr Maul schneller als ihr Kopf“ sei.

„Der Tagesspiegel“, Berlin, ätzt denn auch (am 21.10.2010): „Was wäre anders, würde statt Wowereit Künast regieren, einmal abgesehen von ein paar Autobahnkilometern mehr oder weniger? Die Welt würde sich wieder einmal für einen kurzen Moment der Zeitgeschichte umdrehen nach Berlin: Was für eine interessante Hauptstadt, erst einen schwulen Bürgermeister, dann eine Grüne! Und dann?“

Hier zeigt sich wieder einmal – wie auch bei Claudia Roth: Wenn es um Sachkenntnis geht, lassen sich die Grünen von niemandem übertreffen – außer

von ihrer Unkenntnis. Frei nach dem Motto: „Wir haben zwar von nix eine Ahnung, aber zu allem eine Meinung.“

(Einschub)

Die Humanistische Union

Bei der Betrachtung des Führungspersonals der Grünen kommt man an einer Erwähnung der „Humanistischen Union“ nicht vorbei. Es ist hier zwar nicht der Platz für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Gruppe, das Wichtigste sollte jedoch angeführt werden:

Die „Humanistische Union (HU)“ versteht sich selbst als Bürgerrechtsbewegung, die vor allem für die altbekannten linken Ziele eintritt: „Umfassende Informationsfreiheit“, „mehr direkte Demokratie“, „Abschaffung des ‚geheimdienstlichen‘ Verfassungsschutzes“, „Trennung von Religion und Staat“ etc. Als ihr „natürlicher Gegner gilt die katholische Kirche, mit der sie sich am liebsten anlegt. Die HU bezeichnet sich selbst als „antiklerikal und antikfessionalistisch“ – weshalb sie vielfach als antichristliche Organisation gewertet wird.

Ihr Gründer war der Münchener Publizist und erklärte Atheist Gerhard Szczesny, der beklagte, die Bürger der Bundesrepublik würden „sechzehn Jahre nach dem Ende der nazistischen Gewaltherrschaft“ zu „Mitläufern einer Verschwörung“ gemacht, „die unsere Entmündigung und Gleichschaltung diesmal im Namen der christlichen Heilslehre verlangt.“

Im besonderen Blick der HU standen und stehen u. a. die Liberalisierung des Strafrechts, weshalb sie sich gegen die Strafbarkeit rein „sittenwidriger“ Verhaltensweisen – beispielsweise Pornographie, Homosexualität oder Gotteslästerung – wandten. Ach ja, Kommunismus und Sozialismus sollten auch nicht rechtlich verfolgt werden dürfen. So setzten sie sich Anfang der 70er Jahre für die Abschaffung des Paragraphen 218 StGB (Abtreibung) ein und sprachen sich für das Selbstbestimmungsrecht schwangerer Frauen aus. Das Abtreibungsgesetz war für die HU ein „Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht Schwangerer. Und ganz nebenbei rührten sie auch die Trommel für eine „Versachlichung des Umganges mit und des Vorgehens gegen die Terroristen der RAF“. Da haben wir also die 68er, wie gedruckt.

Die HU ist in ihrem Einfluß auf Staat, Gesellschaft und Rechtsprechung nicht zu unterschätzen. An der Spitze der HU steht beispielsweise die Richterin am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg, Prof. Rosemarie Will. Die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) gehört ihrem Beirat an. Wen wundert es da noch, daß sich die Bundesjustizministerin gegen eine härtere Strafverfolgung Pädophiler ausspricht? Zu den bekannten Beiratsmitgliedern gehören neben der Justizministerin und – wie erwähnt – Claudia Roth und Renate Künast auch Volker Beck, bekennender Schwuler und Fraktionsgeschäftsführer der Grünen, früher auch die verstorbene Grünen-Mitbegründerin Petra Kelly. Pikant ist auch die Mitgliedschaft des „Pädagogie-Papstes“ Hartmut von Hentig, dem ehemaligen Lebensgefährten des Leiters der Odenwaldschule, Becker.

Im Jahre 2000 errang die HU großes Aufsehen durch die Veröffentlichung einer „Erklärung des Bundesvorstandes der Humanistischen Union zum Sexualstrafrecht“, die zwar einige Monate später auf dem Verbandstag der HU wieder kassiert wurde, aber die den Geist der HU widerspiegelt. Der gesellschaftliche und staatliche Umgang mit der Gruppe der Pädophilen (Kinderverführer) wurde darin als „Lehrstück aus dem ebenso alten wie aufklärungsresistenten Kapitel der Erzeugung von gesellschaftlichen Sündenböcken und der moralischen Verschiebung und Entäußerung sozialer Probleme“ charakterisiert. Angesichts der „absolut und relativ außerordentlich raren Fälle sexueller Gewalthandlungen“ sah man auch eine „kreuzzugartige Kampagne gegen Pädophile“. (Die „Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität – AHS –, mit der die HU damals eng zusammenarbeitete, vertrat die Auffassung, daß sexuelle Handlungen von Erwachsenen mit Kindern unter bestimmten Umständen straffrei sein sollten.)

Angesichts dieser „liberalen“ Haltung der Humanistischen Union zur Sexualität ist es schon mehr als zynisch zu bewerten, wenn das Beiratsmitglied der HU, Frau Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger von der katholischen Kirche eine „klare Zielrichtung in Sachen Mißbrauch“ fordert. Die Bundesjustizministerin schalt die Kirche, auch sie müsse „dringend ihre Auffassung zum Umgang mit Kindern und Gewalt (...) grundlegend ändern.“ Vielleicht sollte sie noch einmal darüber nachdenken, was ihre Kollegen in der HU dazu generell sagen.

Fazit: Wenn die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger die katholische Kirche gerne auf der Anklagebank sähe, wenn die aus der Kirche ausgetretene Claudia Roth Papst Benedikt XVI. angreift, er leide unter „komplettem Realitätsverlust“, und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag, Renate Künast, im Zusammenhang mit der Mißbrauchsdiskussion in der Kirche eine „grundlegend geänderte Auffassung zum Umgang mit Kindern und Gewalt“ einklagt – als ob die (kath.) Kirche sich jemals für Gewalt gegen Kinder ausgesprochen habe – dann ist das die Saat, die die Propaganda der Humanistischen Union gelegt hat. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Das also ist der Nährboden für viele führende Politiker der Grünen.

Cem Özdemir – der türkische Deutsche

Der Sohn türkischer Gastarbeiter, 1965 in Bad Urach geboren und seit 1983 deutscher Staatsbürger, ist der wohl am ehesten unterschätzte Politiker der Grünen und einer der ganz wenigen bekannteren Grünen, die nicht auf die APO reduziert werden können, aber nichtsdestotrotz große Aufmerksamkeit verdienen. Er bezeichnet sich selbst als „bekennender Muslim“ (Spiegel Online, 15.10.08) und ist mit der argentinischen Journalistin Pia Maria Castro verheiratet, mit der er zwei Kinder hat. Er ist zwar mit Abstand der Jüngste unter der Führungsriege der Öko-Partei, aber buchstäblich mit allen Wassern gewaschen. (Wir kommen noch drauf zurück.) Wie nur wenige seiner Partei hat er gelernt, strategisch zu denken und seine Ziele auf lange Frist zu planen. Schließlich ist er jung genug dafür, während der grünen Sirene Claudia Roth die Zeit davonläuft. Zudem verfügt Özdemir über einen sehr vorzeigbaren Lebenslauf: Nach der „Mittleren Reife“ Ausbildung zum Erzieher, danach Erwerb der Fachhochschulreife mit anschließendem Studium der Sozialpädagogik und dem Abschluß „Diplom-Sozialpädagoge“ (FH). Nach dem Studium arbeitete er als Erzieher und freier Journalist.

1994 bis 2002 war er als erster Türke Mitglied des Bundestages und innenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion. (In Stuttgart errang er als Direktkandidat stolze 30 Prozent der Erststimmen – und damit Platz 2 hinter dem Kandidaten der CDU). Aber er stolperte in seiner letzten Bundestagsperiode über die sog. „Bonusmeilen-Affaire“, weil er beruflich abgeflogene Bonusmeilen im privaten Bereich ausgab. Hinzu kam die Veröffentlichung über einen günstigen Privatkredit des PR-Moguls Moritz Hunzinger. Özdemir gab daraufhin sein Bundestags-Mandat auf, wurde aber 2004 ins Europaparlament gewählt, dem er bis 2009 angehörte. Seit 2009 ist er Bundesvorsitzender der Grünen (ohne Parlamentsmandat), gemeinsam mit Claudia Roth. Nach seinem Rücktritt als Bundestagsabgeordneter verschwand Özdemir für einige

Zeit von der politischen Bühne. Er ging 2003 – für viele (Grüne) überraschend – ausgerechnet in die USA als „Transatlantic Fellow“ des „German Marshall Fund of the United States“ – einer Institution, die hilft, amerikanische Interessen bei uns durchzusetzen. In dieser seiner amerikanischen Zeit hielt er auch Vorträge an der Universität Wisconsin, Thema: Die Rolle der Türkei in Europa. Er hatte mehrfach Berührung mit der CIA, da er später als Europa-Parlamentarier stellvertretender Vorsitzender des „Ausschusses zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen“ („CIA-Ausschuß“) war.

Darüber hinaus ist Özdemir international sehr gut vernetzt. Er war/ist Mitglied der hochrangigen Kontaktgruppe Nordzypern, der interparlamentarischen Delegation EU-Türkei, der „Anti-Racism and Diversity-Group“ sowie der ausgeprägt US-freundlichen „Atlantik-Brücke“. Dort befindet er sich in vornehmer Gesellschaft (um die ihn FrI. Roth sicher beneiden wird,) bei der er sich mit vielen führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur „auf Augenhöhe“ unterhalten kann. (Zu diesen Persönlichkeiten zählen z. B. Kai Diekmann (Chefredakteur BILD), Altbundeskanzler Helmut Kohl, Altbundeskanzler Helmut Schmid usw., usw. 2007 war Özdemir an der Gründung der europäischen Denkfabrik „European Council on Foreign Relations“ beteiligt, deren Hauptsponsor der Multimilliardär George Soros ist. Dort befindet er sich in bester Gesellschaft mit weiteren „Atlantikern“ wie z. B. Joseph („Joschka“) Fischer oder Caio Koch-Weser, ehemaliger SPD-Politiker und ehem. Vizepräsident der Weltbank, sowie Dominique Strauss-Kahn, französischer sozialistischer Politiker und Chef des Internationalen Währungsfonds. Die enge US-amerikanische Einbindung des grünen Politikers Cem Özdemir bietet also Raum für allerlei Spekulationen.

Paßgenau wurde Cem Özdemir bereits 2002 vom „World Economic Forum“ (Davos) zum „Global Leader of Tomorrow“ gewählt – eine Ehre, die noch keinem Grünen zuteil wurde. Dazu passen auch seine ausgewählte Mitgliedschaft im Auswahlausschuß der Robert-Bosch-Stiftung, die z. B. talentierte Kinder mit Migrationshintergrund fördert oder seine Mitgliedschaft in der Jury der Körber-Stiftung, die den Transatlantischen Ideenwettbewerb „US-ABLE“ betreut. Nicht genug damit, er ist auch Mitglied in der Südosteuropa-Gesellschaft, bei „Euro-natur“, beim griechischen SIMI-Symposium (des ehemaligen Außenministers George Papandreou) und Beirat des Deutsch-Türkischen Forums in Stuttgart und in der Theodor-Heuss-Stiftung. Alles in allem nicht gerade „Grüne Heimat“.

Vergessen wir nicht: Die USA drängen die europäischen Staaten mit Vehemenz darauf, die Türkei in die EU aufzunehmen. Da liegt es nahe, sich Politikern anzunähern, die dabei eine entscheidende Rolle spielen könnten. Das ist, was zu Beginn dieses Kapitels als strategische Begabung Özdemirs

beschrieben wurde, die „auf lange Sicht“ angelegt ist. Und: Hier zeigt sich, daß wir es nicht nur mit „grünen Melonen“ zu tun haben („außen grün, innen rot“), sondern daß etliche Grüne auch in der Lage sind, quasi als politisches Chamäleon, also „flexibel“, aufzutreten. Beispiel:

„Mittler zwischen Ost und West: die Türkei in die EU“

Özdemir fiel zu seiner Zeit im Europaparlament vor allem wegen einer besonderen strategischen Empfehlung auf, die dann am 20.2.08 in eine Entschließung mündete: Die aus der ehemaligen UdSSR verselbständigten zentralasiatischen Republiken wie Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan etc. sollten in ihrem Neuanfang von der EU gestützt werden, damit sie eher an Europa und die von dort möglichen Investoren gebunden würden. Das war der Kern des Özdemir-Papiers, verklausuliert in „Bedenken“, diese Staaten könnten in ihrem „Ringem um Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“ nicht zu westlichen Normen finden.

Nach der Entschließung machte sich Özdemir flugs auf den Weg, sich als „Mittler zwischen Ost und West“ anzubieten (natürlich im Interesse des Westens). Allerdings müßte dieser (dumme) „Westen“ dabei aber über ein kleines Stöckchen springen:
(Das Özdemir-Papier...)

„...betont in diesem Zusammenhang die Schlüsselrolle der Türkei als EU-Beitrittskandidat in Zentralasien und fordert den Rat und die EU-Kommission auf, die historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Türkei zu bestimmten Ländern in der Region so gut wie möglich zu nutzen und diesen EU-Beitrittskandidaten (gemeint ist die Türkei, d. Verf.) in die Entwicklung und Umsetzung der Strategie umfassend einzusetzen...“ (Paragraph 38 der Entschließung).

Das ist gelebte und erfolgreiche Strategie auf drei Ebenen:

- Der „Atlantiker“ Özdemir sichert die geopolitische Strategie der USA gegenüber Europa und Zentralasien.
- Die Türkei soll in dem sensiblen Feld der Annäherung dieser Staaten als Vermittler auftreten.
- Und letztlich würde dadurch die Akzeptanz für einen Beitritt der Türkei zur EU gestärkt.

Man braucht nicht lange darüber nachzudenken, wo Özdemir dieses strategische Denken gelernt hat. Und bei uns wird er immer noch eher als „lieber Kuschel-Migrant“ angesehen.

Der Kuschel-Migrant

Özdemir wirkt mit seinem schwäbischen Dialekt und seiner „frechen Gosch“ – wie die Schwaben sagen – sympathisch, jedenfalls unverklemmt. Und er hat eine Stärke, die ihn gegenüber vielen anderen Parteifreunden hervorhebt: Er kann sich einordnen, auch (vermeintlich) in der zweiten Reihe. Gegen ihn wirkt die Co-Vorsitzende Roth wie eine leere, aber schrille Hülse. Genau hier zeigt sich Özdemirs Gefährlichkeit und strategische Begabung. Er nutzt den Schutz der zweiten Reihe, um seine Partei strategisch zu ordnen: Er sucht die Öffnung der Grünen z. B. hin zur CDU. Zugleich hat er es geschafft, in weiten Teilen der Wirtschaft als ernstzunehmender Gesprächspartner akzeptiert zu werden. Und er weist auf die strategischen Lücken der Grünen hin: „Wie erklären wir den Wählern, was man überall kriegt, wenn man die Grünen wählt?“

Gemeint ist, daß die Grünen zuviel „Bauchladen“ anbieten, wenn er denn nur grün angemalt ist. Mal eine Koalition mit der CDU – wie bis vor kurzem in Hamburg. Mal eine „Jamaika-Koalition“ mit der FDP und der CDU – wie im Saarland. Mal eine rot-grüne Koalition unter Duldung der Linkspartei – wie in NRW. Ein solcher Zickzack-Kurs verunsichert die Wähler, und deshalb drängt Özdemir auf einen klareren Kurs. Wie der lauten soll, verrät uns der Obergrüne bis heute allerdings nicht.

Die Studienzeit beim „German Marshall Fund“ hinterließ bei ihm natürlich auch Spuren. So gehörte Özdemir im September 2004 zu den Unterzeichnern eines Offenen Briefes an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der NATO und der EU gegen die Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Der Brief war initiiert von der „neo-konservativen Denkfabrik“ der USA namens „Project for the New American Century (PNAC)“. Das blieb nicht ohne Folgen:

Im Oktober 2010 veröffentlichte die Internet-Plattform „Wikileaks“ etwa 400.000 Geheimdokumente zum Irakkrieg, die in der Welt zu großer Entrüstung führten. Cem Özdemir befand die Veröffentlichung „ethisch bedenklich“. Daraufhin kritisierte ihn Jutta Ditfurth, Mitbegründerin der Grünen und Özdemir in (gegenseitiger) herzlicher Abneigung verbunden mit den Worten: „Er läuft an der Leine der USA“ (Spiegel Online, 20.2.11).

„Keine christlich-abendländische Kultur“

Wie ist eine solche Image-Bildung möglich? Man muß sich diesen Parteivorsitzenden doch etwas genauer anschauen. Zu den deutlichsten Fundstücken aus der Özdemir-Kiste gehört der Satz aus dem Brief seines Mitarbeiters (Leon Schwettler) vom 3.12.10:

„...Ich denke, daß die Christlich-abendländische Kultur als solche nicht existiert. Vielmehr wird sie konstruiert, um andere Gruppen von ihr aus-

zuschließen. *Die Religion des Islam ist sehr wohl mit dem Grundgesetz vereinbar, eine fundamentalistische Auslegung und das Aufrufen zu Gewalt hingegen nicht. Dies gilt ebenso für christlichen Fundamentalismus, denn genau so wie sie Zitate aus dem Koran, welche zu Gewalt aufrufen, anführen, könnten sie entsprechende Zitate aus der Bibel finden...*

Hier wird der strategische Ansatz Özdemirs besonders klar. Der Kreis schließt sich, wenn man ein Auge auf die Machthaber der Türkei wirft. Der türkische Premierminister Erdogan, der mit aller Macht versucht, sein Land in die EU zu bringen, spricht ungeniert von der „Weltmacht Türkei“, es sei „das Land, das in der Welt die Tagesordnung bestimmt.“ Die Strategie dazu legt Erdogan gleich mit offen: *„Wir werden die europäische Kultur mit der türkischen impfen, um diese Länder zu türkisieren (...) Die Türken werden die europäische Kultur wesentlich verändern!“*

Das, verehrte Leser, ist nicht Ausdruck von Größenwahn, von dem viele leichtfertig sprechen. Nein, das ist die nackte Wahrheit, die eindeutige Strategie, mit der Europa türkisch/islamisch werden soll. Auf diesem Weg braucht die Türkei in der Tat „Mittler zwischen Ost und West“ – wie eben Cem Özdemir.

Unterstützt werden Özdemir und Erdogan auch vom türkischen Außenminister Davutoglu, der kurzerhand resümiert, daß ...

„der EU-Beitritt der Türkei von der rigiden westlichen Identität wegführen wird und daß das europäische Christentum islamischer werden muß“...

Zum Abschluß dieses Kapitels noch ein „treffendes“ Zitat von Özdemir:

„Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali“ – was die Teilnehmer des Grünen-Parteitages 1998 in Bonn zu stehenden Ovationen hinriß.

Vorsicht Leisetreter: Winfried Kretschmann

Der erste „grüne“ Ministerpräsident Deutschlands, und das auch noch in Baden-Württemberg, dem „Stammland“ der CDU! Ein braver Mann, Familienmensch und herzensgut, so richtig nach dem Geschmack der linken Medien. Und dazu auch noch Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, der gute Hirte – sozusagen mit allen Wassern, auch den heiligen, gewaschen. Der geborene Landesvater schlechthin. Wer will da noch meckern!

Die Bücklinge und Kniefälle einer ganzen Heerschar von unkritischen Journalisten vor dem neuen Stern am grünen Himmel wollen nicht enden. Nun wird das schöne Land der Schwaben, Hohenzollern, Badener etc. richtig satt

grün. Die Autos bleiben in der Garage, das Fahrrad erlebt fröhliche Urständ, die Natur blüht auf. „It s the economy, stupid!“, bemerkte einst schmerzlich der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Bill Clinton. Will heißen: Ohne die Wirtschaft geht nichts, auch nicht in Baden-Württemberg, der Wiege der Kraftfahrzeuge – vor allem der „dicken“, wofür insbesondere Porsche und Daimler, aber auch Bosch und andere stehen. Argwöhnisch beobachteten sie die ersten Schritte der neuen grün-roten Landesregierung.

Sie haben allen Grund, auf der Hut sein zu müssen. Wer da so auf Samtpfötchen daherkommt („Kretschmann, der Leisetreter“), ist alles andere als ein „braves Landeskind“. Nein, er ist das Musterexemplar eines „roten Wolfes im grünen Schafspelz“. Wie viele andere Grüne auch, hat Kretschmann eine tiefrote Vergangenheit, über die „man“ aber nicht spricht, und die auf den Ideen und Taten der „68er“ (APO) fußt.

Kretschmann war aktives Mitglied des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) – siehe auch Kapitel „Die K-Gruppen KB und KBW“ – und tat sich als Verkäufer der extrem linken Postille „Kommunistische Volkszeitung“ hervor, die er mit allerdings mäßigem Erfolg unters Volk brachte. Die meisten Bürger hatten zu dieser Zeit kaum ein Ohr für diese Politsekten, aber Angst vor der aus ihnen hervorgegangenen Baader-Meinhof-Bande.

Kretschmann studierte von 1970-75 Naturwissenschaften und brachte es dabei immerhin zum ASTA-Vorsitzenden („Allgemeiner Studentenausschuß“) – als Vertreter einer radikal linken Gruppe. Zum Entsetzen vieler Gemäßigter trat der inzwischen zum Lehrer Ausgebildete den Grünen in Baden-Württemberg bei. Ein Polit-Freund Kretschmanns, Martin Fochler, hatte noch 1977 formuliert, jede Hausfrau, die mit modernem Küchengerät umgehen könne, werde „schließlich auch keine Schwierigkeiten haben, ein Maschinengewehr zu benutzen, wenn denn der allgemeine Aufstand endlich losgehe“. Selbstverständlich war auch Kretschmann durch die Schule des autoritären KBW gegangen, in dem vor allem indoktriniert und freie Meinung unterdrückt wurde.

Versteht sich von selbst, daß auch der KBW, wie alle K-Gruppen, „antikapitalistisch, antiimperialistisch und antibürgerlich“ war. Und mittendrin stand Winfried Kretschmann. Zur Erinnerung: Der KBW verherrlichte „Helden“ wie den Schlächter Idi Amin (Uganda), den Massenmörder Pol Pot (Kambodscha), Chinas grausamen Führer Mao-tse-tung oder den nicht weniger grausamen Diktator Simbabwe, Robert Mugabe. Von einer Distanzierung von den damaligen Lobpreisungen ist jedoch nichts bekannt. Der KBW versuchte sich auch als Partei, erreichte aber bei Wahlen magere 0,1 Prozent, so daß er dazu verurteilt war, eine Polit-Sekte mit totalitärem Anspruch zu bleiben. Zu seinen Zielen gehörte auch die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“

und die „Schaffung“ einer „proletarischen Revolution“ mittels einer „sozialen Revolution“ und „mit Waffengewalt“. Wie schon an anderer Stelle betont, strebten viele ehemalige KBW-Aktivist*innen nach dessen Auflösung zu der neuen Partei „Die Grünen“, wo sich hinfort „Fundis“ und Realos“ erbitterte Schlachten lieferten.

Die ehemaligen KBW-Mitglieder – und auf diesen Aspekt muß besonders hingewiesen werden – traten der neuen Öko-Bewegung nicht etwa bei, weil sich die „Roten“ jetzt in „Grüne“ verwandelt hätten. Mitnichten! Die Triebfeder der kommunistischen, kadergeschulten KBW-Freunde war strategisch ausgelegt: Die noch junge Bewegung der Grünen galt zwar irgendwie als „links“, „basisdemokratisch“ und „ökoradikal“, war aber in ihrer inneren Struktur noch sehr chaotisch – und damit leicht lenk- und beeinflussbar. Und die K-Vertreter hatten ganz schnell begriffen, daß das ‚grüne Projekt‘ ein erfolversprechendes Vehikel dafür sein könnte, Politik zu gestalten und auch an die Pfründe der politischen Klasse zu kommen – eine einmalige historische Chance, die sich Fischer, Trittin, Cohn-Bendit & Genossen nicht entgehen ließen. Die neue Grünen-Bewegung war also ein ideales Betätigungsfeld für die (ehemaligen?) Kommunisten. So nimmt es nicht wunder, daß nach Feststellung des Bundesverfassungsschutzes aus dem Jahre 1985 zehn Prozent aller Landesvorstandsmitglieder und auch etwa zehn Prozent der damaligen 35 Landtagsmitglieder sowie mehr als 30 Prozent (!) der grünen Bundestagsabgeordneten aus den Reihen der K-Gruppen kamen (siehe auch Kapitel „Giftgrün: das grün-rote Führungspersonal“). Kretschmann konnte sich also bei seiner politischen Familie wohlfühlen.

Wie schon gesagt, am liebsten verschweigen die meisten der grüngewandelten Roten heute ihre Vergangenheit. Ihn habe die KBW-Erfahrung „immun gemacht gegen alle linksradikalen Anwandlungen“, betont Kretschmann neuerdings. Das sieht Jutta Dithfurth, Fundamentalistin, erste Vorsitzende der Grünen und inzwischen ausgetreten, ganz anders:

„...Ich habe mir angesehen, wie die Grünen ihre Wähler einbinden, obwohl sie oft das Gegenteil von dem tun, was sie sagen: bei der Atomkraft, in Kriegs- und in sozialen Fragen. Die Grünen sind Meister in der Kunst des Verrats...“

„...Sie wollen nur genau so viel Protest, wie sie brauchen, um in die Regierung zu kommen. Sie haben 2004 im Bundestag und im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG für Stuttgart 21 gestimmt, das verschweigen sie gerne...“ (Jutta Dithfurth, spiegel-online, 20.02.2011)

Nun also ist Kretschmann ganz in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Zusammen mit einer ums Überleben kämpfenden SPD geht er daran, ein

neues, anderes Baden-Württemberg zu schaffen. Zwar haben mehr als 75 Prozent der Landesbürger nicht „grün“ gewählt, aber er läßt in seiner Regierungserklärung überhaupt keinen Zweifel darüber aufkommen, wohin die grün-rote Reise gehen soll. Er nennt das Ziel einer „neuen Gründerzeit“ und verheißt dem Land eine „ökologisch-soziale“ Erneuerung. Was immer das auch sein mag. Aber solch trefflichen Begriffsfindungen erlernte man weiland schon beim KBW.

Befaßt man sich näher mit seinen Absichten, wird die Richtung erschreckend klar: Die Ökologie ist fürderhin nicht mehr eine unter vielen Herausforderungen der Politik, sondern mit der Frage der Ökologie werden zugleich auch alle anderen politischen Fragen gelöst. Es sei hier schon insbesondere auf das Kapitel „Glaubensverlust und neue Ethik“ hingewiesen, in dem die Ökologie als neue, als Ersatzreligion erscheint. Für alles, für nahezu jeden Lebensbereich bieten die Grünen (vorgeblich) Lösungsmöglichkeiten. Sie schaffen den vollkommenen Menschen, die vollkommene Natur. Das ist ihre neue „Gründerzeit“. Diesem Ziel wird vieles untergeordnet. So überrascht es keineswegs, daß sich Kretschmann ins Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat wählen lassen. Die Strategie ist total. Die SPD ist aus reinem Machterhaltungstrieb schon so verblödet, daß sie die Strategie nicht merkt. Die CDU Merkels hingegen erkennt sie sehr wohl und – unfaßbar für „alte“ Unionsanhänger – rennt dem Lockruf nach, als ob sie keine eigenen, christlichen Grundsätze (gehabt?) hätte.

In aller Deutlichkeit: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ist nicht die römisch-katholische Kirche, sondern inzwischen zu einem linken Infiltrationsmedium verkommen, das dem katholischen Glauben – und den vaticanischen Regeln – zuweilen Hohn spricht. Man nehme nur das Beispiel „Abtreibung“. Die später folgenden Kapitel „Machtstrategie der Grünen“, „Glaubensverlust und neue Ethik“ sowie „Gender Mainstream“ liefern alarmierende Beweise für die Schiefelage des ZdK.

Im baden-württembergischen Koalitionsvertrag zwischen Grünen und Roten heißt es z. B.:

„...Durch die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern werden wir Baden-Württemberg künftig ein neues, tolerantes Gesicht geben und als Landesregierung respektvoll und weltoffen handeln.

Mit dem Credo ‚Gleiche Pflichten – gleiche Rechte‘ werden wir im gesamten Landesrecht dafür sorgen, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft (sog. Homo-Ehe, d. Verf.) im vollen Umfang mit der Ehe gleichgestellt wird. (...) Verpartnerte lesbische Beamtinnen und schwule Beamte werden künftig in Versorgung und Besoldung gleich behandelt wie heterosexuelle Paare...“.

Die Grünen stellen also ein Programm auf, das für Sondergruppen im Promillebereich der Gesamtbevölkerungszahl gilt. So sollen sich also „Bisexuel-

le, Homosexuelle, Transsexuelle“ und wer weiß noch wer im Ländle pudelwohl fühlen. Das ist Klientelismus der höheren Art. Versteht sich von selbst, daß solches in Zukunft auch ausführlich in Schulen unterrichtet werden soll. Man muß schließlich früh anfangen! „Der Elter“ (genderdeutsch für Vater) bzw. „die Elter“ (genderdeutsch für Mutter) sind dazu wohl nicht in der Lage, weshalb der Ruf nach pansexuell geschultem Lehrpersonal laut wird.

Die bizarr unterleibsfixierten Grünen machen somit den Staat zu einem pansexuellen Wächterrat – der darüber zu wachen hat, daß jeder mit jedem darf und Kinder das möglichst frühzeitig „erfahren“.

Kann irgend jemand sachlich darlegen, was ein Landesvorsitzender einer solchen pansexuellen Bewegung (und Ministerpräsident mit dem Amtseid „so wahr mir Gott helfe!“) im Zentralkomitee der deutschen Katholiken zu suchen hat? Krasser könnte der Widerspruch zur katholischen Amtskirche nicht sein! Wo aber bleibt der Protest der Katholiken, ja auch der Amtskirche? Will man es sich mit den neuen Machthabern in der Villa Reizenstein nicht verderben? Ein klares Wort der deutschen Bischöfe zumindest wäre höchst angebracht!

Konsequent links bleiben die Kretschmann-Grünen auch bei einem benachbarten Thema: Der Stuttgarter Koalitionsvertrag behandelt (auf Seite 67) auch die Herausforderungen des politischen Extremismus. Erschreckend unausgewogen, aber für politisch Korrekte wohl „normal“, ist die Einseitigkeit, mit der das Thema behandelt wird. Unter der Überschrift „Extremismus entschlossen bekämpfen“ wird ausschließlich das Thema „Rechtsextremismus“ behandelt. Das Problem „Linksextremismus“ wird mit keinem Buchstaben, keiner Zeile erwähnt. Welch glückliches Land Baden-Württemberg, in dem es nur Rechtsradikale gibt – obwohl der Verfassungsschutz mit zunehmender Dringlichkeit darauf hinweist, daß der Linksradikalismus inzwischen zur weit aus größeren Gefahr geworden ist! Bundesweit gibt es mehr links- als rechts-extremistische Gewaltkriminalität. Wer's in Zahlen möchte: 1115 linke Gewaltdelikte zu 891 rechtsradikalen, also eindeutig.

Wieder einmal darf man sagen: Man stelle sich vor, eine CDU-Regierung hätte in einem Koalitionsvertrag unter „Extremismus“ ausschließlich von „Linksextremismus“ gesprochen. Ein Protestgeheul überzöge unser Land. Aber wie immer, Grüne und Rote dürfen sich eine solche Doppelmoral offensichtlich leisten.

Die Grünen-Führung in Kurzform

Fassen wir nur kurz zusammen, was uns als Führungsschicht der Grünen zugemutet wird:

- ein vorbestrafter Terroristenanwalt und Terroristsympathisant, der heute im Bundestag sitzt und mit Deutschland wenig am Hut hat (Ströbele),

- ein vorbestrafter Steinewerfer, Polizistenprügler und ehemaliger Außenminister, der sich an dieser Republik gütlich tut (Fischer),
- ein Altkommunist, Häuserbesetzer und Terroristen-Sympathisant, der seine Abneigung gegen „Deutschland“ gar nicht oft genug betonen kann (Trittin),
- ein Mitinitiator der 68er-Rebellion und (vorsichtig ausgedrückt) „Kinder-verteher“, der die ideologischen Weichen der 68er entscheidend beeinflusste (Cohn-Bendit),
- eine „abgebrochene“ Dramaturgin, die sich am liebsten laut und schrill selbst in Szene setzt und ebenfalls Deutschland wenig liebt (Roth),
- eine Juristin, die in der antiklerikalen, antichristlichen „Humanistischen Union“ zuhause ist (Künast).
- ein Lehrer, der aus dem linksradikalen Kommunistischen Bund Westberlin (KBW) kommt und nun als Ministerpräsident Baden-Württemberg zu neuen transsexuellen Ufern führen will.

Das sind nur die aus dem Personal der Grünen Hervortretenden. In der zweiten Reihe sieht es in weiten Bereichen noch viel „bunter“ aus. Aber es genügt, die erste Riege zu kennen. So also wird von Joseph Fischer, seinen Freunden und Nachfolgern heute „Staat gemacht“. Das soll also Deutschlands Zukunft sein?

„Die Grünen sind keine Partei, sondern der politische Arm von Krawallmachern, Steinewerfern und Brandstiftern.“ (CSU-Generalsekretär Dobrindt im Hamburger Abendblatt)

Nun liegt es natürlich auf der Hand, sich damit zu beschäftigen, was diese Grünen tun, um sich machtpolitisch durchzusetzen bzw. ihren Ideen zum Erfolg zu verhelfen. Es gilt also, die Machtstrategie der Grünen offenzulegen, was im Folgenden geschieht.

Die Macht-Strategie der Grünen

Lassen wir uns doch bitte nicht täuschen! Die zersetzende Ideologie der Grünen zeigt sich nur schwerlich an ihrem Kampf gegen Atomkraft oder für Mopsfledermäuse. Das ist sozusagen die Watte, in die die wahre Absicht verpackt wird.

Nein, die gesellschaftszerstörende Kraft der Grünen erkennt man an ihrer Grundhaltung, an ihrer ideologischen Herkunft. Da erst zeigt sich das zerstörerische Potential der Grünen. Reißt man die „grüne Maske“ den Grünen vom Gesicht, zeigt sich, daß es weniger um den „Schutz der Natur“, sondern vielmehr um die Veränderung der Gesellschaft geht.

Deshalb ist dieses Kapitel gewiß das schwierigste und umfangreichste, aber auch das wichtigste dieser Publikation.

Völlig ohne Rücksichtnahme auf parlamentarische Kontrollgremien entwickelten grün-alternative Politiker und ihre Hintermänner bestimmte, allen Nationalregierungen übergeordnete Strategien, um weltweit bestimmte Ziele direkt und unter Umgehung der nationalen Länderparlamente durchzusetzen. Auch dies ist ein Ergebnis der Strategie des „Marsches durch die Institutionen“, den wir Bürgerliche immer unterschätzt hatten, weil wir glaubten, das Marschziel gelte nur Lehrern, Richtern und ähnlichen Staatsorganen. ***Nein, die Strategie der Links-Grünen war von Anfang an: „Global denken, lokal (national) handeln!“***

In Europa kam ihnen die anfangs von den einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten unterschätzte Macht- und Einflußmöglichkeit des Europaparlaments und der Europäischen Institutionen in Brüssel, Luxemburg und Straßburg gerade recht. Wer erinnert sich nicht an den Schmäh-Satz aus den Anfängen des EU-Parlaments: „Hast Du einen Opa, schick ihn nach Europa“? Für viele „ausgediente“ Politiker wurde Europa zu einem Abstellgleis, auf dem man diese eher lästigen Personen aus den eigenen Reihen unterbringen konnte. Das Macht- und Bewußtseins-Vakuum, das im „Opa-Europa“ damit entstanden war, nutzten die Grünen und ihre Gesinnungsfreunde frühzeitig und radikal für ihre politischen Interessen. Sie hatten erkannt, welche Chancen „Europa“ für sie bereit hielt. Sie unterwanderten völlig beabsichtigt und gezielt alle Strukturen. Nicht von ungefähr sitzen so viele Grüne in vielen internationalen Organisationen.

Nehmen wir ein Beispiel: Viele von uns wunderten sich vor über zwanzig Jahren, daß der kommunistisch-anarchistische Terroristenfreund und Polit-Strategie Cohn-Bendit plötzlich über die französischen Grünen, die er mitgründete, in vielen EU-Gremien das Sagen hatte. Aber viele waren irrtümlich auch der Meinung, daß Cohn-Bendit in diesen politisch eigentlich „nichts Wichtiges“ entscheidenden Gremien keinen großen Schaden anrichten könne. Das war ein großer Fehler, wie sich jetzt immer mehr zeigt!

Die Grünen starteten aus den von ihnen vereinnahmten politischen Positionen in den Europa-Institutionen heraus verschiedene „Versuchsbällons“, mit denen sie ausloten wollten, wie weit man ihnen – auch unter Umgehung aller rechtsstaatlichen, demokratischen Spielregeln – entgegenkommt und bedingungslos folgt bei der Durchsetzung ihrer grünen Ziele. Rauchverbot, E 10, Antidiskriminierungsgesetz etc. sind die Vokabeln dafür (wobei hier notabene das Rauchen keineswegs verteidigt werden soll).

Die CO₂-Abgabe und der neue Spekulationsmarkt, der sich um diese CO₂-Abgaben installiert, sind weitere Beispiele. Auch der „Energiespar-Häuser-

TÜV“, der Energie-Sparpaß fürs Eigenheim und die Glühbirnenverordnung gehören in dieses Kapitel – wobei es hier lediglich darum geht, aufzuzeigen, mit welcher Feinarbeit die Grünen (und Gutmenschen) strategisch und taktisch vorgehen.

Entwertung der nationalen Regierungen

Doch hinter all diesen Entscheidungen u. Gesetzen – oft über die nationalstaatlich Regierenden hinweg initiiert – steckt eine noch subtilere Machtidée! Es geht um die „Weltherrschaft“ durch eine de-facto- Entmachtung der vorher in immer mehr Detailschritten zur Handlungsunfähigkeit gebrachten Nationalregierungen! Wie soll das erreicht werden? Das Strategie-Rezept hierzu lautet:

Binde einen Großteil der Ausgaben aus dem Staatsetat aller Einzel-Nationen, indem Du diese Nationen weltweit dazu zwingst (per UNO-Beschluß z.B. als weltweit gültige Bestimmung), hohe Summen und Abgaben (angeblich erforderlich zum Erhalt unserer Umwelt oder unserer Gesundheit) an weltweit operierende Institutionen oder Organisationen zu zahlen. Dann fehlt dieses Geld für alle anderen nationalstaatlich erforderlichen Aufgaben in diesen Ländern! Das funktioniert schon deshalb gut, weil man den Menschen vorgaukelt, hehre Ziele mit moralisch hohem Wert zu vertreten – und wer könnte da schon dagegen sein?

Wenn somit dann ein Großteil der den Nationalregierungen zur Verfügung stehenden Mittel aus ihrem bisherigen Staatsetat fehlen, weil „höhere Aufgaben“ finanziert werden müssen, können diese Nationen ohne hohe Kreditaufnahmen oder weitere, die Wirtschaft lähmenden Steuererhöhungen auf keinen Fall mehr ihren Regierungsaufgaben ausreichend nachkommen oder ihren politischen Programmen u. Zielen gerecht werden.

Diese dann nicht mehr von den Nationalstaaten-Regierungen aufzubringenden Leistungen (z. B. Sozialetat, Gesundheitsetat, verkehrspolitischer Infrastrukturetat, aber auch der Wehretat) werden anschließend von ebenfalls weltweit operierenden, übergeordneten Kontrollgremien u. Institutionen übernommen oder zumindest maßgeblich beeinflusst, z. B. EU- oder UNO-Gremien, weltweit operierende NRO – also „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NRO) wie Green Peace (was ja nichts anderes als „Grüner(!) Friede“ heißt), Robin Wood, Amnesty International usw., die das „internationale Gewissen“ (Gutmenschentum) und die „neue“ Moral vertreten. Der ständig größer werdende Machtverlust der Nationalregierungen ist die Folge, da die Regierungen der einzelnen Nationalstaaten immer unbedeutender werden. Die übergeordneten Super-Gremien und internationalen Institutionen gewinnen die Oberhand und letztlich die Macht über die Nationalstaaten. Und in diesen übergeordneten Machtzentren sitzen schon längst die Grünen und ihre

Genossen an wichtigen Schaltstellen! Einige wenige Auserwählte bestimmen letztlich, was gut für die Menschen, was gut für die Welt ist. Ziel ist es, möglichst schnell die Macht über die Welt zu erlangen – und das oft ohne jegliche direkte demokratische Legitimation.

Das System der Informations-Filterung

Dies muß näher erläutert werden, um verstehen zu können, mit welcher durchdachter, zersetzender und globaler Zielrichtung die Links-Grünen vorgehen und weshalb dringend vor ihnen gewarnt werden muß:

Man muß durch einen „Konsens“ (durch pseudo-moralischen Druck und geschickte Öffentlichkeitsarbeit) bei den Industrieländern erreichen, bestimmte, völlig an der Wahrheit vorbeigehende Maximen zu beachten und das hieraus „drohende Unheil“ schnellstens abzuwehren. (Bei der Propaganda, der Bewerbung solcher Ziele, spielen „nützliche Idioten“ – wie z.B. Al Gore – eine ganz entscheidende Rolle.) Diese Regierungen entwickeln dann keine grundlegend neue Politik mehr, die z.B. auf Wachstum der Wirtschaft o. ä. ausgerichtet ist. Es kommt vielmehr zu Investitions- und Reformstaus!

Diese Politik bzw. Strategie wird unterstützt durch die neuen Medien und Wege, die die „Globalisierung“ auf der Kommunikationsebene in Gang setzen: Internet, e-mail, Massenmedien, satellitengesteuerte Informationsübertragungen bis hin zu GPS mit der Möglichkeit, den Aufenthaltsort eines Jeden von uns (z. B. der ein Handy bei sich hat) exakt auf einen Meter Genauigkeit bestimmen zu können!

Wenn aber politische Strategien und diplomatische Beziehungen schon nicht mehr vertrauensvoll entwickelt werden können (wg. der „Transparenz“ dieser neuen Medien), dann ist Außenpolitik schlicht und einfach nicht mehr möglich – wenn nicht „wikileaks“ (z. B.) vorher das Handeln und die diplomatischen Aktionen abgesehnet hat!

Weltweit operierende Gremien, Zusammenschlüsse, Konferenzen und Organisationen sind für diese modernen, machtversessenen Umstürzler die optimal geeignete Zielgruppe, um die Macht der Nationalstaaten, aber auch der Supermächte zu schwächen!

Beispiel: Über moralischen und wirtschaftlich-politischen Druck auf die Schwarzgeld-Oasen wurden die Banken dieser Länder durch deren eigene Regierungen in die Knie gezwungen und leiten nun völlig offen die Namen der Inhaber solcher Konten an die entsprechenden Regierungen weiter. Es drohte die Ächtung der Schwarzgeld-„Schurkenstaaten“ weltweit und somit die völlige politische Isolierung dieser Länder. Der durch übergeordnete Weltgremien (auch durch die USA) ausgeübte Druck auf diese Länder wie Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg war plötzlich riesig.

So wirkt selbst in so „heiligen“ Bereichen wie den Banken mit ihrem vielgepriesenen Bankgeheimnis diese „Macht der Globalisierungstechniken“ derart perfide, daß es heute de facto kein Bankgeheimnis mehr gibt. Das Gleiche gilt für das Telefon- und e-mail-(Brief)-Geheimnis. „Big brother is watching you!“

Aber wehe, wenn es Hackern gelingt, in die Computer z. B. eines Phil Jones (IPCC/Weltklimarat) einzudringen und dessen manipulativen Machenschaften offenzulegen. Dann verstehen diese Herren und Damen, die genau dieses System der Bespitzelung und Manipulation der Staatsregierungen weltweit erfunden haben und dies praktizieren, keinen Spaß. Dann wird hastig vertuscht, verharmlost, dementiert usw. Und die Weltpresse verstummt plötzlich, wenn es um diese Themen der Offenlegung der Wahrheit geht! Warum wohl? Weil Institutionen wie das IPCC zu den „politisch korrekten“ Organisationen zählen – und was bzw. wer das ist, definieren selbstredend die grünen Gutmenschen.

Das System der Informationsfilterung funktioniert aber nur, wenn unsere Massenmedien in den Redaktionen mit Kollaborateuren dieser grünen, aber auch roten „Neo-Revolutzer“ besetzt sind – auf globaler Ebene! Und die finden sich bei vielen unserer Medien zuhauf. (Das erinnert an Max Frischs Theaterstück: „Biedermann und die Brandstifter“.) Wir Bürgerlichen haben schlicht und einfach gepennt.

Daß diese Informations-Filter so erfolgreich sein konnten und können, liegt an einem weiteren Faktor, nämlich der Überflutung z. B. des Internets mit Milliarden neuer Informationen tagtäglich. Das kann ein einzelner Mensch gar nicht mehr lesen oder sich frei die ihn interessierenden oder für ihn relevanten wichtigsten Infos zu bestimmten Themen selbst raussuchen. Hierfür gibt es seit geraumer Zeit Informationssuch- und Auswahldienste, denen man vertrauen muß (!), daß sie uns objektiv und neutral die von uns gewünschten Informationen liefern (z.B. google-Suchmaschine). Aber wer kontrolliert die Art und Weise, wie google das macht oder welche Informationen google erstrangig zur Verfügung stellt? Oder ob nicht doch wesentliche Informationen vorenthalten werden? Die Fragen zu stellen, ist kein Ausdruck von Technik-Feindlichkeit, sondern eines gesunden Mißtrauens eventueller „großer Brüder“ gegenüber.

Wer hat die Kontrolle und die Macht in Händen z. B. der weltweit operierenden Finanz- und Informationsdienste? Wer steckt denn dahinter, daß solche konzertierten Aktionen so sekundenschnell ablaufen und perfekt realisiert werden können? Weltweit! Da empfiehlt sich ein vertiefender Blick auf die personelle Zusammensetzung gewisser internationaler Gremien und Organisationen – und auf bestimmte, auch deutsche Personen, die „Sonderschulungen“ z. B. beim CIA durchlaufen.

Man sieht, die aus der APO kommenden Grünen haben schon ein großes Stück des weiten Weges zum Erfolg hinter sich gebracht.

Wenn man sich mit dieser Frage beschäftigt, muß man auch nachdenken über die politische Ethik der Grünen. Sie ist weit weg von unserer abendländischen Kultur – wie der folgende Abschnitt zeigt:

Glaubensverlust und neue Ethik

„Die andere Ethik und das „neue“ Weltbild der Grünen, das auf den Ideen der 68er „Revolution“ fußt, ist in Wirklichkeit in weiten Teilen Ausfluß des abendländischen Glaubensverlustes der modernen Gesellschaft (des Westens) und versteckt geschickt seinen antichristlichen Charakter“, schreibt die Journalistin Marguerite Peeters (Osservatore Romano) in einem bedrückenden Artikel. „Sie wollen neue Standards setzen, was ihnen offenbar bereits weitgehend gelungen ist. Bei vielen Intellektuellen und Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Medien ist die Saat dieser neuen Normen und Werte bereits aufgegangen.“

Für diejenigen, die das Perfide an dieser Strategie nicht wahrnehmen (wollen) – und dazu gehören leider auch viele Geistliche beider Kirchen: Es geht auch um die Beseitigung unserer abendländischen Kultur, unserer christlich-jüdischen Werte. *Das hat Auswirkungen bis weit in die christliche Gemeinschaft: Das Unwissen, das sich dabei zeigt, ist erschreckend. Viele Christen verwechseln bereits die christliche Soziallehre der Kirche mit den Paradigmen der neuen grünen Kultur* (siehe auch Kapitel „Humanistische Union“). Es geht um den „neuen Menschen“ – und nicht mehr um den, den Gott „nach seinem Ebenbild“ erschaffen hat. Und wer es theologisch sieht: **Es geht um den Kampf Luzifers gegen Gott um die Weltherrschaft.** Und derzeit hat der „liebe Gott“ schlechte Karten, weil der Zeitgeist gegen ihn ist.

Marguerite Peeters schreibt in ihrem Aufsatz („Neue globale Ethik“) über das Weltbild der Grünen weiter u .a.:

„Wer die Begriffe beherrscht, beherrscht die Politik – eine alte politische Weisheit. Und so gelang es den „Kulturrevolutionären“, neue Begriffe in der Gesellschaft zu verankern. Dazu gehören z. B. Begriffe wie „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“, Weltbürgerschaft, säkulare Spiritualität, nachhaltige Entwicklung, „good governance“, globale Ethik, Lebensqualität, Friedenserziehung, „gender (mainstreaming)“, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Gleichheitsprinzip, „empowerment“ der Frauen und der Kinder, Adoptionsrecht für Homosexuelle, Homophobie, sexuelle Orientierung, Lebensstile, „Abtreibung ohne Risiko“, sexuelle und reproduktive Rechte, Frauenrechte, Zivilgesellschaft, Partnerschaft, Transparenz, Basisbeteiligung,

partizipative Demokratie, transnationale Vernetzung, fairer Handel usw., usw. – Begriffe, die einzeln für sich akzeptabel sind, jedoch in ihrer Fülle und mit ihrem ethischen Hintergrund die Gesellschaft unterhöhlen. Begriffe wie Wahrheit, Moral, Gewissen, Vernunft, Herz, Willen, Eltern, Eheleute, Ehemann, Ehefrau, Mutter, Vater, Sohn, Tochter, Jungfräulichkeit, Keuschheit, Dienst, Autorität, Hierarchie, Gerechtigkeit, Gesetz, Gebot, Dogma, Glauben, Liebe, Hoffnung, Leiden, Sünde, Freund, Feind, Wesen, repräsentative Demokratie z. B. gehören dazu. (Der Zyniker Oskar Lafontaine würde sie als Begriffe bezeichnen, die man auch im KZ verwenden könnte.)

Neue Begriffe – neues Weltbild

Die neuen Begriffe – das ist das wirklich Gefährliche an ihnen – führen aber zu einer Umdeutung überkommener Werte, z. B.: aus Regierung wird Governance; aus der repräsentativen Demokratie wird partizipative Demokratie. Das Gedankengut der Gutmenschen führt dann weiter von Hierarchien zu Gleichheit; von Eheleuten zu Partnern; vom Glück zu Lebensqualität; von der Familie zur Familie in allen ihren verschiedenen Formen (Stichwort „Patchwork“ oder „Lebensabschnittspartner“); von Eltern zu Erzeugern; von Wissen zu Fähigkeiten; von objektiv meßbaren materiellen Bedürfnissen zu einer willkürlichen Einforderung von Rechten, von der Caritas (Liebe) zu Unterstützungsansprüchen an den Staat; vom Leiden in Würde zum Recht auf Sterben oder – umgekehrt – zu angeblich ethisch vertretbarer Abtreibung; von kultureller Identität zu kultureller Verschiedenheit; von internationaler Sicherheit zu menschlicher Sicherheit; von Mehrheitsvoten zu Konsensbildung; vom Dogma zu Freiheit der Interpretation; von International zu Global und so weiter.

Die neuen Begriffe sind auf dem Siegeszug. Wir haben den Einfluß der „Grün-Alternativen“ erheblich unterschätzt. Die Kultur der internationalen, nationalen und regionalen Organisationen, die Kultur der Regierungen und Ministerien, die Kultur der politischen Parteien (gleichermaßen rechts wie links) und der lokalen Gebietskörperschaften, die Kultur der Unternehmen, die Kultur des Erziehungs- und Gesundheitswesens, die Kultur der Medien und die unzähligen Netze von Nicht-Regierungs-Organisationen sind vielfach von dem neuen Bazillus befallen. Die neuen Sprachregelungen haben sogar Eingang gefunden in Verlautbarungen der großen Weltreligionen.

Die „neue Ethik“ ist ein Diktat, das deutlich fähiger ist, sich durchzusetzen als das nationale oder internationale Recht. In der Praxis beherrscht sie bereits die Nationen der Welt. Welche Organisation hat es bisher gewagt, die der neuen Ethik zugrunde liegenden Prinzipien zu hinterfragen? Welche Kultur hat ihr wirkungsvoll Widerstand geleistet? Tatsache ist, daß sich überall in der Welt alle einflußreichen gesellschaftlichen und politischen Akteure nicht nur nicht den neuen Paradigmen widersetzt, sondern sie sogar internalisiert und übernommen haben. Das Einschwenken war allgemein!

Die neue Weltvision

Die Revolution des Internets, das exponentielle Wachstum der Partnerschaftsformen und der informellen Netzwerke der transnationalen Governance (die Milliarden schwere Stiftungen, gleich gesinnte Politiker, Nicht-Regierungs-Organisationen, Vertreter der Hochfinanz, Großunternehmen, Universitäten – ein Netzwerk, das zwischenzeitlich mächtiger geworden ist als die alte UNO) sowie die UNO-Strategie der Regionalisierung und Dezentralisierung haben dazu beigetragen, die weltweite Agenda sehr wirkungsvoll auf der lokalen Ebene zu implementieren – unter Umgehung der nationalstaatlichen Ebene. Damit ist die Revolution bereits gelungen.

Die „Grünen“ (in der ganzen Welt) redeten uns ein, nur sie könnten die Umweltverschmutzung, die Ungleichheit der Frauen, das Bevölkerungswachstum, die Mißachtung der Menschenrechte, die wachsende Armut, den mangelnden Zugang zu Gesundheit und Bildung usw. regulieren. Die UNO argumentiert darüber hinaus, daß dies Probleme von „globaler“ Natur seien. Daher, und dieser logischen Schlußfolgerung folgt man allgemein, benötigten die Regierungen vor allem technischen Rat und die Erfahrung der Nicht-Regierungs-Organisationen vor Ort. Der Irrtum der Mehrheit war es, in dieser Sternstunde der Menschheit blind dem Mythos der Neutralität der Wissenschaften zu vertrauen, ohne auf die grundlegenden ideologischen und anthropologischen Implikationen dieser neuen Fragen zu achten.

Die „68er“ in aller Welt hatten früh die ökologisch-feministischen Bewegungen sowie verschiedene Gruppen und Akademiker postmoderner Ausrichtung, allesamt geprägt durch den Glaubensabfall des Westens, unterwandert und die Schlüsselpositionen der UNO und vor allem deren Unterorganisationen besetzt.

Die Gefahr dieser Entwicklung liegt in der Umverteilung der Autorität von den demokratisch legitimierten Regierungen zu einzelnen Interessengruppen, die nicht nur keine demokratische Legitimation haben, sondern außerdem häufig sehr radikale Auffassungen vertreten. Man muß ausdrücklich darauf hinweisen, daß sich im Grunde partizipative Demokratie und „good Governance“ nicht mit einer repräsentativen Demokratie vertragen und durch letztere nicht kontrolliert sind. Sie entwickeln sich zu einer Parallelstruktur.

Die globale Ethik erhebt sich über alles: über die nationale Souveränität, über die Autorität der Eltern und Erzieher, selbst über die Lehre der großen Religionen. Sie überschreitet und mißachtet jede legitime Hierarchie – genau wie in einer Diktatur...“.

Christ versus „neuer Mensch“

Der materialistische, letztlich antireligiöse Ansatz der Grünen zeigt sich am ehesten im Vergleich mit unserer christlichen Religion: Der Glaube an den menschengewordenen Gott und an das Doppelgebot der Liebe, den das Christentum mit keiner anderen Weltreligion teilt, macht den christlichen Glauben zu der wahren antikommunistischen, antinazistischen Alternative und zur Alternative des nur ökologisch denkenden Menschen. Wenn dieser Glaube von immer mehr Menschen angenommen und leitgebend würde, hätten wir viel eher eine friedliche Welt als mit den Heilsvorstellungen der Grünen. Doch der „grüne Bazillus“ hat bereits weite Teile der Kirche(n) und der Gesellschaft befallen.

„In die Kirche einsickern“

Der protestantische Religionslehrer Andreas Späth, Vizepräsident der internationalen Konferenz bekennender Glaubensgemeinschaften, klagt in einem alarmierenden Gastkommentar der „Preußische Allgemeine Zeitung“ vom 4. Dezember 2010 unter der Überschrift: „Wie die 68er die EKD übernommen haben“ u. a.:

„Seit längerem findet in der evangelischen Kirche eine Abkehr vom Glauben statt, die in erschreckender Parallellität zur Emanzipation der 68er steht und deren Prophezeiungen erfüllt. Schon im März 1969 stellte eine Gruppe von 200 linken Theologen auf einer Tagung in Bochum fest: Wir bekämpfen nicht die Kirche, die bekämpft sich selbst, und sie tut das gut. Wir kämpfen nur darum, mithilfe des kirchlichen Machtapparates mitwirken zu können, an allen emanzipatorischen Bestrebungen, die letztlich nur in der Zerschlagung des Kapitalismus ihr Ziel finden können (...) Wir werden jeder für sich versuchen, in die Kirche einzusickern. Wir werden daher die Kirchenleitungen belügen (...) In Zukunft wird man nie wissen, ob nicht im schwarzen Rock ein Roter steckt, ein Wolf im Schafspelz. (...) Wir sind linke Theologen, die sich zusammenschließen, um in der Kirche Raum zu schaffen für ihre revolutionäre politische Tätigkeit. ...“

An anderer Stelle des Späth-Artikels heißt es: „...Die Erben der 68er sind ja nicht plötzlich zu Evangelisten geworden, sondern sie leben in und von einer sich zunehmend selbst diskriminierenden Institution. Warum nur mußte die neueste EKD-Synode nach allen katastrophalen Erfahrungen mit der Politisierung der Kirche – von der NS-Zeit über das Experiment der ‚Kirche im Sozialismus‘ bis hin zu bundesdeutschen Verirrungen im Kampf gegen Nachrüstung und Volkszählung – nun gegen Castor-Transporte und Kernkraft Stellung nehmen? Warum nur die Sünde der ausgeübten Homosexualität quasi der Familie gleichstellen, warum Homosexuellen, noch dazu in Verpartnerung, die Pfarrhäuser öffnen?...“.

Öko-Religion statt Christentum: „Gott ist tot“

Marius Hohenstein und Marguerite Peeters stellen fest:

„... Es braucht etwas Zeit, um eine Antwort darauf zu finden, wie dieses Chaos über uns kommen konnte. Wir sind im Geiste krank geworden und können nicht mehr unterscheiden, was gut und böse ist. Das beginnt mit dem Wahnwitz von Gender und zieht sich hin bis zum islamischen Größenwahn. Zu verantworten haben es die Politiker, die ohne Weitblick die frühen Zeichen nicht erkannt haben. Aber sie haben nicht bedacht, daß eines Tages dem Volk bewußt wird, was verloren ging: Freiheit, Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit, der christliche Glaube. Es wurden Werte ruiniert, die nur schwer wiederzuerlangen sind. Wenn eine Regierung nicht in der Lage ist, Nation und Vaterland zu schützen und eine christliche Gesellschaftsstruktur zerbrechen läßt, muß sie abtreten. Sie hat das Kostbarste verschleudert: das Vertrauen der Menschen in das Leben.

Die Welt weiß längst, daß der dritte große Angriff des Islam auf Europa geplant ist. Die europäischen Länder stehen an einem Scheideweg der Kulturen, die sich wie Tag und Nacht gegenüberstehen – und eben nicht durch „Multikulti“ verkleistert werden können. Die Grundfesten des christlichen Abendlandes wanken!“

Die Gefahr für unseren christlichen Glauben, die von den Grünen ausgeht, beschreibt der Philosoph (und Wetter-Experte) Dr. Wolfgang Thüne – den Konservativen durch seine Publikationen wohlbekannt. In seinem Weihnachtsgruß vom 20. Dez. 2010 an den Autor, der sich zutiefst von den üblichen Weihnachtsgrüßen abhebt, warnt Thüne vor dem Versuch der Grünen, ihre ideologischen Grundlagen zu einer Art Ersatzreligion zu erheben – bei gleichzeitiger Herabsetzung des Christentums:

„Die (christliche) Schöpfungsgeschichte wird in der modernen, aufgeklärten Welt als überholt, ja erwiesenermaßen als wissenschaftlich unhaltbar angesehen. Doch was wird als Alternative angeboten? Der „Urknall“ – und sonst nichts! Die weitere Entwicklung wird ganz dem Zufallsprinzip überlassen. Der „natürliche Treibhauseffekt“ wird zum Dogma erhoben, das nicht weiter hinterfragt werden darf. Wer der Milchmädchenrechnung der „Klima-Experten“ Glauben schenkt, fragt gar nicht mehr, woher die angebliche, wundersame Temperaturerhöhung kommt.

So arbeiten Ideologen, so wird aus Physik Metaphysik!

Jede Erhöhung der „Treibhausgase“ schädige das natürliche vorindustrielle „Wetter- und Klimagleichgewicht“ und müsse daher kategorisch unterbunden werden. Hieraus bastelte die internationale Öko-Bewegung die Parole „**Klimaschutz ist Schöpfungsschutz**“.

„Es war aber Gott, der den Gedanken der Nachhaltigkeit in die Welt setzte, nicht die grüne Bewegung, die sich zur Rettung der Welt berufen fühlt und die Weltherrschaft anstrebt.“ (Dr. W. Thüne)

Wäre die Agrikultur nicht von Beginn an auf Nachhaltigkeit begründet worden, die Böden wären längst unfruchtbar. Was die Parole „Schöpfungsschutz“ betrifft, so ist sie eine ungeheuerliche Anmaßung eines selbstherrlichen, dem Machbarkeitswahn verfallenen und sich völlig autonom dünkenden Menschen.

Es ist eine Beleidigung des Schöpfers, sich auf eine Stufe neben ihn stellen zu wollen und sich zum „Schützer der Schöpfung“ aufzuschwingen.

Der Mensch ist eine Kreatur, die zwar mit Verstand ausgestattet wurde, aber ganz in der Natur verhaftet ist. Jeder Mensch ist ein rasch vergängliches Wesen, doch Gott lebt ewig!

„Gott ist tot!“

Jedenfalls ist die Parole „Klimaschutz ist Schöpfungsschutz“ eine Verhöhnung und keine Verherrlichung der Schöpfung. Es ist eine Kampfansage an alle Religionen nach der Devise „Gott ist tot“, der Mensch braucht ihn nicht zu seinem Glück. Dafür sorgt die Politik. Sie beruft sich auf die Wissenschaft, die sich wiederum auf die Wahrheit beruft und vorgibt, Glauben durch Wissen zu ersetzen. Doch was weiß die Wissenschaft? Die Religionen seien überflüssig, das wissenschaftliche Zeitalter habe begonnen, sagen sie. Nun haben die Fronten sich verdreht, indem die Klimaexperten uns Christen nötigen, an wissenschaftliche Erkenntnisse zu glauben, die mit Wissenschaft nichts mehr zu tun haben. Soweit ist die Ideologisierung der gesellschaftlich relevanten Wissenschaften schon gediehen.“

Gender Mainstream

Dies ist ein Lieblingsthema der Grünen, das sie zusammen mit den Linken in aller Welt zu verantworten haben. Die Zerstörung der Familie müssen wir nicht kommentieren, sie ist überall gegenwärtig. Deutschland ist auf dem Weg zu einer elternlosen Gesellschaft, in der der Staat die Elternrolle übernommen hat. Die Linken kamen auf den Einfall, daß die Institution Elternhaus „von gestern“ sei und der Staat das zu übernehmen hat, was die Aufgabe von Vater und Mutter gewesen ist. Sie gingen nach dem Gender-Prinzip vor, einer Ideologie des Irrsinns, mit der eine amerikanische Feministin die Natur des Menschen auf den Kopf stellte. Unsere Regierung hat sich darüber hinweg gesetzt, daß siebzig Prozent der Eltern ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst betreuen wollen, und das Geld bewußt in die falschen Kanäle geleitet. Wenn ein Staat die elterliche Betreuung als gesellschaftlichen Rückschritt ein-

stuft, hat er den gesunden Menschenverstand verloren. Wenn die Familie nicht mehr der Kern aller Ordnungen im Staat ist und zugrunde geht, geht auch der Staat zugrunde.

Die totalitären Züge im Sozialstaat

Unter den kalten Augen dieses Staates wird ein neues Menschenbild getestet, das die bürgerliche Familie durch eine sozialistische ersetzen will, ohne Bindung und ohne Liebe. Frau von der Leyen sprach es aus, ohne Hemmung und ohne Scham: „Eine staatliche Kinderbetreuung bringt dem Staat mittel- und langfristig mehr ein. Wenn alle Mütter mit Kleinkindern wieder Einkünfte beziehen, würden bis zu sechs Milliarden Euro Einkommensteuer mehr hereinkommen.“ So spricht eine Funktionärin, für die ein Kind zum Objekt geworden ist. Aber es ist noch nicht entschieden, ob unser Volk sich selbst aufgeben wird. Ob Frau von der Leyen in der *Christlich*-Demokratischen Union (CDU) wirklich das richtige Zuhause hat, darf füglich bezweifelt werden.

Was durch Fremdbetreuung in den Kindertagesstätten vom Kleinkindalter an zerstört wird, ist bekannt. Es sind die ersten Jahre eines Kindes, die für das Leben entscheidend sind. Ihm wird ein schwerer Schaden zugefügt, wenn sich innere Beziehungen nicht mehr entwickeln können. Wir sehen, wo junge Menschen landen, wenn sie kein Zuhause mehr haben und keine Zuflucht vor den Angriffen des alltäglichen Lebens. Der Heranwachsende steht im Nichts. Er hat auch nie etwas von einer religiösen Sinnggebung des Lebens erfahren. Das Geld, das in den Familien dringend gebraucht wurde, hat man in staatliche Institutionen geschleust und in zugewanderte fremdländische Familien, die auch noch ihren üppigen Nachwuchs nach Deutschland transferieren durften, um von unserem Geld leben zu können. Der Schaden ist so schwer, weil mit dem staatlichen Eingriff in die private Sphäre auch der Versuch unternommen wurde, den Menschen selbst zu verändern und ihm unter dem Vorwand der Modernität falsche Lebensbilder und falsche Inhalte aufzudrängen. Diese Politik, von den Kinderkrippen bis zu den Ganztags-Kinderstätten und -schulen, bedeutet ein sozialistisches System, das die Fürsorge der Eltern durch eine allgemeine Staatsfürsorge ersetzt und das Elternhaus gewaltsam zerreißen will. Sozialstaatliche Interessen haben totalitäre Züge angenommen. Schul- und Bildungswesen sind auf unterster Stufe angekommen, Sozial- und Gesundheitswesen zu Bruch gegangen. Dem Staat war Migrationspolitik wichtiger.

Die antichristliche Ideologie der Grünen

„Gender Mainstream“ bezieht sich „nur“ auf die Geschlechterrolle (Mann/Frau) und beruft sich auf einen Satz von Simone de Beauvoir (Sartre-Freundin und 68erin): Mann und Frau seien völlig gleich. Sie würden „nur“ zu unterschiedlichen „Geschlechterrollen hinmanipuliert“, sie würden später zu „unter-

schiedlichen Wesen“ gemacht durch die Gesellschaft! Hier zeigt sich, wie anti-christlich die Ideologie der Grünen ist. Im alten Testament (Buch Genesis 1, 26-27) heißt es klar:

„Dann sprach Gott: Laßt uns den Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich. Sie sollen herrschen über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels, über das Vieh, über die ganze Erde und über alle Kriechtiere auf dem Land.

Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.“ (Genesis 1)

Gott schuf also den Menschen nicht als Neutrum, sondern eben als „Mann und Frau“. Aus dem völlig irrwitzigen Satz Beauvoirs werden dann alle Kapriolen abgeleitet, die wir heute erleben müssen, z.B. die Homo-Ehe in Gleichberechtigung zu den „Heteros“ – (bisher noch) die Normal-Ehe –, die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare oder die künstliche Befruchtung mit Samenspendern bei Lesben-Paaren usw. Die Kinder von Homo-Paaren leben dann immer nur mit zwei gleichgeschlechtlichen Eltern – zwei Müttern oder zwei Vätern, und sie müssen sich den „Erziehungsidealen“ und dem Paar-Geknutsche dieser Eltern unterwerfen, können nie Hetero-Verhältnisse – heute darf man noch sagen „normale“ – von klein auf miterleben usw. Abgesehen von den ständigen Hänseleien in der Schule, haben diese Kinder später dann einen Knacks und müssen lebenslang psychiatrisch betreut werden, weil sie nicht in natürlichen Verhältnissen aufwachsen durften. Sie sind meist schwer verhaltensgestört. Es geht aber nicht nur um Gender Mainstream. Es geht um viel mehr:

Nachdem sich in der APO-Zeit, des Sammelbeckens von (harmlosen) Flower-Power-Hippies, von nicht mehr harmlosen Terroristen wie der Bader-Meinhof-Bande und ihren Sympathisanten bis hin zu den aus der linksradikalen 68er-Bewegung resultierenden Grünen, einige der „Führer“ dieser Gruppen herauskristallisiert hatten, die alle in der „großen Politik“ die Welt gemäß ihren meist linksintellektuellen Vorstellungen – gepaart mit „Pseudo-Umweltschutzgedanken“ – verändern wollten, versuchten sie es zuerst mit der „Mobilisierung der Massen“. Die „Massen“, die Bürger, aber waren überhaupt nicht daran interessiert, auch nur eine Sekunde lang diesen Chaoten zu folgen, im Gegenteil: Sie verabscheuten deren Ziele und Methoden zutiefst! Eine „demokratische Bewegung von unten nach oben“ schied also schon nach kurzer Zeit für diese machtgeilen grün-roten Ideologen aus, um in die gesellschaftlichen Schlüsselpositionen der Schalthebel der Macht zu gelangen. Deshalb gingen die links-grünen Ideologen sozusagen noch eine Stufe höher: Sie versuchten die „globale Werte-Umorientierung“ – durch die 68er schon fast so realisiert! Man will vor allem die altbewährten, der abendländischen

Philosophie und dem Christentum und Judentum entspringenden Werte uminterpretieren in „neue Werte“ – in pseudoreligiöse und rein weltliche Werte.

Die alles unterwandernden 68er Politrevoluzzer und Akteure sitzen nicht nur in unseren Parlamenten in Schlüsselpositionen, nein, sie befinden sich, wie dargelegt, schon längst auch in kirchlichen Gremien, Jugendverbänden, als Lehrer an unseren Schulen, als Richter an den Gerichten bis hin zu den höchsten Gerichtshöfen, als angebliche Verfassungsschützer, in Ministerien, auf Ämtern und in den Massenmedien, vor allem im Fernsehen – sowohl bei den öffentlich-rechtlichen Sendern als auch bei den Privaten. **Diese zu Beginn der siebziger Jahre aus der APO heraus gestartete Unterwanderungsstrategie hat bestens geklappt!**

Man sehe sich nur die Themen der vielen Talkshows an: „aktive Sterbehilfe“, „Homo-Ehe“, „Adoption durch homosexuelle Paare“, Frauenpower, „erneuerbare Energie“, Umweltverschmutzung oder „Umwelt- und Energiesparpaß“ usw., usw.

Das Programm der Grünen: grünlackiertes Rot

Das politische Programm der Grünen – auf 91 Seiten zur Europawahl und auf 115 S. zur Bundestagswahl 2009, nachzulesen unter www.gruene-partei.de – unterscheidet sich nicht vom typischen Programm-Deutsch der anderen Parteien, dasselbe Geschwafel, dasselbe Bla, Bla. Und doch, es gibt mehr als nur Nuancen, die uns aufhorchen lassen müssen. Es geht besonders um die grundsätzliche Einstellung der Grünen, die wir an ein paar Punkten festmachen wollen:

Schon redaktionell fällt auf, daß an keiner Stelle von den sonst so herausgehobenen „Erfolgen“ grüner Politik während ihrer Regierungsbeteiligung (1998 – 2005) die Rede ist, schon gar nicht von Irrtümern oder Fehlern. Muß ja vielleicht nicht sein. Aber daß während ihrer Regierungszeit der Terror international zunahm, verdient offensichtlich keine nähere Betrachtung. Der 11. September 2001 (Attentat auf das New York Trade Center) kommt schlicht nicht vor. Warum auch? Das Wort Terror wird zwar einmal benutzt, aber der „Kampf gegen den Terrorismus“ steht in Anführungszeichen. Natürlich (!) wird der Rechtsextremismus besonders erwähnt, vom islamistischen Extremismus haben die Grünen augenscheinlich aber noch nichts gehört. Klar, man müßte sich dann ja auch mit dem Islam befassen.

Apropos Islam: Es ist schon ein Jammer, daß die selbsternannte „Frauenpartei Die Grünen“ ausgerechnet zur Unterdrückung der Frauenrechte in den

islamischen Ländern schweigen und aber lautstark so tun, als sei der Islam nicht nur eine Religion wie jede andere, sondern bei uns auch besonders herzlich willkommen. Folgerichtig sind nicht etwa Islamismus oder Kommunismus die Bösen unserer Gesellschaft, sondern (*irgendwie*) „die unregelte Globalisierung“. Das Wort „Diktatur“ kommt genauso wenig vor wie der Konflikt zwischen Demokratie und Diktatur. Nirgends ein klarer Standpunkt der Grünen.

Betrachtet man den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Teil der grünen Programmatik, kommt man wie FDP-Generalsekretär Lindner nur zu dem Ergebnis, die Grünen seien „eine grün lackierte Linkspartei“. Und es ist wie bei allen Linken: Alles Mögliche wird abgelehnt, alles Mögliche wird gefordert, und um die Finanzierung kümmert sich der liebe Gott (oder so).

„Wir haben viele teure Vorschläge erarbeitet. Aber alle zusammen sind längst nicht finanzierbar“, zitiert der Berliner Tagesspiegel eine regierungserfahrene Grüne. Mehr Schein als Sein also?

Zwar wollten die Grünen einen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft in den nächsten 5 bis 10 Jahren. Ob dann aber die gelobte erneuerbare Energie ausreichend zur Verfügung steht? „*Möglicherweise*“ – erklären die Grünen dazu. Eine Industrienation mit einem hohen Lebensstandard kann aber nicht auf der Basis von „*Möglicherweise*“ die Zukunft gestalten. „*Wir wollen ein dynamisches Land bleiben und keine ältliche Republik werden. (...) Wir müssen uns mit einem Zeitgeist auseinandersetzen, der unser Land einfrieren will auf dem Status quo. Die Republik darf nicht so satt sein, daß sie sich auf Neues nicht mehr einläßt. Damit verlieren wir den Anschluß in der Welt*“, erklärte FDP-Bundesvorsitzender Westerwelle.

Die Dagegen-/Dafür-Partei

Verschaffen wir uns ‘mal einen Kurzüberblick, **für** was die Grünen eintreten und was sie dabei nicht wollen:

Dafür/Dagegen:

- Für Bahnfahren, aber gegen neue Schnellbahnstrecken
- Für erneuerbare Energien („Ökostrom“), aber gegen neue Hochleistungsstarkstrommasten zum Transport der Windenergie durch Überlandleitungen
- Für mehr Gesundheit und Sport, aber gegen Olympiabewerbung in München und Garmisch-Partenkirchen
- Für mehr Ausländer nach Deutschland, damit Deutschland „verdünnt“ wird
- Für das Wahlrecht der Ausländer

- (Vorgeblich) „für den Mittelstand“ – und zugleich für eine höhere Belastung eben dieses Mittelstandes
- Für eine Gewerbesteuer für Freiberufler
- Für einen höheren Spitzensteuersatz, von 42 auf 45 %, und für eine Vermögensteuer („Reichenbesteuerung“)
- Für die Abschaffung des Ehegatten-Splittings (bringt enorme Mehrbelastungen einer Durchschnittsfamilie), also für eine steuerliche Schlechterstellung von verheirateten Paaren
- Für eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, finanziert mit 12,5 % des Einkommens („Die Einheitskasse“), also gegen private Vollversicherungen
- Für eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf 5.500 € monatlich, was endgültig das Aus für die Privaten bedeutete.
- Gefährdung des klassischen Lebensmodells der Einverdiener-Ehe durch ihre Steuer- und Sozialversicherungs-Forderungen
- Für die Einheitsschule für alle bis zum 10. Schuljahr

Fazit: Die Grünen sind eigentlich eine „Dagegen-Partei“, weil alle ihre „Für“-Programmpunkte gegen die Gesellschaft gerichtet sind.

Was werden die Grünen und ihre Gesinnungsfreunde mit ihren Plänen erreichen?

- Abschied von der christlich-jüdisch-abendländischen Kultur und Tradition
- Schädigung bzw. Bekämpfung eines natürlichen Patriotismus
- Schädigung der traditionellen Familie
- Herabsetzung des Institutes der Ehe zw. Mann und Frau
- Verflachung der Bildung (-spolitik)
- Eine untragbare Zahl von Abtreibungen („Frauenrecht“)
- Die Förderung bzw. Gleichstellung von Lesben und Schwulen
- Verharmlosung von Drogen
- Verbissener Kampf „gegen rechts“, aber Wegducken bei Linksradikalismus
- Enorme Zusatzbelastungen des Mittelstandes und der Wirtschaft
- Die CO₂-Täuschung („Treibhaus-Schwindel“ bzw. „Ozonloch“)
- Verschandelung des Landschafts- und Städte-Bildes durch Solaranlagen und Verspargelung der Landschaft durch Windräder
- Gefährdung von Fauna und Flora durch Windräder
- Höhere Importabhängigkeit von ausländischer Energie

- Schwächung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes durch Gering-schätzung der Bundeswehr, Infragestellen der NATO und „mehr Pazi-fismus“⁽⁸⁾)
- Förderung von mehr Kriminalität durch zunehmende „Toleranz“ für Ver-brecher

Unverantwortlich hohe Kosten für „grüne“ Pläne

Nahezu unbegreiflich ist, daß es den großen Parteien nicht einmal ansatz-weise gelingt, die finanziell unseriösen Pläne der Grünen deutlich zu machen. Das Programm, oder besser: die vielen Pläne, der Grünen sind nicht finanzier-bar, Kostendeckungsvorschläge fehlen weitgehend. Allein das Wahlkampf-Programm der Grünen zur Bundestagswahl 2009 – ohne Nebenforderungen – würde nach Schätzung von Fachleuten etwa 80 Milliarden Euro verschlingen. Hinzurechnen müßte man dann noch etwa 20 Milliarden Euro für die von den Grünen gewünschte Kindergrundsicherung von 330 Euro je Kind. Um die finanzielle Dimension dieses Wahnsinns zu verdeutlichen, müßten (rechne-risch) die Einkommensteuer um 10 Prozent (!) oder die Mehrwertsteuer um etwa zweieinhalb Prozent angehoben werden.

Der grüne Wahn kennt kein Ende. Zu all den grünen Wohltaten soll dann auch noch eine Anhebung des Hartz-IV-Satzes (von 359 auf 420 Euro) kommen

⁸⁾ Grüne Feigheit

Man kann den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr gutheißen oder ablehnen, aber ein Konsens sollte für alle Demokraten gelten: Deutsche Soldaten kämpfen am Hindukusch nicht aus freien Stücken, sondern weil sie von der deutschen Regierung dazu verpflichtet wurden. Und deshalb verdient die Bundeswehr die volle Solidarität der gesamten Nation. Die deutsche Regierung, die die deutschen Truppen in das Afghanistan-Abenteuer entsandt hatte – das waren seinerzeit die SPD und die Grünen. Das scheinen die Grünen vergessen zu haben oder bewußt verdrängen zu wollen.

Als es um die Verlängerung des Afghanistan-Mandats ging, stimmten 116 von 579 Bundestags-Abgeordneten nicht dafür. Daß die „Linke“ nicht dafür stimmte, war angesichts der vaterlands-losen Grundhaltung der SED-Nachfolger zu erwarten. Die größte Zahl der Zustimmungs-Ver-weigerer kam aber aus den Reihen der Grünen. Sie enthielten sich „ganz entschieden“ gegen die Verlängerung des Mandats. Das ist im Prinzip skandalös – aus mehreren Gesichtspunkten: Zum einen hatten, wie oben erklärt, die Grünen den Afghanistan-Einsatz überhaupt erst ermöglicht. Zum anderen geht es in Afghanistan eigentlich um ein Urthema der Grünen, näm-lich um den Aufbau einer Demokratie – inklusive der Verbesserung der Rechte der Frauen und einer besseren Bildung. Mit ihrer Stimmenthaltung widersprechen die Grünen letztlich ihren eigenen, hehren Idealen. Wollen sie etwa die afghanischen Mädchen und Frauen den rück-ständigen Taliban-Kriegern überlassen, für die Bildung und Gleichberechtigung der Frauen wah-res Teufelszeug sind?

Im Klartext: Wer sich enthält, dem darf man durchaus Verantwortungslosigkeit vorwerfen, übrigens auch gegenüber der früheren Entscheidung: Hält man sie für falsch, sollte man dies offen bekennen – oder man muß die Kritik dafür tapfer ertragen. Aber Letzteres ist nicht der Grünen Stärke. Feigheit ist einfacher zu ertragen.

und die Anrechnung des Einkommens eines Partners wegfallen. Gesamtkosten allein dieser Hartz-IV-Wohltat: 10 Milliarden Euro (pro Jahr). Daß die Praxisgebühren für Arztbesuche entfallen, Studiengebühren abgeschafft werden, statt dessen Studenten 200 Euro monatlich pro Kopf (Studenten aus einkommensschwachen Familien 800 Euro) erhalten sollen, rundet das Bild dieser absolut unseriösen Vorstellungen ab. Bis heute gibt es von den Grünen zu alledem nicht einen einzigen seriösen Finanzierungsvorschlag.

Man sollte den Grünen einen neuen Slogan vorschlagen:

„Wir Grüne können alles – außer „Deutsch“, Familie, Wirtschaft und Wohlstand.“

Und diese Feststellung leitet über zu den großen Öko-Täuschungen der Grünen:

Grüner Schwindel, grüne Märchen

Eines muß man den grünen Gutmenschen lassen: Sie haben es geschafft, ihr ursprüngliches Image als Filzwoll-Pullover strickende, Jesus-Latschen und Leinensäcke tragende Öko-Zausel abzustreifen. Sie versuchen nicht einmal mehr, die Asche des grünen Schürzenträgers und Idealisten Baldur Springmann (siehe auch Vorwort) zu bewahren, sondern wollen möglichst rasch und möglichst gründlich den Geruch von Ackerkrume und Stallmist von ihren Fingern loswerden. Aus der Sponti-Truppe Holsteinischer Bäuerchen, Reformhaus-Schickimickis und langmähniger Anti-Atom-Aktivistinnen wurden Manager der Macht – versessen, verbissen, skrupellos, wie die Etablierten auch. Wobei sie mit geradezu messianischem Eifer den grünen Volksbeglückler geben, nach dem sich alle zu richten haben. Die Grünen, die die Ökobewegung politisch unterfüttern, sind nach wie vor eine ideologische Partei; sie wissen genau, wie man dem Volk das allgemeine Heil beibringt. Was „qualitatives, nachhaltiges Wachstum“ ist, bestimmen autoritativ selbstredend sie selbst. In der abendlichen Tagesschau sind die Mundpartie der grünen Gouvernante Renate Künast und ihr eiferndes Geschwätz über „Nachhaltigkeit“ Mahnung und Schreckensvision zugleich. „Dem Bürger müssen Regeln auferlegt werden“, sprudelt es aus ihr raus. Der Bürger soll also gesetzlich (!) zu seinem „ökologischen Glück“ gezwungen werden. Ungeniert wird das dann noch „Politik für das ganze Volk“ genannt. Hier zeigt sich Ökologie als kollektive Zwangsbeglückung, deren Normen natürlich die Grünen festlegen.

„... Seit Jahren betreibt die Politik Klimaschutz weitgehend unabhängig davon, was ökonomisch und ökologisch vernünftig wäre – der Emissionshandel, wo sich schon das nächste Chaos anbahnt, und die irrwitzigen Milliar-

den-Subventionen für die Solarwirtschaft sind nur zwei von vielen Beispielen. Möglich war das den jeweils Regierenden, weil sie den Bürger trickreich glauben gemacht haben, Klimaschutz sei auf wundersame Weise quasi zum Nulltarif zu haben – und löse nebenbei sogar noch ein kleines bis mittelgroßes Beschäftigungswunder aus...“ (WamS, 6.3.11)

All bio is business

Wer nimmt den Grünen eigentlich noch eine Spur Idealismus ab? Wer glaubt noch, daß sie vor allem „die Natur bewahren“ und „Gottes Schöpfung schützen“ wollen? Wer glaubt Ihnen noch „Uneigennützigkeit und „Profitverzicht“? Diese grün-lackierten Neo-Kapitalisten ziehen nicht nur ein mächtiges, neues Bankenwesen hinter sich her („ethical banking“), sondern setzen auch gewaltige Öko-Industrien in Gang, besetzen neue Märkte und lenken weltweite Handelsströme. „All bio is business“, lautet ihr Credo. Auf dem Öko-Markt gelten die gleichen Regeln wie auf dem „normalen“. Mag sein, daß das alles überspitzt formuliert ist, aber ein Blick hinter die Kulissen dieses vorgeblich „ethischen“ Geschäftes lohnt sich.

Geschickt nutzen sie die Sehnsucht der Menschen nach unbefleckter Natur oder „gesunden“ Nahrungsmitteln und drücken der neuen „Zurück-zur-Natur-Bewegung“ ein Siegel auf, das unverwechselbar ist und zugleich unglaublich positiv besetzt: Das Zauberwort heißt „bio“. Wie aus einem inneren Reflex heraus denkt man bei „bio“ an Gutes, auch wenn den meisten nicht klar ist, was „bio“ bedeutet. „Bio“ bedeutet heute in der öffentlichen Meinung nicht mehr nur „biologisch“, sondern ist Ausdruck einer neuen Weltanschauung, eines neuen Lebensstils: Es ist chic, „bio“ zu sein. Aus dem Begriff wurde sehr bald eine Bewegung, ein weltweites Geschäft.

Nur ein kurzer Einblick in die verschiedenen Öko-Vorstellungen der Grünen:

- Bei den Energiesparlampen holen wir uns das hochgiftige Quecksilber ins Haus.
- Beim teuren „Dualen System“ der Mülltrennung weiß inzwischen jeder Bürger, daß Sortiermaschinen den Trennvorgang besser und effektiver vornehmen können.
- Die Feinstaubplakette hat die Luft in den Städten nicht besser gemacht.
- E10 ist menschenverachtend und ohne nachdrückliche Wirkung.
- „Bio“ ist eher eine Modekrankheit denn eine Verbesserung der Natur, kostet viel Geld bei wenig Ertrag.
- usw., usw.

Wieso spricht man immer noch von den „guten grünen Menschen“? Sie ordnen ihrer ideologischen Verblendung alles unter, auch die Vernunft – wie ein ganz besonderes Beispiel zeigt:

Öko-Schwindel: „Bio-Benzin“

Vor allem auf „grünen“ Druck hin will die Bundesregierung den CO₂-Ausstoß bis zum Jahre 2020 um vierzig Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 senken. Dazu paßt auch eine EU-Richtlinie, nach der (seit 2009) Dieselmotoren sieben Prozent Bio-Diesel aus Rapsöl beigemischt werden muß. Seit Anfang dieses Jahres (2011) soll zudem Ottomotoren zehn Prozent Bio-Ethanol aus Getreide und Zuckerrüben enthalten. Der so hergestellte Treibstoff wird „E10“ genannt. Nun schlägt der Wahnsinn wieder zu:

1.) Etwa geschätzte vier Millionen Kraftfahrzeuge vertragen E10 nicht. Ethanol enthält Wasser, das an den Aluminiumteilen im Motor sogenannte Alkoholate entstehen lassen, was wiederum bereits nach der ersten Betankung zu einer Korrosion führt. Folge: Den Motoren droht ein baldiges Ende, der Schaden ist hoch.

2.) Die Verbraucher sind nach Einführung von E10 völlig verunsichert, Tankwarte überfordert. Es ist nicht erkennbar, welches Fabrikat E10 verträgt und welches nicht. Man müßte im Zweifelsfalle den Hersteller anfragen – viel zu lästig für „Otto-Normal-Verbraucher“ (im doppelten Sinn). Die üblichen Schuldzuweisungen verbieten sich, weil Grüne und Rote (Trittin, Gabriel) den Wahnsinn zwar angetrieben haben. Der Öko-Apostel der CDU, Umweltminister Norbert Röttgen, hat aber trotz besserer Kenntnis den Wahnsinn noch forciert.

3.) Dieser Öko-Schwindel wird wiederum zum Wahnsinn, weil der zunehmende Anbau von Raps etc. die Öko-Bilanz verfälscht: Der Energiepflanzen-Anbau (Raps, Zuckerrüben, Weizen) führt zu einer einseitigen Landkultivierung („Monokultur“). Wer will den Landwirten denn verübeln, daß sie das anbauen, womit sie den besseren (finanziellen) Ertrag erzielen? Monokultur schadet aber auf Dauer allen – Mensch und Natur.

4.) Waldgebiete werden gerodet, Bäume abgesägt, um den Öko-Geschwistern Raps und Konsorten mehr Platz einzuräumen. „Feiner“ ausgedrückt: „Energiepflanzen“ wetteifern nun mit den „normalen“ Lebensmittelpflanzen um die erforderlichen Anbauflächen. Das hat marktwirtschaftlich gesehen die logische Folge, daß der Raum knapper und die Güter teurer werden – eine fatale Konsequenz für die armen Länder der III. Welt, die die höheren Preise kaum bezahlen können. Dies darf man im Hinblick auf die Unterernährung großer Teile der Weltbevölkerung schlicht als Sünde bezeichnen.

5.) In der Diskussion um E10 wird häufig unterschlagen, daß für die Aussaaten und Anpflanzungen erhebliche Zusatzbelastungen in Kauf zu nehmen sind. Man braucht nämlich z. B. Dünger, eventuell künstliche Bewässerung, vermehrten Energieaufwand zur Ernte, die chemische Umwandlung beim Diesel und die Vergärung bzw. Destillation beim Ethanol. Und schließlich: Ein nicht geringer Teil des Ethanol kommt nicht aus heimischer Produktion, sondern muß mit Tankschiffen aus Brasilien (!) hertransportiert werden. Wer da noch behauptet, in der Gesamtbilanz sei Ethanol nützlich für die Umwelt, muß blind sein oder leidet unter Realitätsverlust.

„Hey Leute, Ihr seht das alles falsch. Tatsächlich müssen unsere grünen Experten um den Globus jetten. Einerseits, um arrogant und besserwisserisch anderen Kulturen zu erklären, wie sie zu leben haben, und andererseits zuhause der eigenen Bevölkerung zu erklären, warum sie mit Rücksicht auf andere Kulturen ihr eigenes Leben zu ändern haben. Das sind die echten Welt-Retter!“

„Es macht doch Spaß, am Wochenende mit seinem Porsche-Cayenne mal schnell in den 50 km entfernten In-Biomarkt zu fahren. Und wenn man dann noch Zeit hat, fährt man schnell noch tanken, damit man auch genug Sprit hat, um zur nächsten Anti-Atom-Demo zu fahren.“ (aus einem anonymen Internetblog vom 16.12.2010)

Öko-Schwindel Strom: Licht aus, es kommen die erneuerbaren Energien!

Seit Jahren versprechen uns die Grünen den baldigen Weltuntergang. Mit ihrer reaktionären Weltsicht schüren sie Ängste und verunsichern die Bevölkerung. Was hatten sie uns nicht schon alles „verkauft“ wollen: Ozonloch, Waldsterben, Flüßesterben, Robbensterben, Atomtod, Erderwärmung usw., die Liste läßt sich nahezu beliebig fortsetzen, so beliebig wie die Politik der Grünen. Was lehrt uns der Beitrag der Grünen in der Energiedebatte?

Ein Irrenhaus?

„... (Ein Beispiel dafür war) die Förderung des Solarstroms über das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die darin festgeschriebene Einspeisevergütung. Sie sollte eines der wichtigsten Instrumente zur Einhaltung der Klimaschutzziele Deutschlands sein. Es kam, wie es kommen mußte, und das Ganze entpuppte sich als gigantische Maschinerie für Subventionen und eine Umverteilung, die für die Einsparungen an fossiler Energie so gut wie nichts leisten. Allein die im vergangenen Jahr installierten Solarpaneele werden die Stromverbraucher der Republik an die zehn Milliarden Euro kosten. Bundesregierung und sogar die Solarindustrie bekamen einen Riesenschrecken darüber, daß so viel zusammengekommen war, und beileben sich nun, die Subventio-

nen Zug um Zug herunterzuschrauben – was nichts mehr daran ändert, daß die Rechnung für alle installierten Anlagen bald bei 80 Milliarden liegen wird. Anteil der Sonnenenergie an der Stromerzeugung: ein bis zwei Prozent. Anteil an der gesamten Energie: verschwindend gering“ (WamS 6.3.11)

„Wir leben in einem Irrenhaus, und wie in einem richtigen Irrenhaus merken die Insassen nicht, daß sie in einem Irrenhaus leben...“

(Dr. Gustav Krüger, Physiker und Vorsitzender des Ältestenrates der Deutschen Konservativen e. V.)

Die wundersame Gelddruckmaschine aus „grüner“ Energie

Wind und Sonnenenergie sollen die bisherigen Stromerzeuger ersetzen. Einmal abgesehen von der Frage, ob das ausreichend machbar ist, steht im Vordergrund das Problem der benötigten Leitungen, um den Strom „an den Mann“ bzw. an die Unternehmen zu bringen. Bisher mußten die Stromerzeuger die benötigten Leitungen selbst bauen und finanzieren. Bei den Grünen ganz anders: Die Produzenten von Strom aus Wind und der Sonnenenergie erwarten, daß man ihnen die nötigen Leitungen zur Verfügung stellt. Einfach so! Und verschweigen dabei, daß ihnen der Staat schon jetzt kräftig unter die Arme greift – in einem Maße, das unbegreiflich ist: Es gibt garantierte Erzeugerpreise aus Wind und Sonnenenergie und eine Bevorzugung an der Energiebörse. Durch diese Abnahmegarantie zu garantierten Festpreisen wird das „Erneuerbare-Energie-Gesetz zu einer **staatlich lizenzierten Gelddruckmaschine**. Schlimm genug, daß der Staat damit die Stromproduktion finanziert, was marktwirtschaftlich bedenklich ist. Besser wäre es, statt der Produktion die Forschung zu subventionieren, wie es vor Jahren beim Atomstrom gemacht wurde. Denn noch längst nicht ist bewiesen, daß in 20 oder 30 Jahren genügend Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt werden kann.

Die Kehrseite dieses Wahnsinns ist, daß nach einer Statistik der „Eurostat“ im Jahre 2009 die privaten Haushalte in Deutschland 51 Prozent und die Unternehmen 46 Prozent höhere Strompreise zahlen mußten.

Ökostrom ohne Strom-Masten

Windparks Sonderzahl an der Küste – und nichts, wie oben schon angedeutet, was den dort erzeugten Strom transportieren könnte. Die Grünen sind von der Rolle. Eine Seite steht gegen die andere: Ökostrom: „Ja“. Für die zum Transport erforderlichen Strommasten: „Nein“! Ein von Fakten ungetrübtes innerparteiliches Gewürge:

Viel „Wind“ um Energie

Windkraftanlagen werden den benötigten Strom nicht ausreichend liefern können, bieten aber kostenlos ein Beispiel, wie man Natur und Umwelt

vershandelt. Niemand spricht von der enormen Menge an Stahl und Beton, die für den Bau der Windräder benötigt werden. Niemand spricht von dem tausendfachen Sterben von Meerestieren und Vögeln – die sonst doch vermeintlich unter dem besonderen Schutz der Grünen stehen, und von der Gefährdung der Fischer und der Seefahrt. Niemand spricht davon, wieviel Leitungen (Starkstrom) benötigt werden, wenn die grünen Ideen Wirklichkeit werden: Nach den Plänen der Bundesregierung soll ab dem Jahr 2050 etwa 80 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien kommen. Das bedeutet **3.500 km neue Leitungen!** Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Würde die AKW tatsächlich schon früher (geplant: 2022) abgeschaltet, müßten diese Leitungen noch viel eher zur Verfügung stehen. Nach Preisen von heute müßten mehr als fünf Milliarden (!) Euro für den Ausbau des deutschen Stromleitungs-Fernnetzes gezahlt werden. Ein Wahnsinn, über den sich Deutschlands atomfreundlichere Nachbarn halb schlapp lachen! Ausgerechnet am „grünen“ deutschen Wesen soll die Welt genesen?

Die Energiepolitik, die die Grünen eingeleitet, die Roten fortgesetzt und die Blau-Schwarzen verschlimmbessert haben, belastet die deutsche Wirtschaft schon deshalb, weil sie international gesehen quasi im Alleingang stattfindet. Sie müßte im Gleichklang mit vielen anderen Staaten erfolgen und eben nicht im Alleingang. Sie nützt dem Weltklima kaum meßbar – jedenfalls solange viele andere Industriestaaten nicht mitmachen, und sie vernichtet letztlich Arbeitsplätze, weil die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erheblich beeinträchtigt wird.

Der grüne Wahnsinn hat Methode: Dank milliardenschwerer Hilfen aus dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) entstanden in Deutschland gewaltige Windparks mit bis zur Zeit 26 Gigawatt Leistung. Das ist ein Fünftel der gesamten deutschen Kraftwerksleistung. Falls der Wind kräftig weht, können große Mengen Ökostrom in die Netze eingespeist werden. Aber es fehlt an Einrichtungen, diesen Ökostrom zu speichern, um ihn später ins Netz einzuspeisen. Und manchmal trifft eine schwache Stromnachfrage auf hohe Windstrommengen – und umgekehrt. Eigentlich müßten die konventionellen Kraftwerke bei Energie-Überangebot abgeschaltet werden. Das tun die Stromproduzenten aber nicht, weil das An- und Abschalten zu teuer ist. Fazit. Die zur Verfügung stehende Strommenge steigt ungeheuer an, was natürlich auf den Preis drückt. Mit der unglaublichen Konsequenz, daß die Stromproduzenten ihren Kunden über die Börse sogar Geld anbieten, damit diese die überschüssigen Strommengen überhaupt abnehmen. Bezahlen muß diesen Irrsinn natürlich der Stromkunde – also wir Verbraucher. Ökostrom hat bei uns eine (gesetzlich) festgelegte Sonderstellung: Windstromanbieter erhalten eine Art Mindestvergütung. Und so wird munter produziert – zu Lasten der Steuerzahler und zum Nutzen der Ökostrom-Produzenten.

Der Ökostrom, der an der Küste durch die Windparks erzeugt wird, braucht zum Transport in die Industrie-Regionen Deutschlands Hochspannungsnetze, da die vorhandenen Netze aus Kapazitätsgründen den neu erzeugten Ökostrom nicht mehr aufnehmen können. Diese Netze stehen ohnehin vor dem Kollaps. Also müßten neue gigantische Stromleitungen und damit Strommasten her, die den Transport des Ökostromes sicherstellen könnten.

Das aber erregt die Gemüter vieler (anderer) Grüner, die durch die Neubauten der Masten eine Zerstörung der Landschaft befürchten: Zersiedelung der Wälder, Tötung von Vögeln, die sich in den Leitungen verheddern, Elektrosmog usw. Das Ende vom Lied, nein: Leid: Naturschutz schlägt Klimaschutz. Niemand weiß, wieviel Beton in die Erde zementiert werden muß, um die riesigen Strommasten zu sichern. Von den 850 km (!) Stromnetz, die bis zum Jahre 2015 entstehen müßten, um Ökostrom zu transportieren, sind erst 90 km gebaut. Grüne Vision: Unser Land wird nicht nur „verspargelt“ (Windflügel), sondern auch zubetoniert. Der grüne Wahnsinn läßt grüßen.

„Der Engpaß in den Stromleitungen wird durch die erneuerbaren Energien verursacht“, sagt DUH-Experte (Deutsche Umwelthilfe) Peter Ahmels in der FAS v. 5.12.10. Mehr Kapazität bekommt man aber nur, wenn die Atommeiler und die Kohlekraftwerke ihre Leistungen zurückfahren würden. Klingt gut, ist aber unrealistisch, da der Ökostrom aus Windparks nicht gleichmäßig, sondern schwankungsanfällig ist. Man braucht also noch den Atomstrom und den Strom aus Kohlekraftwerken.

Eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht. Also bleibt es bei „Öko gegen Öko“: Windkraft und Solarenergie auf der einen, Netzausbau auf der anderen Seite. Grüner Irrsinn!

Öko-Schwindel Landschaftsschutz – oder: Lieber Gott, was machen sie aus Deiner Schöpfung?

Die Vorstellungen der grünen Umweltzerstörer sind wahnsinnig. Die Belange des Landschafts- und Naturschutzes werden von denen unter die Räder gedrückt, die einmal angetreten sind, diese Belange auszubauen. Als die historisch bedeutsame Stadt Marburg mit grün-roter Mehrheit beschloß, daß jedes Haus „solarversorgt“ werden müsse, zeichnete sich eine Schreckensvision für Deutschlands Städte und Dörfer ab – überall Solaranlagen. Historische Bausubstanz? Egal! Gewachsenes Ortsbild? Egal! Bürgerbefragung? Doch nicht in einer solchen Sache!

Das hindert Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen aber nicht daran, denselben Unsinn aufzugreifen. Allein für die Windenergie-Betonpfeiler sind zwei Prozent der NRW-Landesfläche vorgesehen. Klingt wenig, entspricht aber 340 Qua-

dratkilometern! Und das in einem Gebiet, das als dichtbesiedeltstes in Europa gilt. Die von den Grünen propagierte „sanfte“ Energie erweist sich so nicht nur als Angriff auf das Erholungs- und Ruhebedürfnis der Bürger, sondern letztlich – wie die FAZ schreibt – „als Generalangriff auf die letzten Freiflächen“. Um die technische Dimension zu verdeutlichen: Für den Ersatz eines einzigen Kohlekraftwerkes (Tausend-MW-Klasse) müßten etwa eintausend solcher Windenergie-Anlagen „gepflanzt“ werden. Des Wahnsinns größte Beute ist jedoch, daß trotzdem andere Kraftwerke weiterlaufen müßten, da dieser ganze grüne „erneuerbare“ Spuk nicht genügend Strom hergibt.

Wenn ausgerechnet der „NABU“ (Naturschutzbund) fordert, das „Hauptziel sei: weg von Atom und Kohle, hin zur Erneuerbaren Energie“, dann wird aus dem grünen Wahnsinn Methode. Irgendwann, wenn Deutschland zugepflastert ist mit „Windspargel“ und riesigen Solaranlagen, aber trotzdem „das Licht ausgeht“, hat sich der NABU erfolgreich selbst abgeschafft – und die Grünen hoffentlich gleich mit.

Grüner Atomwahlkampf – nein danke!

Es ist unstrittig: Atomkraftwerke erzeugen Strom zu günstigen Preisen und zu umweltfreundlichen Bedingungen. Die Argumentation der Grünen führt sich selbst ad absurdum: Gerade wer das Klima unserer Erde vor Erwärmung schützen will, müßte nachgerade dem fast CO₂-freien Atomstrom den Vorzug geben. Im Vergleich zu Frankreich, das viele AKW hat, liegt die CO₂-Emission in Deutschland etwa 50 Prozent höher.

Nach dem 11. März d. J. ist das Thema aber besonders umstritten. Es überstürzten sich die Unglücksmeldungen aus Japan: Erdbeben eines bisher nicht gekannten Ausmaßes, gefolgt von einem ebenfalls ungeheuer gewaltigen Tsunami, der viele Verwüstungen angerichtet und eine noch nicht bekannte Zahl von Menschenopfern gefordert hat, und dann der GAU – vielleicht sogar der Super-GAU: Kernschmelze bei mehreren Atomkraftwerken.

Die japanische Tragödie hat die Diskussion um die Nutzung der Kernenergie verschärft. Doch darf dieses Thema zu Wahlkampfzwecken genutzt und zum unverantwortlichen Schüren von Ängsten mißbraucht werden? Die Tränen der Betroffenenbeauftragten der Grünen, Claudia Roth, und die scharfen Angriffe von Jürgen Trittin sind nur schwer zu ertragen. Während der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung hätten sie Gelegenheit genug gehabt, aus der Atomnutzung auszusteigen. Stattdessen siegte – wie es damals hieß – die Vernunft, und die Kernkraftwerke durften noch für lange Jahre am Netz bleiben.

Es ist deshalb moralisch verwerflich, wie die Grünen und die SPD (Sigmar Gabriel) das Thema instrumentalisieren. Trittin hielt es nicht einmal für nötig, eine Anstands- und Gedenkfrist einzuhalten. Weniger als 48 Stunden nach Beginn der Katastrophe ritt er bereits seine altbekannten Attacken gegen die Atomindustrie und der „ihr hörigen“ Bundesregierung. Und Claudia Roth steht ihm zeternd zur Seite. Die Grünen haben offensichtlich nur noch die Prozentbalken am Wahlabend im Sinn – statt Vernunft und Moral in den Köpfen.

Die Forderung nach Abschalten der AKW ist zwar wohlfeil – aber auch gut überdacht? Der Verzicht auf Atomstrom wird unsere Energie gewaltig verteuern und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden. Den Preis zahlen wir Bürger. Denn auch die Grünen können uns nicht erklären, woher die dann fehlenden 23 Prozent (2009) Energie (aus den AKW) herkommen sollen, damit wir ausreichend mit Energie versorgt sind. Und der „grüne“ Hinweis auf die erneuerbaren Energien ist wirklichkeitsfremd: Der derzeitige Anteil aus Wasser beträgt gerade ‘mal 3 %, aus Wind sogar nur „gigantische“ 7 %. Wir könnten natürlich noch mehr Kohle- und Steinkohlewerke bauen, aber das lehnen die Grünen auch ab. Sollen uns denn in Zukunft Hamster im Rad mittels Übertragung der Energie auf Fahrraddynamos das nötige Licht liefern? Beim Fahrrad soll das ja ganz gut funktionieren. Nur bräuchten dann logischerweise z. B. Industrie und Krankenhäuser etwas mehr Hamster.

„Manchmal ist die Kernenergie erschreckend zerstörerisch und lebensbedrohend. Aber das ist die Quecksilber-Produktion auch, die in China in Gang gesetzt wurde, um unsere Energiesparlampen zu produzieren. Dafür können sich die Minenarbeiter mit dem Gedanken trösten, für einen guten Zweck an ihren Vergiftungen zu sterben.“ (Jan Fleischhauer, Spiegel Online, 14.3.11)

Die Alternative ist ebenso zynisch: Wir könnten in stärkerem Umfang den nötigen Strom importieren – und damit die wesentlich unsichereren Atomkraftwerke unserer Nachbarländer (und deren Konjunktur) anheizen. Ein deutscher Alleingang bei einem Ausstieg würde unsere Sicherheit angesichts der vielen uns umgebenden, ausländischen Anlagen also keineswegs erhöhen. Wenn schon solche Maßnahmen geplant werden, dann geht dies nur auf gesamteuropäischer Ebene – einschließlich Rußland und der Ukraine. Die USA bleiben bei der Kernkraft, aber auch die Weltmacht China hat bereits erklärt, sie halte „*unverändert und fest*“ nicht nur an der Atomkraft fest, sondern werde sie bis zum Jahre 2015 sogar verdoppeln. Das ist der Unterschied zwischen einer wirklichen Weltmacht und einem verzagten Deutschland, das damit politisch, militärisch und letztlich wirtschaftlich in die völlige Bedeutungslosigkeit absinken wird. Um Deutschland herum stehen fast 100 AKW. Überwiegend entsprechen sie nicht dem hohen Qualitätsstandard der

deutschen. Ein Abschalten der AKW in Deutschland alleine würde unserem Land also keine höhere Sicherheit bringen.

Um die Diskussion zu versachlichen: In Japan war nicht das Erdbeben, sondern der Tsunami der Grund für die Katastrophe. Und selbst bei den düstersten Vorhersagen ist ein Tsunami in Deutschland nicht denkbar. Daß die vorhandenen AKW noch wesentlich gründlicher auf Schadenseinwirkungen von außen (Flugzeugabsturz, Terroranschläge, Erdbeben) überprüft werden müssen, ist eigentlich selbstverständlich und auch beschlossen.

Die Welle, die nun von den Grünen geritten wird, findet natürlich bei vielen „geneigten“ Medien satte Unterstützung. Als „Experten“ äußern sich auf allen Kanälen und Print-Medien fast nur Kernkraftgegner – mit freundlicher Unterstützung von Greenpeace und diverser Öko-Institute. Gutgelaunte Öko-Fuzzis grinsen bei Anti-Atom-Demos und -Menschenkettten in die Kameras. Angesichts solcher Bilder fällt es schwer, den Kernkraftgegnern ihre „tief empfundene Betroffenheit“ abzunehmen.

Der „BILD“-Kolumnist Ralf Schuler bemerkt treffend (16.3.11):

Deutschland ist reich an Talenten: Zu den Millionen verhinderten Bundes-trainer kommt in diesen Tagen die schier unübersehbare Schar der Atom-experten (...) Alle reden mit. Und natürlich haben sie alle die Katastrophe kommen sehen: das Super-Beben, den Jahrtausend-Tsunami, die Kernschmelze in Fukushima (...) Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, zu sagen: Das „Restrisiko“ der Atomkraftwerke in Deutschland ist geringer als in Japan. Und es gibt keine Energie ohne Risiko: Bricht ein Damm, droht Überflutung. Kohle ruiniert das Weltklima. Öl verdreckt die Meere. Und von Wind und Sonne können wir noch immer nicht leben.“

Fazit: Wir müssen, geht's nach den Grünen, die Klimaschlacht gegen die ganze Welt alleine führen! Wie? Atomkraftwerke – *und Erdbeben (!)* – müssen endlich verboten werden. Ob die Links-Grünen wenigstens Sinn für diesen Sarkasmus aufbringen können?

Grüner Irrsinn: Energiesparlampe

Eine unselige „Rettet-die-Welt-Verordnung“ der Euro-Bürokraten in Brüssel verbietet herkömmliche Glühbirnen mit 100 W-Leistung (ab 2012 auch alle anderen). Stattdessen dürfen nur noch „Sparlampen“ hergestellt werden. Ob sie das Klima wirklich schonen, muß sich erst noch beweisen. Bald wird es dunkler, und Menschen werden vergiftet, weil „Grüne“ es so wollen.

Man reibt sich die Augen. Sind wir nicht brave Bürger, die gelernt haben, fein säuberlich den Müll zu trennen und Energie zu sparen? Und haben wir nicht jahrelang den Schalmeien der „Grünen“ gelauscht, die das Lied spielten: „Die

Energiesparlampe verheißt eine bessere, umweltschonende Zukunft“. Und nun das. Eine Katastrophe: Die „Energiesparlampen“ mögen zwar Energie sparen, vergiften aber die Benutzer. Wie das?

Das deutsche Umweltbundesamt hat nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (4.12.10) festgestellt, daß den Menschen Gesundheitsgefahren durch entweichendes Quecksilber bei zerbrochenen Energiesparlampen drohen. Wer schon mal versucht hat, eine Birne in die Lampenhaltung zu drehen und dabei die Birne fallen ließ, weiß, wovon die Rede ist. Ein alltäglicher Vorgang. Also ein alltägliches Risiko! Geht eine Lampe zu Bruch, könne das giftige Schwermetall in die Raumluft gelangen, meint das Umweltamt. Nach einem Bruch steige die Quecksilberbelastung um das 20-fache (!) des Richtwertes von 0,35 Mikrogramm pro Kubikmeter für Innenräume.

Es wäre also dringend erforderlich, die europäische Verordnung zu den „Energiesparlampen“ auf den Prüfstand zu stellen. Die bisherigen Lampen mögen zwar mehr Energie verbraucht haben, aber sie waren wenigstens sicher. Allen Warnungen zum Trotz dürfen aber nur noch die gefährlichen Quecksilberbirnen verwendet werden. Wenn schon Energie sparen, dann mit Birnen, von denen keine Quecksilber- oder sonstige Belastung ausgeht. Und solange es die nicht gibt, sollten die alten Birnen wieder erlaubt werden.

Oder gehen die Grünen nach dem Motto vor: „Hauptsache Energie sparen, auch wenn die Menschheit dabei vergiftet wird“?

Grüne Täuschung: Stuttgart 21

Man mag es drehen und wenden, wie man will: Die Haltung der Grünen zu „Stuttgart 21“ will so gar nicht zum Kernprogramm dieser vorgeblichen Öko-Partei passen. Die Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs unter die Erde ist ökologisch sinnvoll; denn sie entlastet die baden-württembergische Hauptstadt von Lärm und bietet Raum für neue grüne Stadtzonen.

Grüne Biedermänner und Brandstifter

Es geht aber nicht nur um die Stadt Stuttgart, sondern auch um eine umweltfreundliche, schnelle Bahnverbindung in den Süden des Landes und die Fortsetzung der Achse Paris-Stuttgart-Prag. All dies entlastet die Umwelt – eigentlich ein Hauptanliegen der Grünen. Doch die grünen Heilsbringer in Stuttgart handeln offensichtlich nach der Devise Konrad Adenauers: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern“. Gestern – das war in den 1990er Jahren: 1992 bis 1995 hatten die Grünen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die den Namen trug „Alternativen sind machbar“ und die dann „Grüne Vorschläge zu Stuttgart 21 und dem Entwicklungskonzept Filder“ vor-

legten. Das war keine Arbeitsgruppe für ausrangierte Spinner oder Altvordere. Im Gegenteil, an der Spitze standen Winfried Herrmann (damals Landesvorsitzender der Grünen BW und heute Verkehrsminister des Landes), Fritz Kuhn (zu der Zeit Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag BW) und weitere Führungskräfte der Partei, also die „Crème de la crème“ der Ökos. In ihrem 35-seitigen Arbeitspapier legte die Arbeitsgruppe u. a. eine „Planskizze“ vor, die mit dem heutigen (bekämpften) Entwurf nahezu übereinstimmt. Um es klarer zu sagen: Vorgeschlagen wurde eine Untertunnelung des Stuttgarter Hauptbahnhofs mit vier Gleisen und einem Tunnel entlang der heutigen Strecke durch den Schloßgarten – das meist umkämpfte Gebiet der Krawallmacher – auf die Filder und von dort nach Ulm. Um ihre (heute bekämpfte) Absicht zu bestärken, würdigten die Grünen in einer eigens abgestimmten Resolution die Vorteile ihres Tunnelprojektes.

Man höre und staune: Zu den von den Grünen erarbeiteten Vorteilen gehörten nicht nur die wirtschaftlichen Vorzüge, sondern auch die ökologischen, womit sie dem Ausbau des vorhandenen Kopfbahnhofes einen Tritt gaben. Ja, und Ordnung muß sein, auch bei den Grünen: Die Resolution der Arbeitsgruppe wurde natürlich in den Gemeinderat der Stadt Stuttgart eingebracht und endete mit der Forderung, die Deutsche Bundesbahn möge „sich unverzüglich und unmißverständlich auf eine Unterfahrung des Stuttgarter Hauptbahnhofs für den Personenschnellverkehr festlegen...“. Die Fraktion der Grünen hat natürlich diesem Beschluß des Stuttgarter Gemeinderates einstimmig (!) zugestimmt. Das war gestern. Heute, nachdem von Radikalen Proteste geschürt wurden und werden, wollen die Grünen ihren eigenen Beschluß gerne schnell vergessen machen und biedern sich bei den Krawallmachern an. Gemeinhin nennt man das „Populismus“ – oder prosaisch: Biedermann und Brandstifter. Es wird Zeit, den Grünen die Maske abzureißen.

Marsch in den grünen Kommunismus

Der Bio-Schwindel gaukelt den Menschen eine heile Welt vor. Geradezu über Leichen gehend fordern die Grünmenschen überall auf der Welt biologischen Anbau – was angesichts von 7 – 8 Milliarden Menschen schon flächenmäßig eine schiere Unmöglichkeit ist. Es ist schon zynisch, was uns die Heilsbringer antun: Wie ernähren wir im Jahre 2030 die vielleicht acht oder neun Milliarden Menschen auf der Erde? Wie begegnen wir der globalen Wasserknappheit? Wie gehen wir mit unserem Erdboden um? Und wie verhindern wir das Aussterben wichtiger Pflanzen- und Tierarten? Alles Besorgnis erregende Aspekte der Zukunft, die allein mit dem Ruf „Bio! Bio!“ nicht gelöst werden können. Es wird Zeit, daß die grünen Männlein endlich von ihrem europäischen hohen Roß völlig überzogener Öko-Vorstellungen herunterspringen und sich ihrer Verantwortung gegenüber den Mitmenschen bewußt werden.

„Öko“ und „Bio“ sind nicht nur Modewörter, sondern stehen auch für eine ganz andere Gesellschaft. Wer glaubt, daß Bio nur für „Schutz der Umwelt“ und „gesundes Gemüse“ steht, irrt und weiß auch nichts von den Absichten, die die Propheten dieser neuen Ideologie antreiben. Um nicht mißverstanden zu werden: Man achte jeden ordentlichen Bio-Bauern, der mit natürlichen Mitteln sein Vieh artgerecht hält und seine Pflanzen hegt. Doch die meisten unter ihnen merken nicht, daß sie Teil eines „Systems“, ja eines Komplotts sind – was zu beweisen wäre.

Bio – der neue Lebensstil des Zeitgeistes

Die Grünen haben es geschafft! „Bio“ ist ein Etikett, das aus dem Zeitgeist entstanden ist. Deshalb is(s)t „man“ heute Bio. „Öko“ (Bio) ist der neue Lebensstil, den sich nur die eher Begüterten, die Porsche-Fahrer, die golfspielende Ehefrau etc. leisten können. Und würde, wie von den Grünen gefordert, „konsequent Ökolandwirtschaft“ betreiben, reichte der Bio-Anbau aber nur für maximal 2,5 bis 3 Milliarden Menschen. Und wer soll dann die 7 oder bald 8 Milliarden Erdenbürger ernähren? Auch bei diesem Problem zeigt sich, wie zynisch die Grünmenschen vorgehen, Hauptsache ihr Prinzip setzt sich durch, auch wenn es nur für eine Minderheit reicht – ganz wie weiland im alten Kommunismus. Und wieder die Klage: Warum durchschauen so wenige von uns die wahren Absichten der Grünen?

Der tschechische Präsident Vaclav Klaus mahnte schon 2007:

„Es ist sicher, daß dieser Umweltaktionismus die moderne Inkarnation des Kommunismus ist.“

Eine wahre Erkenntnis, denn nach Meinung der Umwelt-Aktionisten ist alleine die kapitalistische westliche Industriegesellschaft an den Katastrophen und dem Elend in der Dritten Welt schuld.

Die neue grüne Bewegung entpuppt sich in Wirklichkeit als alte rote Bewegung. Und es ist kein Zufall, daß es so viele Übereinstimmungen zwischen der alten kommunistischen Weltansicht und der Öko-Bewegung gibt. Endziel ist ganz offensichtlich eine weltweite sozialistische Diktatur.

Der vorgegebene „Schutz der Umwelt“ ist nicht das Ziel, sondern das operative Mittel der Grün-Kommunisten. Mittelfristig soll die Marktwirtschaft durch immer mehr Steuern und Vorschriften zu Tode gewürgt und durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden. Jutta Ditfurth, einst Mitbegründerin der Grünen, sagte schon 1991: „Alle Kämpfe, die wir führen, sind immer Kämpfe um das Bewußtsein der Menschen“. Und der ehemalige KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow ergänzte im Jahre 2007:

„Wir brauchen eine planetarisch-ökologische Bewußtseinsrevolution“.
(Gorbatschow)

Und so marschiert die Weltrevolution derzeit nicht in roter, sondern in grüner Tarnfarbe. Der Altmeister der Grünen, Joseph Fischer, setzt noch eins drauf:

„Wir sind einfach zu viele geworden, wir Menschen, zu viele und zu mächtig, als daß wir auf die kollektive Daseinsvorsorge durch eine technokratische Administration tatsächlich verzichten könnten.“

Der „grüne“ Wahnsinn

Die Mühe lohnt, sich mit dem „Aufschwung“ der Partei „Die Grünen“ zu beschäftigen, da hier ein Musterbeispiel an Demagogie, Manipulation und Aggression besichtigt werden kann.

Jubelperser und Heilsversprecher

Es ist schon erstaunlich, in welcher kurzen Zeit die medialen Jubelperser der Linkspresse von der SPD weg- und hin zu den Grünen geschwenkt sind. Je mehr die SPD (und die Linkspartei) an Ansehen in der Bevölkerung verlor, desto stärker wurden die Grünen hochgejubelt. Versteht sich von selbst, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien von denselben Journalisten in Grund und Boden geschrieben bzw. geredet werden. Denn diese Art von Meinungsmanipulatoren hat nach wie vor den Grundsatz verinnerlicht, daß das Volk gefälligst „links“ zu sein hat, zur Not eben auch „grün“. Das Versagen der SPD und der Linkspartei auf allen Ebenen – sachpolitisch und personell – und das Herumgeeiere der Koalitionsparteien Union und FDP lassen den Grünen in der Tat viel (zu viel) Spielraum, sich als seriöser Partner anzubieten.

Auf dem Weg zum Öko-Faschismus

Dürften die Grünen Politik gestalten, wie sie wollten, wäre Deutschland bald ein technisch rückständiges Armenhaus. Was unser Land einmal groß gemacht hat – Innovationen, Tüfteln, Erfinden und Entdecken – wäre bei den Grünen nicht einmal in einer kleinen Nische möglich. Sie sind rückwärtsgerichtet – mit einer fast nostalgischen Verehrung des Stillstands: Bloß keine neuen Technologien (außer Solar und Windräder), keine großen Planungsprojekte mehr, kein technischer Fortschritt. So werden sie Deutschland schädigen. Doch die Ökonomie kennt keinen Stillstand – die Natur übrigens auch nicht, alles lebt, alles fließt. Evolution, stetiger Wandel, Streben nach Verbesserung. Wer sich der Weiterentwicklung sperrt, lebt nicht „nachhaltig“, sondern verfrißt die Substanz. Und dann? Zurück auf die Bäume? Die

Zukunftsvision der Grünen – so man sie so titulieren darf – ist nichts anderes als Festhalten am Jetzt plus Niedrigenergiehäuser, aber verbrämt als „Bewahrung der Natur“. Das ist eine der schlimmsten Täuschungen der Grünen. Wer nur „bewahrt“, wählt den Rückschritt.

Der Unterschied zu den Sozialisten aller Prägung ist, daß sich die Grünen einer bürgerlichen Sprache befleißigen; sie kommen sanft daher, sind in Wirklichkeit aber nicht frei von einem „Allein-Richtig-Anspruch“ (und damit nicht sehr weit von totalitären Ansprüchen weg). Was „gut“ ist, bestimmen die Grünen, die geborenen Gutmenschen. Der Schritt zu einem neuen „Öko-Faschismus“ ist da nicht mehr weit.

Der tägliche Wahnsinn: Fledermäuse und Kammolche

Bundesumweltminister Röttgen (CDU) hat in einem Schreiben an den hessischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Posch (FDP) verdeutlicht, daß es „keine Abstriche beim Arten- und Naturschutz geben“ werde, um die Kosten für Verkehrsvorhaben zu senken. „Naturschutz muß als Zukunftssicherung begriffen werden“, heißt es in dem Brief Röttgens.

Posch hatte in einem Schreiben an Röttgen darüber geklagt, daß der Schutz seltener und bedrohter Tierarten zu unvermeidbaren Entwicklungen beim Bau von Flughäfen oder Straßen etc. führe. Allein beim Bau von -Bundesfernstraßen entstünden **Kosten von rd. 500 Millionen Euro pro Jahr (!)**, um den Artenschutz zu berücksichtigen. Beispiel: Für einen 6 km langen Abschnitt beim Ausbau der A 44 seien durch die Zusammenlegung zweier Tunnels zusätzliche Kosten von 50 Millionen Euro angefallen, „um eine Kolonie von Kammolchen zu schützen“.

Ein weiteres Beispiel: Bei der Erfassung des Fledermausvorkommens im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens habe die Kartierung der Fledermauslebensräume zwei Jahre gedauert und mehr als drei Millionen Euro gekostet. Herausgekommen sei dabei praktisch nichts.

Posch weiter: Das für diese Art von Umweltschutz eingesetzte Geld lasse sich wirksamer einsetzen, wenn man den Schutz der Natur von der Abwicklung großer Infrastrukturprojekte abkoppelt. Durch geringere Auflagen für den Natur- und Artenschutz beim Bau von Fernstraßen ließen sich rund **sieben Milliarden Euro sparen**.

Grünes Gift – Umwelt gegen Mensch

In der Bibel steht geschrieben: „...und Gott sprach: Macht Euch die Erde untertan!“ Wir lernen aber derzeit: Im Sozialismus steht das Kollektiv im Mittelpunkt. Der Einzelne hat sich unterzuordnen. Darüber hinaus lernen wir von

den Grünen: In der Öko-Bewegung steht die Umwelt im Mittelpunkt. Der Mensch hat sich den Belangen der Umwelt unterzuordnen. Und was die „Belange der Umwelt“ sind, definieren die Grünen.

Grüner Zynismus: tot – aber politisch korrekt gestorben

Wir haben es bereits erleben dürfen: Aufgrund grünen Drucks wurde das DDT verboten, mit dem die Anopheles-Mücke wirkungsvoll bekämpft werden konnte. Nach dem Verbot starben fast 2 Millionen Afrikaner an Malaria, weil das DDT nicht mehr eingesetzt werden durfte. Nun sind wir Zeugen einer weiteren zynischen Planung der grünen Bessermenschen:

Verbot von Human-Insulin

Da die Grünen grundsätzlich gegen den Einsatz von Gen-Technologie sind, wollen sie alles verbieten, was damit zu tun hat – ohne nähere Einzeluntersuchung. Dazu gehören auch gentechnologisch hergestellte Medikamente, obwohl sie den Menschen nützen. Ergebnis: Human-Insulin, hergestellt aus Bakterienkulturen (Escherichia coli), die gentechnisch manipuliert genau dieses Human-Insulin produzieren, würde es in Kürze nicht mehr geben. Eine große Gefährdung für Zuckerkrankte, wenn die grünen Pläne wahr werden!

Verbot von Technetium

Das schwach radioaktive Technetium, das in den Radiologie-Praxen als „Kontrastmittel“ zur Darstellung im Schilddrüsen- und Knochenszintigramm dringend erforderlich ist, wird kaum noch hergestellt bzw. geliefert. Schon jetzt sei nach Angabe von Fachmedizinern ein erheblicher Engpaß gerade bei diesem Technetium auf dem Kontrastmittel-Markt eingetreten. Aber Technetium kann nicht durch andere Tracer oder Kontrastmittel ersetzt werden. Und es darf nach den Plänen der Grünen nicht mehr hergestellt werden, weil die „Endlagerfrage für schwach radioaktive Produkte z.B. aus der Medizin nicht gewährleistet ist“, so der Ober-Grüne Jürgen Trittin.

Zum Schluß

Was lernen wir aus dem hier Beschriebenen? Im Mittelpunkt der christlich-abendländisch fundierten Parteien steht der Mensch, zumindest steht das dort noch in deren Parteiprogrammen. Aber im Mittelpunkt der Politik der Grünen steht „Die Umwelt“, deren Rang – gemäß grüner Gesinnung – höher einzuschätzen ist als jedes Menschenleben!

Wer glaubt, er könne noch bedenkenlos „grün“ wählen, sollte seine Absicht gründlich überdenken. Merke:

„Gutmenschen sind nicht bessere Menschen, sondern können ihre wahren Absichten besser verbergen!“

Es ist spät, aber hoffentlich noch nicht zu spät: Glauben wir den Grünen kein Wort! Sie wollen eine andere Gesellschaft! Und das wird keine Christlich-Abendländische sein.

Dank des Autors

Mein besonderer Dank gilt Herrn Joachim Siegerist, dem Vorsitzenden der Deutschen Konservativen, der unverdrossen und mit kritischem Blick die Herausgabe meiner Publikationen erst ermöglicht – allen finanziellen Problemen zum Trotz. Ich danke auch von Herzen meinem „Leibarzt“ und Freund seit 40 Jahren, Dr. Heinz Ess, und meinen ebenfalls langjährigen politischen Wegbegleitern Dr. Wolfgang Thüne und Matthias Gonder sowie meinem Bruder Egon (Priester) und Manfred Pradt für die vielen, oft kritischen philosophisch-theologischen und politischen Diskussionen und Beiträge, ohne die die vorliegende Publikation gewiß an Tiefe eingebüßt hätte. Herzlichen Dank an alle!

Peter Helmes